

HIGHLIGHTS 2017



Russlandsanktionen

Verluste auf beiden Seiten

SEITE 12

Weniger Korruption durch Migration

Wie Emigrationsländer profitieren können

SEITE 24

Dennis Snower (links) und Dirk Messner (DIE, rechts) überreichen die „20 Solution Proposals for the G20“ an Kanzleramtschef Peter Altmaier.

Lösungsimpulse für die Arbeit der G20

Wie das IfW mit dem Think20-Prozess den Grundstein für eine kontinuierliche Begleitung der G20 gelegt hat. SEITE 4



Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Präsident des Instituts
für Weltwirtschaft
dennis.snower@ifw-kiel.de

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

als es um die Auswahl unserer „Highlights 2017“ ging, mussten wir in Sachen Politikberatung nicht lange überlegen: Die Steuerung des Think Tank-Netzwerks T20 zur Beratung der deutschen G20-Präsidentschaft gehört zweifellos zu den Höhepunkten des Jahres. Wir konnten gemeinsam mit unserem Partner DIE die Arbeit der Think Tanks für die G20 neu strukturieren und damit wissenschaftsbasierte und konkrete politische Lösungsvorschläge sowie übergeordnete Visionen in die G20-Diskussionen einbringen. Diese Arbeit war nicht nur für die Vorbereitung des G20-Gipfels in Hamburg wichtig, sondern hat auch eine Basis geschaffen, um unsere internationale Politikberatung auszubauen und auf supranationale Organisationen wie die G20 zu fokussieren (S. 4–7)

Auch in der akademischen Forschung hat sich 2017 viel getan. So entstand der neue Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Global Governance“ unter der Leitung von Prof. Christoph Trebesch, der unter anderem zu Gründen und Folgen von Staatsbankrotten forscht (S. 32 und S. 70). Andere Forschungsarbeiten haben sich mit aktuellen Themen wie der Produktivität in Deutschland (S. 10), den Russlandsanktionen (S. 12) oder den Anleihekäufen der EZB (S. 28) befasst. Viel Freude beim Lesen, und ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen zu unseren Highlights.

Herzlichst
Ihr

- 4 Ökonomischen und sozialen Fortschritt in Einklang bringen
- 6 G20-Beratung bleibt im Fokus des IfW
- 7 Enge Kooperation mit Argentinien
- 8 **Forschung**
- 10 Rückläufiges Produktivitätswachstum in Deutschland: Dauerhafter Trend oder vorübergehende Schwäche?
- 12 Russlandsanktionen: Verluste auf beiden Seiten
- 14 Innovationen: Not macht erfinderisch
- 16 Taten statt Worte: Fairness in der globalen Wertschöpfung
- 18 Höhere Spenden dank Nudging
- 20 Gewalterfahrungen verschlechtern kognitive Fähigkeiten
- 22 Feste Biomasse: Nachhaltiger als ihr Ruf
- 24 Reduktion der alltäglichen Korruption durch Migration
- 26 Dörfliche Solidarität dank Großbetrieben
- 28 Vorsicht Fehlkauf – Unternehmensanleihekäufe der EZB
- 30 Der Fehler liegt in der Rezession
- 32 Staatsbankrotte und die rechtlichen Folgen: Wie Anleckerlagen den Markt für Staatsanleihen verändern



Portrait Snower: © IfW / Christina Kloodt Fotografie

8 Forschung

- 34 **Beratung**
- 36 Föderalismus statt Separatismus: Der Ausweg aus der Katalonien-Krise
- 38 Kieler Subventionsbericht: Bund öffnet Geldbeutel immer weiter
- 40 Deutschland gegen hohen Leistungsbilanzüberschuss praktisch machtlos
- 42 Produktionspotenzial: IfW berät deutsche Delegation in Brüssel
- 44 Durch Dialog zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit
- 46 MEDAM Politikdialog: Die offenen Fragen der Politik hören und Vorschläge für die Asyl- und Migrationspolitik in Europa entwickeln
- 48 **Veranstaltungen**
- 50 Weltwirtschaftlicher Preis
- 51 WWP / Die Preisträger 2017
- 52 Global Economic Symposium
- 54 Kieler Konjunkturgespräche
- 55 EES-Conference / PEGNet-Konferenz
- 56 Excellence Awards in Global Economic Affairs / Science Match Future Energies



34 Beratung

- 57 Nacht der Wissenschaft / Kieler Woche-Vorträge
- 58 **Ausbildung**
- 60 Advanced Studies Program / 11. Kiel Institute Summer School
- 62 **Organisation**
- 64 Die internationale Arbeitsteilung
- 65 Wissensakkumulation und Wachstum
- 66 Sozial- und verhaltensökonomische Ansätze zur Lösung globaler Probleme
- 67 Umwelt und natürliche Ressourcen
- 68 Armutsminderung und Entwicklung
- 69 Makroökonomische Politik in unvollkommenen Märkten
- 70 Internationale Finanzmärkte und Global Governance
- 71 Zentrum Wirtschaftspolitik
- 72 Prognosezentrum
- 73 Global Challenges Center
- 75 Impressum



58 Ausbildung

ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN FORTSCHRITT IN EINKLANG BRINGEN

Im Jahr 2017 hat das Institut für Weltwirtschaft mit dem Think 20-Prozess (T20) die deutsche G20-Präsidentschaft durch konkrete Politikvorschläge aktiv unterstützt. Der Erfolg dieser Initiativen ist der Grundstein, um auch in den kommenden Jahren unsere internationale Politikberatung auf die G20 und andere multilaterale Organisationen zu fokussieren.

„Ihre Aktivitäten werden es uns ermöglichen, Fortschritte zu erzielen“, sagte Kanzleramtsminister Peter Altmaier auf dem Global Solutions Summit im Mai 2017 in Berlin. Er nahm dort für die Bundesregierung „20 Lösungsvorschläge für die G20“ entgegen, die in die Vorbereitung des wenige Wochen später in Hamburg abgehaltenen G20-Gipfels einfließen. Die Bundesregierung hatte die T20 als sogenanntes Dialog Forum offiziell für die G20-Beratung mandatiert. Der Vorlauf zum G20-Gipfel sei ein „riesiger Prozess“ gewesen, den „wir auch dank der Hilfe der T20 vorantreiben konnten“, sagte Lars-Hendrik Röller, der im Bundeskanzleramt die internationalen Gipfel für die Bundesregierung vorbereitet.

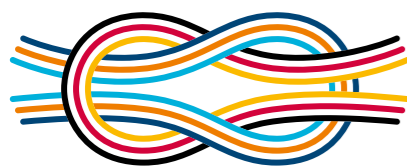
Der Think 20-Summit Global Solutions war der Höhepunkt der T20-Aktivitäten während der deutschen G20-Präsidentschaft. In einem vom IfW gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) organisierten Prozess waren zuvor in monatelanger Arbeit in zwölf thematischen Task Forces über 90 Policy Briefs mit konkreten Politikvorschlägen erarbeitet, ausformuliert und bewertet worden. Vertreter von über 100 Forschungsinstituten, Think Tanks und anderen Institutionen – vor allem aus G20-Ländern – beteiligten sich daran, Lösungsvorschläge für Probleme der G20 zu entwickeln.

NEUE STRUKTUREN ENTWICKELT

Erstmals arbeiteten die T20, die jedes Jahr von der jeweiligen G20-Präsidentschaft mandatiert werden, auf Initiative von IfW und DIE in einem derart strukturierten Prozess, der als Ergebnis konkrete Vorschläge in Form von Policy Briefs lieferte. Der Think 20-Summit Global Solutions diente dazu, die Vorschläge zu präsentieren und sie mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu diskutieren. „Dieser Think Tank-Gipfel wurde auf ein neues Niveau gehoben“, sagte Jeffrey Sachs, Ökonom an der Columbia University und Sonderbotschafter der Vereinten Nationen in seiner Rede in Berlin.

„Leitmotiv unserer Think 20-Initiative war, dass der ökonomische und soziale Fortschritt wieder in Einklang gebracht werden müssen“, erläuterte IfW-Präsident Dennis Snower. „Mit dem großen wirtschaftlichen Fortschritt in vielen Regionen der Welt hat die gesellschaftliche Entwicklung häufig nicht mitgehalten. Diese Entkoppelung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt ist der Kern vieler Probleme, mit denen wir heute in G20-Ländern und anderswo zu kämpfen haben: Unzufriedenheit, Erfolg von Populismus, Abschottung, Handelskonflikte, Nationalismus. Dieser Leitgedanke fand sich auch im Abschlussdokument des G20-Gipfels wieder.“

Im T20-Prozess entstanden beispielsweise konkrete Vorschläge, wie ärmere Länder in der Betreuung von Flüchtlingen unterstützt werden können, wie Ungleichheit in Ländern gemessen und bekämpft werden kann, wie eine sozial nachhaltige Klimapolitik umsetzbar ist oder wie die Aus- und Weiterbildung auf das digitale Zeitalter ausgerichtet werden kann.



G20 GERMANY 2017
THINK 20 DIALOGUE

Das „G20 Information Centre“ an der University of Toronto hat ermittelt, dass sich 23 der 89 wichtigsten T20-Empfehlungen ganz oder teilweise in der Abschlusserklärung des Hamburger G20-Gipfels widerspiegeln.



IfW-Präsident Dennis Snower und Kanzleramtschef Peter Altmaier beim Global Solutions Summit 2017 in Berlin mit den „20 Solution Proposals for the G20“.

© Global Solutions / Tobias Koch

G20-BERATUNG BLEIBT IM FOKUS DES IFW

Das IfW hat seine Führungsrolle im T20-Prozess während der deutschen G20-Präsidentschaft genutzt, um die **Global Solutions Initiative (GSI)** ins Leben zu rufen. Sie bietet einen langfristig orientierten Rahmen für internationale Politikberatung und soll damit wesentlicher Baustein der Beratungsaktivitäten des IfW werden. Die GSI bringt führende Forschungsinstitute, Think Tanks und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und anderen Gesellschaftsgruppen zusammen sowie Vertreter der nächsten Führungsgeneration. Ziel ist es, in einem gemeinsamen Dialog wissenschaftlich basierte Lösungsvorschläge für globale Probleme zu entwickeln und sie Entscheiderinnen und Entscheidern in der Politik zu präsentieren. Die GSI sieht sich als unabhängige Plattform, die die G20 und andere internationale Foren unterstützt. Thematisch orientiert sie ihre Arbeit am Programm der jährlich wechselnden G20-Präsidentschaft.

KERNBESTANDTEILE DER GSI



Das Council for Global Problem-Solving (CGP)

Das CGP bildet den intellektuellen Kern der Global Solutions Initiative. Das 2015 gegründete Netzwerk von Wissenschaftlern und Politikberatern aus internationalen Forschungsinstituten und Think Tanks greift auf erstklassige Forschungsarbeiten zurück und bietet über seine Mitglieder Zugang zu Politikentscheidern. Das IfW Kiel gehört zu den Gründungsmitgliedern und hat eine koordinierende Funktion.

www.cgp-council.org



Der Global Solutions Summit

Auf der jährlich in Berlin veranstalteten, hochrangig besetzten Konferenz der GSI werden Lösungsvorschläge der T20, der GSI und anderer Institutionen präsentiert und diskutiert. Führende internationale Think Tanks nutzen dieses Forum, um ihre Ansichten mit politischen Entscheidern und anderen Beteiligten auszutauschen. Der Summit ist eine wichtige Plattform für den Dialog über die Ergebnisse der GSI und wird wissenschaftlich vom IfW koordiniert.

www.global-solutions.international



Die G20-Insights-Plattform

Auf g20-insights.org werden Lösungsvorschläge für globale Probleme in Form von Policy Briefs für jedermann zugänglich präsentiert. Die thematisch gruppierten Vorschläge werden von T20-Arbeitsgruppen und anderen Institutionen entwickelt. Die Plattform unterstützt damit auch die Kontinuität im T20- und G20-Prozess mit seinen jährlich wechselnden Präsidentschaften. Das IfW betreibt die Plattform und koordiniert die Bereitstellung von Inhalten.

www.g20-insights.org

TRANSFER IN DIE POLITIK

Es blieb nicht bei einer Diskussion unter Wissenschaftlern und Politikern: Am T20-Prozess beteiligte Institutionen brachten die Vorschläge in die Medien und die politische Diskussion in ihren jeweiligen Ländern ein. Alle Vorschläge wurden auf der neu geschaffenen G20-Insights-Plattform (www.g20-insights.org) für jedermann zugänglich gemacht. Die T20-Co-Chairs Dennis Snower und Dirk Messner, Direktor des DIE, präsentierten die Vorschläge wenige Tage vor dem G20-Gipfel vor der Hauptstadtspresse in Berlin, was von zahlreichen Zeitungen und in Fernsehsendungen wie Tageschau und Tagesthemen aufgegriffen wurde.

Schließlich reisten Snower und Messner mit einem Team zum G20-Gipfel nach Hamburg, um in begleitenden Veranstaltungen und im internationalen Pressezentrum die Vorschläge des T20-Prozesses vorzustellen.

G20 IN HAMBURG ERFOLGREICH

Die öffentliche Diskussion um den G20-Gipfel wurde von den Gewaltausbrüchen im Umfeld der Veranstaltung dominiert. Aber: „Der Gipfel war erfolgreicher als es viele wahrgenommen haben“, sagte Dennis Snower. „Angesichts des Auseinanderdriftens der Weltgemeinschaft haben Kanzlerin Merkel und ihr Team ganze Arbeit geleistet, um den Multilateralismus zu retten.“ Dies habe zum einen daran gelegen, dass in Hamburg der

Zweck der G20 weiter in Richtung sozialer und inklusiver Entwicklung verschoben wurde und nicht mehr nur wirtschaftliches Wachstum und Finanzstabilität die überragenden Ziele sind. Zum zweiten hätten auf dem Gipfel 19 von 20 Staaten das Pariser Klimaabkommen bekräftigt und damit ein Zeichen gesetzt, dass die G20 trotz Opposition eines wichtigen Mitglieds (der USA) ein starkes Signal der Geschlossenheit senden können, das den Klimaschutz auf der globalen Agenda hält. Und drittens seien viele, weniger beachtete Vereinbarungen entstanden, die etwa digitale Ausbildung, IT-Sicherheit, Hungerbekämpfung oder Migration betreffen und die ihre Wirkung entfalten können.

Das „G20 Information Centre“ an der University of Toronto hat ermittelt, dass sich 23 der 89 wichtigsten T20-Empfehlungen ganz oder teilweise in der Abschlusserklärung des Hamburger G20-Gipfels widerspiegeln. Von besonderer Relevanz waren die T20-Vorschläge zur Resilienz des Finanzsystems, zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und zur Digitalisierung.

„Das zeigt, was erreicht werden kann, wenn eine verständige, kompetente und global denkende G20-Präsidentschaft mit einem fokussierten Beratungsprozess zusammengebracht wird, der sich auf die Expertise von führenden Think Tanks und Forschungsinstituten aus G20-Ländern stützen kann“, sagte Dennis Snower.



ENGE KOOPERATION MIT ARGENTINIEN

Mit Übergabe der G20-Präsidentschaft von Deutschland an Argentinien für das Jahr 2018 konnte die Kontinuität der GSI-Initiativen sichergestellt werden: Die leitenden Think Tanks im argentinischen T20-Prozess, CARI und CIPPEC, haben das Angebot angenommen, mit der GSI zu kooperieren und die Arbeit ihrer Task Forces auf dem Global Solutions Summit 2018 in Berlin zu präsentieren. Zudem werden auch die unter argentinischer Führung entstandenen T20-Policy-Briefs auf der G20-Insights-Plattform präsentiert. Das Global Challenges Center des IfW koordiniert diese Kooperation. Es steht auch mit den entsprechenden Verantwortlichen während Japans G20-Präsidentschaft (2019) und jenen Saudi-Arabiens (2020) in Kontakt für eine Kooperation.

Übergabe an Argentinien (v.li.): Peter Wolff (DIE), Gustavo Martínez (CARI), Julia Pomares (CIPPEC), Dennis J. Snower (IfW) und Botschafter Pedro Villagra Delgado, dem offiziellen, argentinischen G20-Sherpa.



VIDEO GLOBAL SOLUTIONS:

Impressionen und Statements vom Think 20 Summit 2017 in Berlin

FORSCHUNG

Wem Sanktionen gegen Russland schaden, wie Migration den Herkunftsländern helfen kann und die rechtlichen Folgen von Staatsbankrotten ...



© IWW / Michael Stefan

... die 2017er Themen unserer sieben Forschungsbereiche sind ebenso vielfältig wie mit starkem Bezug zu aktuellen politischen Fragen. Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben dabei sowohl den Blick für einzelne Individuen wie auch auf das große Ganze.

RÜCKLÄUFIGES PRODUKTIVITÄTSWACHSTUM IN DEUTSCHLAND: DAUERHAFTER TREND ODER VORÜBERGEHENDE SCHWÄCHE?

In Deutschland ist das Wachstum der **ARBEITSPRODUKTIVITÄT** seit längerer Zeit im Trend rückläufig. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch in anderen hochentwickelten Ländern. Allerdings weist die Produktivitätsentwicklung in Deutschland sowohl hinsichtlich ihrer zeitlichen und sektoralen Struktur als auch hinsichtlich ihrer Ursachen eine Reihe von Besonderheiten auf. Sie ist das Resultat einer Abfolge mehrerer, jeweils temporär wirksamer Faktoren. Hinweise auf eine dauerhafte Produktivitätsschwäche der deutschen Wirtschaft ergeben sich daraus nicht.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung ist eine zentrale Determinante des langfristigen wirtschaftlichen Wachstums und Wohlstands. Das seit einiger Zeit rückläufige Produktivitätswachstum in Deutschland und anderen hochentwickelten Volkswirtschaften nährt daher die Befürchtung einer dauerhaften Produktivitäts- und Wachstumsschwäche. Eine aktuelle Studie

se zu beobachten (Abbildung). Wuchs die Arbeitsproduktivität Anfang der 1990er Jahre noch mit mehr als zwei Prozent pro Jahr, so lagen die Zuwächse ab Mitte der 2000er Jahre durchschnittlich bei deutlich unter einem Prozent. Damit war der Rückgang in Deutschland allerdings weniger ausgeprägt als etwa im Vereinigten Königreich oder in den Vereinigten Staaten, wo das Produktivitätswachstum ab Mitte der 1990er Jahre zunächst noch anstieg, bevor es dann bereits vor Ausbruch der Finanzkrise stark einbrach.

Eine Zerlegung des Arbeitsproduktivitätswachstums in die Effekte einer zunehmenden Kapitalintensität (Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen) und einer wachsenden Totalen Faktorproduktivität (Effizienz, mit der Arbeit und Kapital im Produktionsprozess zusammenwirken) zeigt, dass in Deutschland vor allem der Beitrag der Kapitalintensität rückläufig war, während der Beitrag der TFP relativ stabil war. In anderen Industrieländern war hingegen der relative Beitrag eines rückläufigen TFP-Wachstums, vor allem im Zeitraum vor der

Finanzkrise, meist deutlich größer.

Stärker als in anderen Ländern konzentrierten sich die positiven Beiträge zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung in Deutschland auf nur drei Wirtschaftszweige: Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und Gastgewerbe (HVG) sowie Information und Kommunikation. Andere Sektoren sind entweder zu klein, um die gesamtwirtschaftliche Produktivität nennenswert zu beeinflussen oder wiesen eine stagnie-

rende oder gar rückläufige Produktivität auf (letzteres gilt insbesondere für die Unternehmensdienstleistungen). Die Produktivitätsschwäche seit Mitte der 2000er Jahre ist dabei wesentlich auf eine Verlangsamung des Produktivitätswachstums im Produzierenden Gewerbe und im HVG-Sektor zurückzuführen. Die im internationalen Vergleich sehr schwache Produktivitätsentwicklung bei den Unternehmensdienstleistungen hat sich hingegen zuletzt sogar verbessert.

Die Studie zeigt, dass die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Deutschland seit der Wiedervereinigung maßgeblich durch die Abfolge mehrerer, jeweils temporär wirksamer Faktoren bestimmt wurde:

- Die **deutsche Wiedervereinigung** hatte das Produktivitätswachstum Anfang der 1990er Jahre über einige Jahre hinweg beflügelt (Aufholwachstum). Die auf den Wiedervereinigungsboom folgende Normalisierung dämpfte das Produktivitätswachstum in den Jahren nach 1995.

- Die **Digitalisierung** stimulierte das Produktivitätswachstum in Deutschland zwischen Mitte der 1990er und Anfang der 2000er Jahre merklich schwächer als etwa in den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich. Zwar wurde das Produktivitätswachstum in diesem Zeitraum auch in Deutschland maßgeblich von den Wirtschaftszweigen getrieben, die Güter und Dienstleistungen der (digitalen) Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) produzieren oder intensiv nutzen, doch hat die deutsche Wirtschaft weniger intensiv in moderne IKT investiert als etwa die amerikanische. Auch hat sie die Produktivitätspotenziale, die diese Technologien bieten, weniger konsequent ausgeschöpft. Mögliche Gründe sind die stärkere Regulierung von Güter- und Arbeitsmärkten in Deutschland sowie die größere Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen, die die neuen Technologien weniger effektiv einsetzen können als Großunternehmen.

- Der sektorale **Strukturwandel** von der Landwirtschaft und dem Produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungssektor hat das Produktivitätswachstum in Deutschland zwar insgesamt erhöht, der positive Effekt des Strukturwandels hat aber im Zeitablauf tendenziell abgenommen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass die Arbeitsproduktivität im expandierenden Sektor der Unternehmensdienstleistungen im Zeitablauf hinter die in vielen anderen Sektoren zurückgefallen ist.

- Auch **Veränderungen in der Altersstruktur** der Erwerbsbevölkerung wirkten tendenziell auf eine Verlangsamung des Produktivitätswachstums hin. Da die individuelle Arbeitsproduktivität mit zunehmendem Alter zunächst ansteigt, schließlich aber wieder abnimmt, haben Veränderungen der Altersstruktur Einfluss auf das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Während die demografische Entwicklung das Produktivitätswachstum in Deutschland in den 1990er Jahren noch leicht stützte, wirkte sie in den

2000er Jahren tendenziell dämpfend. In jüngster Zeit sind diese dämpfenden Effekte allerdings wieder geringer geworden.

- Das deutsche „**Arbeitsmarktwunder**“ hat erheblich zum rückläufigen Produktivitätswachstum seit Mitte der 2000er Jahre beigetragen. Seit Mitte der 2000er hat die deutsche Wirtschaft Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen, von denen viele von Arbeitskräften mit unterdurchschnittlicher Qualifikation besetzt wurden. Beigetragen haben hierzu vor allem eine ausgeprägte Lohnmoderation, umfassende Arbeitsmarkt- und Sozialreformen sowie ab 2011 die verstärkte Zuwanderung von Arbeitskräften vor allem aus Mittel- und Osteuropa. Durch die Zunahme der Beschäftigung unterdurchschnittlich qualifizierter Arbeitskräfte verringerte sich die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Humankapitalausstattung. Zugleich verringerte sich zumindest vorübergehend auch die gesamtwirtschaftliche Kapitalintensität, da der Sachkapitalstock allenfalls mit einiger zeitlicher Verzögerung an die steigende Beschäftigung angepasst werden kann. Beide Effekte wirkten in Richtung einer Verringerung der Arbeitsproduktivität. Die Abschwächung des Produktivitätswachstums ist somit zu einem erheblichen Teil eine temporäre Nebenwirkung der positiven Beschäftigungsdynamik der letzten Jahre.

Da die genannten Faktoren in ihrer Wirkung auf das Produktivitätswachstum überwiegend temporärer Natur waren, lässt sich aus dem rückläufigen Produktivitätswachstum der vergangenen Jahre nicht auf eine dauerhafte Produktivitätsschwäche der deutschen Wirtschaft schließen. Hierzu passt, dass jüngst veröffentlichte Daten (die bei Abschluss der Studie noch nicht vorlagen) auf zuletzt wieder ansteigende Produktivitätszuwächse hindeuten.

AUTOR



Frank Bickenbach
frank.bickenbach@ifw-kiel.de

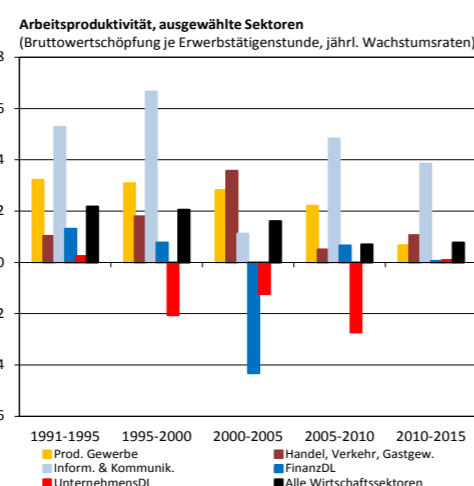
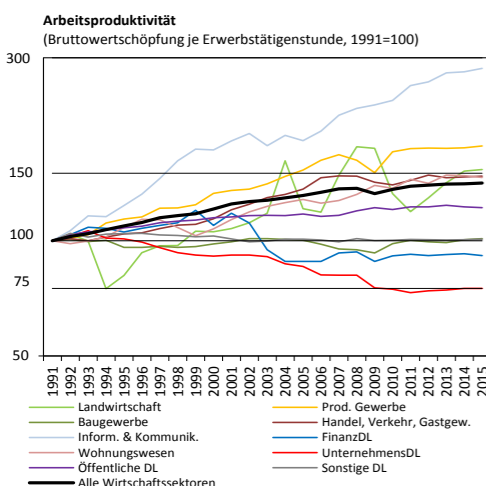
Expertise

- Räumlicher und sektoraler Strukturwandel
- Europäische Integration
- Innovation und Hochschulbildung in China
- Institutioneller Wandel in China

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Ademmer, M., F. Bickenbach, E. Bode, J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, H. Görg, D. Groll, C. Hornok, N. Jannsen, S. Kooths und C. Krieger-Boden (2017). Produktivität in Deutschland – Messbarkeit und Entwicklung. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 12, November. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Arbeitsproduktivität in Deutschland nach Sektoren



des IfW im Auftrag von Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium findet für Deutschland jedoch keine Hinweise auf eine dauerhaft anhaltende Produktivitätsschwäche (Ademmer et al., 2017).

In Deutschland ist die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde, in den letzten 25 Jahren in der Tendenz gesunken; eine ausgeprägte Produktivitätsschwäche ist aber erst für den Zeitraum seit Ausbruch der Finanzkri-

RUSSLANDSANKTIONEN: VERLUSTE AUF BEIDEN SEITEN

Durch die Beteiligung an separatistischen Bewegungen in der Ostukraine und an der Annexion der Krim hat Russland Handelssanktionen aus fast 40 Ländern provoziert. Von den geschätzten Gesamtkosten trägt die Russische Föderation aber nur gut 60 Prozent, **DEN REST ZAHLEN DIE SANKTIONSLÄNDER.** Schuld ist nicht das russische Vergeltungsembargo, sondern die nachhaltige Störung von Exportwegen und Vertrauensverluste auf den Finanzmärkten.

Handels- und Finanzsanktionen sind aktuell die Favoriten in der außenpolitischen Werkzeugkiste. Aus Sicht der Politik gelten sie als maßgeschneidertes Instrument, um die wirtschaftliche Entwicklung des sanktionierten Landes durch künstlich erzeugte Barrieren bei der Freizügigkeit von Waren, Kapital und Arbeitskräften zu schädigen – mit der Option zu einer schnellen Rückkehr zum Normalzustand. Was dabei häufig übersehen oder heruntergespielt wird: Sanktionen kosten. Ein Preis, den insbesondere private Akteure in den sanktionierenden Ländern zahlen. In einer aktuellen Studie (Crozet und Hinz, 2017) bewerten wir diese Konsequenzen aus Handelsverlusten durch die im Zuge der Ukraine-Krise verhängten Sanktionen gegen die Russische Föderation.

Beispiellos und lehrreich:

Der Fall Russlandsanktionen

Ab März 2014 haben sich 37 Länder, darunter alle EU-Mitgliedstaaten und die USA, an Sanktionen gegen die Russische Föderation beteiligt, als Reaktion auf die Situation in der Ukraine und auf der Krim. Die Maßnahmen wurden im Sommer 2014 intensiviert: Vor allem als Reaktion auf den Abschuss eines zivilen Flugzeugs in der Ostukraine, führten die EU und andere Länder strenge Finanzsanktionen gegen eine Reihe russischer Finanzinstitutionen und Industriekonglomerate ein. Russland seinerseits reagierte daraufhin mit einem Embargo für bestimmte Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte. Die Stärke der vor den Sanktionen bestehenden Wirtschaftsbeziehungen und die Anzahl der Sanktionsländer – die rund 55 Prozent des Welt-BIP von 2014 ausmachten – machen diese Episode beispiellos und besonders lehrreich.

Mithilfe eines strukturellen Gravitationsmodells prognostizieren wir die Handelsströme ohne Sanktionen und vergleichen diese geschätzten Zahlen dann mit den realen, unter Sanktionen beobachteten. Ebenfalls erfasst werden die plötzlichen Veränderungen der russischen Importkapazitäten aufgrund der einbrechenden Ölpreise und der Abwertung des Rubels.

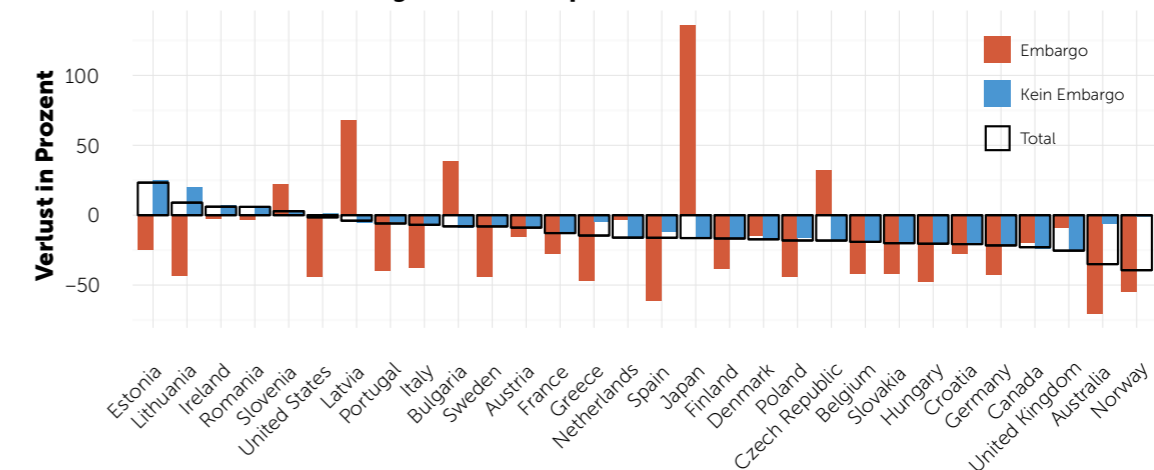
Sanktionierende Länder schaden sich selbst

Die Gesamtkosten der unterschiedlichen Sanktionen, gemessen in Handelsverlusten, betragen vom Beginn des Konflikts bis Ende 2015 insgesamt 114 Mrd. US-Dollar. Davon wurden 61 Prozent von der Russischen Föderation getragen. Der Exportverlust in den westlichen Ländern beläuft sich auf rund 44 Mrd. US-Dollar, wovon 90 Prozent auf die EU-Länder entfallen. Ein besonders relevantes Teilergebnis: Produkte, auf die das russische Vergeltungs-Embargo abzielt, machen mit neun Prozent nur einen sehr kleinen Teil des Gesamtverlustes aus. Dies zeigt, dass die meisten Auswirkungen des diplomatischen Konflikts auf westliche Exporte ein Schnitz ins eigene Fleisch sind.

Was sich auch zeigt: Die Auswirkungen sind nicht gleichmäßig auf die Sanktionsländer verteilt. In der Abbildung ist die durchschnittliche monatliche Differenz zwischen den im Modell vorhergesagten und den real beobachteten Ausfuhr (relativ und absolut) nach Ländern dargestellt, aufgeschlüsselt nach direkt vom Embargo betroffenen und nicht-embargotierten Produkten. In relativer Hinsicht sind Norwegen und Australien am stärksten betroffen. Der Handelsverlust macht bis zu 39 Prozent der im Modell prognostizierten Handelsströme nach Russland aus. In Relation zu den Gesamtexporten sind jedoch Finnland (1,7 %), Polen (0,9 %) und Deutschland (0,8 %) am stärksten betroffen. Die deutschen Exporte sind im Durchschnitt um 727 Millionen US-Dollar pro Monat niedriger als bei einem Szenario ohne Sanktionen. Deutschland trägt damit fast 40 Prozent des westlichen Verlusts, während andere wichtige geopolitische Akteure wie das Vereinigte Königreich (7,9 %), Frankreich (4,1 %) und die Vereinigten Staaten (0,6 %) viel weniger betroffen sind.

Ein für die politische Debatte besonders relevanter Befund ist, dass nur 9,3 Prozent (4,1 Mrd. US-Dollar) des westlichen Handelsverlusts in Embargo-Produkten angefallen sind. Der Großteil der Handelsverluste in den westlichen Ländern ist also auf die von ihnen selbst verhängten Sanktionen zurückzuführen. Argumente gegen bestimmte Sanktionspolitiken beziehen sich oft nur auf mögliche Vergeltungsmaßnahmen und/oder

Relative Verluste in Prozent zu geschätzten Exporten nach Russland



auf die Reduzierung von Importen. Hier zeigen wir vielmehr, dass diplomatische Konflikte auch erhebliche Verluste durch die Zerstörung von Exportwegen hervorrufen. Kosten, die von privaten Akteuren getragen werden müssen, die nicht direkt vom russischen Embargo betroffen waren.

Kosten auf Unternehmensebene am Beispiel Frankreich

Um die Mechanismen auf Unternehmensebene zu verstehen, untersuchen wir die detaillierten Auswirkungen der Sanktionsregelung auf französische Unternehmen anhand monatlicher Zollkosten.

Das zentrale Ergebnis ist, dass Produkte, die Handelsfinanzierungsinstrumente nutzen, relativ stärker betroffen sind. Insbesondere Exportströme von Produkten, die über Akkreditiv-Verfahren finanziert werden, erfahren einen deutlich stärkeren negativen Effekt der Sanktionen als andere Produkte. Dieses Ergebnis zeigt, dass westliche Finanzsanktionen das Vertrauen in den Markt deutlich reduziert haben und dadurch diese Instabilität erheblich zum Rückgang der Exporte von Waren beigetragen hat, die nicht direkt von Handelsbeschränkungen betroffen waren.

(Fast) keine Umleitung von Handelsströmen

Schließlich zeigen wir, dass die französischen Exporteure, die direkt oder indirekt von den Sanktionen betroffen waren, kaum in der Lage waren, ihre erlittenen Verluste durch eine Umleitung ihrer Auslandsverkäufe auf alternative Bestimmungsorte aufzuholen – zumindest nicht auf kurze Sicht. Im Gegensatz zu Untersuchungen, die zeigen, dass Firmen in von Sanktionen betroffenen Volkswirtschaften ihre Umsätze massiv auf andere Märkte umlenken (Haidar, 2014), stellen wir fest, dass nur ein Bruchteil der Verluste durch eine solche Umleitung wiedergewonnen wird. Unternehmen, die direkt dem russischen Embargo ausgesetzt sind, exportierten durchschnittlich 24 Prozent weniger als

vergleichbare Unternehmen – fast genauso viel wie ihr durchschnittlicher Anteil am russischen Markt (26 Prozent) vor den Sanktionen. Unternehmen, die zuvor auf dem russischen Markt aktiv waren, aber keine embargotierten Produkte exportierten, verzeichneten einen Rückgang ihrer gesamten Exporte um zwölf Prozent. Ihre jeweiligen exportierten Gesamtmengen gingen weniger stark zurück, was auf niedrigere Verkaufspreise für den Teil des Handels hindeutet, der tatsächlich auf andere Märkte umgeleitet wurde.

AUTOR



Dr. Julian Hinz
julian.hinz@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationaler Handel
- Internationale Politische Ökonomie

CO-AUTOR

Prof. Matthieu Crozet, Lingnan University (Hong Kong) und Université Paris-Sud (Paris, Frankreich)

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Crozet, M., und J. Hinz (2017). Friendly Fire: The Trade Impact of the Russia Sanctions and Counter-Sanctions. Kieler Arbeitspapiere 2059. Ifw, Kiel.
- Haidar, J.I. (2017). Sanctions and Export Deflection: Evidence from Iran, Economic Policy, April 2017, Vol. 32(90), pp. 319-355.

NOT MACHT ERFINDERISCH

Die Geschirrspülmaschine, das Snowboard und jede Menge Open-Source-Software: Gemeinsam ist diesen Dingen, dass sie nicht in den Forschungsabteilungen von Unternehmen erdacht, ausprobiert und entwickelt wurden, sondern aus der „Not“ einzelner Individuen entstanden sind. Ein **WOHLFAHRTSSTIEGERNDES, GESELLSCHAFTLICHES POTENZIAL**, das bisher zu wenig beachtet und genutzt wird.

Innovationen entstehen in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen großer Unternehmen oder in Start-ups. Etwas vereinfacht dargestellt, bestimmt dieses Verständnis bis heute das ökonomische, gesellschaftliche und politische Nachdenken darüber, wie unsere Volkswirtschaft innovativer, wachstumsstärker und wohlhabender werden kann.

Komplementär zu diesem Verständnis etabliert sich zunehmend ein neues Paradigma, das jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger als mögliche Quelle von Innovationen in den Fokus stellt. Bis vor kurzem waren diese Innovationen durch Konsumenten-

Innovationen – also solche, die bestehende Produkte oder Dienstleistungen vollständig verdrängt haben –, stammen ursprünglich von User Innovatoren im Haushaltssektor, also von Individuen, die eine Lösung für ein Problem suchen, kein passendes Produkt am Markt finden und daher selbst aktiv werden. So geschehen im Fall der Spülmaschine, die von Josephine Cochrane ursprünglich mit dem Ziel entwickelt wurde, den Bruch beim Spülen ihres Porzellans zu reduzieren. Weitere Beispiele sind Sportartikel wie das Mountainbike und das Snowboard, zahlreiche medizinische Lösungen und nicht zuletzt Open-Source-Software-Lösungen, die sich heute großer Verbreitung erfreuen.

2) Viele Einzelpersonen sind User Innovatoren, d.h. sie verbringen ihre Freizeit damit, bestehende Produkte zu verbessern oder neue Produkte zu entwickeln. Repräsentative Studien in sechs Ländern (Vereinigtes Königreich, USA, Japan, Finnland, China, VAE) zeigen, dass zwischen 3,7 Prozent und 6,1 Prozent der Bevölkerung User Innovatoren sind (z.B. Hippel et al.). Diese Zahlen berücksichtigen nur Nutzerinnen und Nutzer, die selbst funktionsfähige Prototypen realisiert haben.

3) Viele User Innovatoren stellen ihre Entwicklungen frei zur Verfügung, d.h. sie teilen Informationen darüber mit anderen Nutzern oder mit Unternehmen. Beispielsweise zeigen die

erwähnten repräsentativen Studien, dass im Vereinigten Königreich mindestens 17 Prozent der User Innovationen in dieser Weise diffundieren, in Finnland 19 Prozent. Die daraus resultierenden positiven externen Effekte sind wesentlich für den gesellschaftlichen Wert dieses Phänomens.

In einer aktuellen Studie untersuchen Gambardella et al. die Auswirkungen von Innovationen durch einzelne Individuen modelltheoretisch. Es ergibt sich folgendes Bild: Übersteigt der Anteil der innovativen Nutzerinnen und Nutzer in einem Markt einen bestimmten

Schwellenwert, ist es die gewinnmaximierende Strategie für Unternehmen, in die Zusammenarbeit mit diesen User Innovatoren zu investieren. Somit erhalten sie Zugang zu diesen Innovationen und können sie kommerzialisieren. Strategisch setzen die Unternehmen also auf die Komplementarität zwischen hausinternen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen (F&E) und den innovativen Aktivitäten ihrer Kunden – eine neue Form der Arbeitsteilung in der F&E. Allerdings kommt dieser Strategiewechsel häufig zu spät: Wohlfahrtsmaximierend wäre es, bereits zu einem früheren Zeitpunkt, trotz noch geringerer Verbreitung der User Innovatoren, auf die Zusammenarbeit zu setzen.

Weiterhin zeigen Gambardella et al., dass Politikmaßnahmen, die die Produktivität von User Innovatoren erhöhen, die Wohlfahrt steigern. Klassische Politikmaßnahmen, die die F&E-Produktivität der Unternehmen erhöhen, können hingegen durchaus wohlfahrtsmindernd wirken, indem sie den Wechsel hin zu einem offenen Innovationsmodell verzögern oder umkehren.

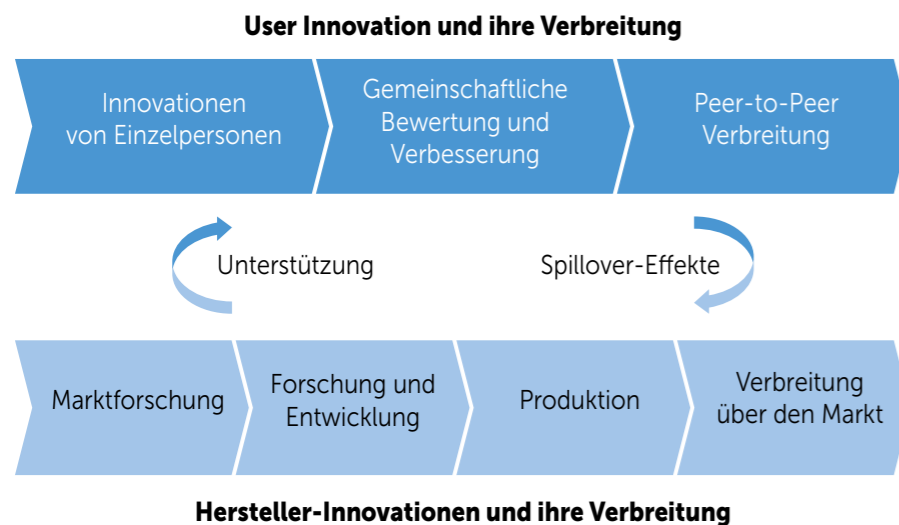
Neue Chancen ergeben sich sowohl in der Messung als auch in der Modellierung von User Innovationen, insbesondere als Inputs für Forschung und Entwicklung in etablierten Unternehmen, als Basis für Unternehmensgründungen und als frei verfügbare Komplemente und Substitute zu unternehmenseigenen Produkten. Entwicklungen wie Open-Source-Software, Open Content oder Open Hardware sind für einige Unternehmen Wasser auf ihre Mühlen, für andere eher ein Mühlstein am Hals. Aus der Erforschung dieser und anderer Aspekte werden sich weitere Erkenntnisse über den gesamtwirtschaftlichen Nutzen dieses Phänomens ergeben.

Viel spricht dafür, dass User Innovation – gemeinsam mit verwandten Phänomenen wie Crowdsourcing, Digital Commons etc. – im digitalen Zeitalter an Verbreitung zunehmen wird. Die Digitalisierung erleichtert für einzelne Individuen den Zugang zu Expertenwissen, die Kooperation in Online Communities und die Produktion und massenhafte Verbreitung insbesondere digitaler Güter. Es lässt sich argumentieren, dass die Digitalisierung somit die komparativen Vorteile verschiedener Organisationsformen zur Produktion von Innovationen verändert – zugunsten dezentraler, „demokratisierter“ Innovationsformen.

Für einzelne Bürgerinnen und Bürger ermöglicht die Digitalisierung somit die vermehrte Teilhabe oder sogar Selbstbestimmung bei der Gestaltung von selbst benötigten Konsumgütern. Während der technische Fortschritt an anderer Stelle nicht selten Entfremdung und Angst vor Ausgrenzung hervorruft, eröffnet er hier neue Möglichkeiten der individuellen Entfaltung, der Zusammenarbeit und des Teilens mit anderen Nutzern und der Wertschöpfung auch jenseits des Arbeitsplatzes.

Für die Politik ergeben sich hieraus viele Fragen: Wie lässt sich die Kreativität der Einwohnerschaft eines Landes vermehrt als Innovationsquelle, vielleicht sogar als Standortvorteil erschließen? Wie lässt sich ihre Innovationskraft steigern? Wie kann die Schnittstelle zu Unternehmen effizient und fair gestaltet werden? Auf diese und viele weitere Fragen lassen sich bisher nur vorläufige Antworten formulieren.

Bisherige Evidenz deutet darauf hin, dass Bürgerinnen und Bürger eher dann innovativ aktiv werden, wenn sie über technische Bildung verfügen, Zugang zu und Affinität für digitale Technologien besitzen und geeignete Tools kostengünstig nutzen können. Hierbei kann es sich um haushaltsübliches Werkzeug handeln, aber vermehrt auch um Maker Spaces, 3D-Drucker und Software Tools. Es ist daher zu vermuten, dass Aus- und Weiterbildungsangebote im technischen und digitalen Bereich eine doppelte Dividende abwerfen: im Arbeitsmarkt und auch in der Freizeit in Form einer höheren Innovationskraft der Bevölkerung.



tinnen und Konsumenten in der Ökonomie so etwas wie in der Physik die dunkle Materie: Sie wurden nicht direkt beobachtet oder gemessen und machten sich höchstens indirekt durch ihre Wirkung auf andere Größen bemerkbar. Dabei gibt es bei diesem Thema viele Ansatzpunkte und offene Fragen für die ökonomische Forschung.

Aus ersten Untersuchungen dieser sogenannten User Innovation haben sich im Wesentlichen drei stilisierte Fakten herauskristallisiert:

1) Viele Innovationen, insbesondere auch disruptive

AUTORIN



Prof. Dr. Christina Raasch
christina.raasch@ifw-kiel.de

Expertise

- User Innovation
- Digitale öffentliche Güter
- Digitalisierung und Unternehmensstrategie

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Gambardella, A., C. Raasch und E. von Hippel (2017). The User Innovation Paradigm: Impacts on Markets and Welfare. *Management Science* 63(5): 1450–1468.
- Hippel, E. von, J.P.J. de Jong und S. Flowers (2012). Comparing Business and Household Sector Innovation in Consumer Products: Findings from a Representative Study in the United Kingdom. *Management Science* 58(9): 1669–1681.

TATEN STATT WORTE: FAIRNESS IN DER GLOBALEN WERTSCHÖPFUNG

Corporate Social Responsibility gehört bei Unternehmen schon seit einigen Jahren zum guten Ton. Gleichzeitig mehren sich kritische Stimmen, dass eine **ECHTE SOZIALE VERANTWORTUNG** gar nicht möglich ist, wenn Firmen über weltweite Lieferketten auch mit einkommensschwachen Ländern geschäftlich verbunden sind. Eine wissenschaftliche Grundlage für diese Kritik fehlt bisher. Mit einer aktuellen Studie mit Daten aus fast 20 afrikanischen Ländern, versuchen wir diese Lücke zu schließen. Es zeigt sich: Die Diskrepanz zwischen Worten und Taten ist groß.

Das Missverhältnis zwischen den hohen Ansprüchen von Corporate Social Responsibility (CSR) und ihren Mängeln in der Praxis hat einige Beobachter veranlasst, ihren Nutzen generell zu hinterfragen. (UNCTAD, 2012; Lund-Thomsen und Lindgreen, 2014).

Kritiker behaupten, dass weltweite Lieferketten, insbesondere wenn sie einkommensschwache Länder betreffen, nicht im sozial verantwortlichen Rahmen funktionieren können. Die britische Premierministerin Theresa May hat kürzlich die Notwendigkeit betont, dass sich internationale Unternehmen gegenüber den Gemeinschaften und Nationen, in denen sie tätig sind, verantwortungsvoller verhalten müssen.

Unternehmen signalisieren oft ihre Verantwortung gegenüber der Umwelt, indem sie sich mit dem Label Corporate Social Responsibility (CSR) schmücken. Aber ist dieses Label vielleicht nur eine Worthülse ohne echte Inhalte? Sorgen multinationale Unternehmen wirklich dafür, dass ihre Zulieferfirmen sich an Arbeits- und Umweltauflagen halten und bestrafen sie Verstöße?

Die Antwort auf diese Fragen scheint nein zu lauten. In einer Studie (Lund-Thomsen und Lindgreen, 2014) dazu heißt es: "(...) we find limited evidence that international buyers systematically cut ties with factories in response to their low social or environmental compliance levels" (Wir finden nur begrenzte Beweise dafür, dass internationale Einkäufer ihre Verbindungen zu Fabriken systematisch abbauen, um auf die geringe Beachtung sozialer oder ökologischer Vorschriften zu reagieren).

Es ist schwierig, eine definitive Antwort auf die Frage zu finden, ob CSR in der globalen Wertschöpfung eine Rolle spielen sollte. Das liegt unter anderem auch daran, dass dieses Phänomen bisher deutlich zu wenig erforscht ist. Kitzmueller und Shimshack (2012, S. 76) fassen dieses Problem zusammen: "Both the theory and empirics of CSR in an international context are under-developed. Transitional economies typically have limited formal regulation, so CSR may be especially important"

(Sowohl Theorie als auch Empirie von CSR sind im internationalen Kontext nicht genügend erforscht. Gerade in Schwellenländern gibt es meistens nur eine begrenzte formale Regulierung, daher kann CSR hier besonders wichtig sein).

CSR kann in extremen Fällen den lokalen Lieferanten sogar Schaden zufügen, wenn multinationale Konzerne ihren Zulieferern einfach ihre Bedingungen von sozialer Verantwortung aufzwingen, ohne diese Bedingungen mit ihren Partnerunternehmen abzustimmen. Ein Beispiel, um dies zu verdeutlichen: Multinationale Unternehmen, die darauf bestehen, dass ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf unbefristete Arbeitsverträge eingestellt werden, sorgen damit möglicherweise für weniger Arbeitsplätze in Entwicklungsländern. Lieferanten, die mit Nachfragespitzen und -einbrüchen konfrontiert sind (z.B. Spielwarenfirma, die zu Weihnachten deutlich mehr produziert als im Rest des Jahres), sind nicht mehr in der Lage, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen saisonalen Arbeitsablauf einzusetzen und gleichzeitig profitabel zu bleiben. Politiker und Ökonomen fordern deshalb, dass multinationale Unternehmen die Last der CSR tatsächlich gleichberechtigt mit ihren Zulieferfirmen teilen sollen.

Um das Problem der CSR in Verbindung mit der globalen Wertschöpfung näher zu betrachten, verwenden wir Daten, die in Unternehmen erhoben und im Rahmen der UNIDO Africa Investor Survey 2010 in 19 afrikanischen Ländern südlich der Sahara gesammelt wurden (UNIDO, 2011). Die Befragung von ausländischen Investoren beinhaltet umfassende Informationen aus einer großen Stichprobe von Unternehmen im ausländischen Besitz. Managerinnen und Manager aus dem Top-Management von ausländischen und afrikanischen Unternehmen wurden hierfür persönlich befragt. Insgesamt nahmen 2.113 ausländische Unternehmen an der Umfrage teil.

Basierend auf unseren Daten, definieren wir zwei Variablen: Die erste Variable, CSR-Word, ist eine

Dummy-Variablen, die mit 1 gleichgesetzt wird, wenn das multinationale Unternehmen seine primären Kriterien für die Auswahl seiner Lieferanten wie folgt festlegt: (1) „unternehmerisches Engagement für die Entwicklung von lokalen Lieferantenbeziehungen in der Region“ oder (2) „Umweltbewusstsein“. Die Variable CSR-Word ist dabei eine rein verbale Verpflichtung der Unternehmen.

Die zweite Variable, CSR-Deed, wird auf 1 gesetzt, wenn der multinationale Konzern eine eigene Abteilung für die Entwicklung lokaler Lieferantenbeziehungen eingerichtet hat. Die Variable CSR-Deed ist mehr als ein rein verbales Bekenntnis, sich auch um den afrikanischen Lieferanten zu kümmern. Es ist quasi ein physischer Beweis dafür, dass multinationale Unternehmen aktiv in die Unternehmenspolitik ihrer lokalen Lieferanten involviert sind.

Ein Teilziel unserer Analyse besteht darin, festzustellen, ob die Anwendung von CSR eine Rolle spielt, wenn wir den Wissenstransfer von den multinationalen Unternehmen zu afrikanischen Zuliefererunternehmen betrachten. Wenn CSR-orientierte, multinationale Unternehmen sich tatsächlich um ihre lokalen Lieferanten kümmern, versuchen sie voraussichtlich auch die dortigen Arbeitsbedingungen und die Produktionsauslastung zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wahrscheinlich Wissenstransfers stattfinden. Dies schätzen wir mithilfe einer Gleichung.

Unsere Ergebnisse in der Tabelle zeigen, dass CSR-Deed positiv mit dem Wissenstransfer verbunden ist. Der Koeffizient für CSR-Word ist hingegen statistisch nicht signifikant.

Die statistische Bedeutung von CSR-Deed (und nicht von CSR-Word) hebt hervor, wie wichtig ein aktives Engagement von multinationalen Firmen tatsächlich ist. Damit die Bedingungen für Zulieferer durch CSR wirklich verbessert werden können, müssen multinationale Unternehmen bereit sein, vor Ort ehrliches Engagement zu zeigen und CSR nicht nur auf die Pflege der Beziehungen gegenüber den Lieferanten zu be-

schränken. Auf Worte müssen echte Taten folgen.

Die Ergebnisse haben auch Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Politik: Ein reines CSR-Label reicht möglicherweise nicht aus, um festzustellen, wie sehr sich ein Unternehmen wirklich um lokale Lieferanten bemüht. Weitere Informationen und eine höhere Transparenz sind gefordert.

CSR und Wissenstransfer

	y-Variable: Wissenstransfer zum Lieferanten			
	(1) jeglicher Transfer	(2) Aufstockung der Belegschaft	(3) Zugang zu Finanzmitteln	(4) Technologie, Design & Effizienz
MNE behauptet, sich um die Lieferanten zu kümmern	0,120	0,108	0,020	0,073
	(0,070)	(0,071)	(0,059)	(0,074)
MNE investiert in die Lieferanten	0,260***	0,183***	0,121**	0,264***
	(0,046)	(0,056)	(0,053)	(0,047)
Beides	0,044	-0,040	0,048	0,119
	(0,139)	(0,179)	(0,164)	(0,142)
Beobachtungen	1,087	1,087	1,087	1,087
Angep. R-Quadrat	0,0873	0,0727	0,0285	0,1327

Anmerkungen: Genaue Berechnungen in der Originalveröffentlichung. Robuste Standardfehler stehen in Klammern. *** und ** bezeichnen die statistische Signifikanz auf der Ebene von 1 bzw. 5 Prozent.

AUTORIN



Prof. Aoife Hanley, Ph.D.
aoife.hanley@ifw-kiel.de

Expertise

- Innovation
- Internationalisierung von Unternehmen
- Internationales Outsourcing
- Unternehmensproduktivität

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Kitzmueller, M., und J. Shimshack (2012). Economic Perspectives on Corporate Social Responsibility. *Journal of Economic Literature* 50(1): 51–84.
- Lund-Thomsen, P., und A. Lindgreen (2014). Corporate Social Responsibility in Global Value Chains: Where Are We Now and Where Are We Going? *Journal of Business Ethics* 123(1): 11–22.
- UNCTAD (2012). Corporate Social Responsibility in Global Value Chains. UNCTAD/DIAE/ED/2012, Genf.

HÖHERE SPENDEN DANK NUDGING

Spendensammler aufgepasst: Lassen Sie potenzielle Spenderinnen und Spender erst eine Schätzung zur allgemeinen Spendenbereitschaft in der Bevölkerung abgeben, bevor Sie nach Geld fragen. Die Erlöse werden für sich sprechen. Unsere aktuelle Studie zeigt, dass diese gezielte Aufmerksamkeit auf eine soziale Norm eindeutigen Einfluss auf das **SPENDENVERHALTEN** hat. Erkenntnisse, die auf Energieeinsparungen, die Altersvorsorge oder die Wahlbeteiligung übertragbar sein können.

Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung spenden mindestens einmal im Jahr für wohltätige Zwecke. Diese sogenannte deskriptive Norm gibt Einzelpersonen eine Idee davon, welches Verhalten im gesellschaftlichen Kontext als angemessen angesehen wird und beeinflusst dadurch das eigene Verhalten. Unter anderem für die Grundlagenforschung zu sozialen Präferenzen und der Bedeutung anderer für die Entscheidungsfindung gewann Richard Thaler 2017 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

Spendenorganisationen nutzen diese Erkenntnisse zunehmend, indem sie bei ihrer Spendersuche beschreibende Normhinweise angeben. Sie verwenden sogenannte Sozialer-Vergleich-Nudges (social comparison nudges), die Individuen Informationen über das Verhalten relevanter Peers liefern. In unserer experimentellen Studie gehen wir noch einen Schritt weiter und zeigen, dass Menschen, die eine beschreibende Norm genannt bekommen, noch eher gewillt sind zu spenden, wenn sie vorher diese Norm erraten müssen. Die mit der Norm verbundene Schätzaufgabe lenkt gezielt die Aufmerksamkeit auf die Norm. Sozialpsychologen haben gezeigt, dass Aufmerksamkeit die Effektivität von deskriptiven Normen beeinflusst. Den Einzelnen eine Norm raten zu lassen, kann somit ein effektiver Weg sein, Sozialverhalten und Normkonformität zu erhöhen.

Am Kieler Hauptbahnhof haben wir ein öffentliches Experiment gemacht, mit Personen, die auf den öffentlichen Nahverkehr warteten. Teilnehmende Personen erhielten je ein Rubbellos. Diese Lose kosten einen Euro, und wir haben ausdrücklich auf den Jackpot von 60.000 Euro hingewiesen. Die Versuchspersonen nahmen an jeweils einer von drei Varianten des Experiments teil: Kontrolle, deskriptive Norm oder Schätz-Norm.

- In der *Kontroll-Variante* wurden die teilnehmenden Personen lediglich gefragt, ob sie ihr Ticket an eine örtliche Kinderhilfsorganisation spenden wollten.
- In der *Deskriptiven-Norm-Variante* wurde vor der Spendenentscheidung Folgendes mitgeteilt: „Laut einer

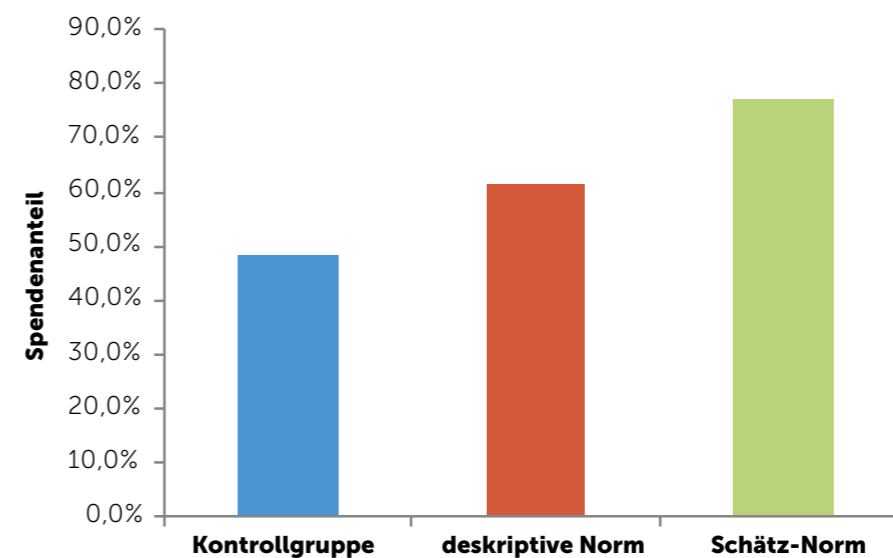
Umfrage des Familienministeriums spenden jährlich etwa 2/3 der Bevölkerung in Deutschland.“

- In der *Schätz-Norm-Variante* mussten die teilnehmenden Personen zunächst eine Vermutung dazu abgeben, wie viel Prozent der Bevölkerung in Deutschland jährlich spenden. Erst nachdem eine Vermutung geäußert wurde, erhielten die Teilnehmenden die gleiche Information wie in der beschreibenden Norm.

Unsere Ergebnisse sind in der Abbildung dargestellt. Ähnlich wie bei früheren Studien stellen wir fest, dass Testpersonen, die lediglich über das Spendenverhalten anderer informiert sind (deskriptive Norm), das Rubbellos häufiger spenden (61 Prozent) als Versuchspersonen der Kontrollgruppe, die keine beschreibende Norm erhielten (48 Prozent). Interessanterweise zeigen die Ergebnisse aber auch ganz eindeutig, dass von den teilnehmenden Personen, die vor der Entscheidung eine Annahme über die deskriptive Norm machen sollten, mit 77 Prozent noch mehr spenden als in der reinen Deskriptive-Norm-Variante. Während das Bereitstellen einer deskriptiven Norm die Spendenbereitschaft nur marginal erhöht (verglichen mit der Kontrollgruppe), beträgt der Unterschied bei den Spenden zwischen der Schätz-Norm-Variante und der Kontrollgruppe 29 Prozent.

Frühere Arbeiten zu deskriptiven Normen legen nahe, dass die Wirkung sozialer Normen vom vorherigen Verhalten der Personen abhängt. Personen, die gelernt haben, dass ihr Verhalten vom Handeln der Peer-Gruppe abweicht, werden ihr Verhalten wahrscheinlich der Norm anpassen. Wenn diese Anpassung in eine Richtung erfolgt, die von den Implementierenden der sozialen Norm nicht beabsichtigt ist, wird dies als „Bumerang-Effekt“ bezeichnet. Dieser Effekt wurde in verschiedenen Anwendungen gefunden, beispielsweise beim Energieverbrauch. Daraus bilden wir die Hypothese, dass Testpersonen, die einen Tipp unterhalb der beschreibenden Norm abgeben, signalisiert bekommen, dass ihr Verhalten von der Norm abweicht und daher eher spenden als Teilnehmende, die oberhalb der Norm schätzen.

Spendenanteil nach Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Informationen



Die Detailbetrachtung mit Blick auf die oben aufgestellte Vermutung zeigt, dass 86 Prozent derer die schätzen mussten, unterhalb unserer beschreibenden Norm liegen. Nur 14 Prozent schätzten höher als die deskriptive Norm. Wenn wir Spendenentscheidungen von Teilnehmern, die unter der Norm liegen, mit Spendenentscheidungen von Teilnehmern vergleichen, die über der Norm liegen, stellen wir fest, dass Versuchspersonen, die oberhalb der Norm tippen, weniger wahrscheinlich das Rubbellos spenden. Unser Befund legt nahe, dass beschreibende Normen nicht nur mit vorherigem Verhalten bei der Entscheidungsfindung interagieren, sondern auch mit früheren Annahmen über die Norm. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Wirksamkeit beschreibender Normen davon abhängt, wie sie a priori Überzeugungen aktualisieren, die Individuen bisher über die deskriptive Norm hatten.

Um eine Schätzung zu bitten, ist nicht nur einfach zu implementieren und kostengünstig, sondern auch eine gute Möglichkeit, Informationen über die Überzeugungen von Menschen zu erhalten. Es gilt nicht nur für wohltätige Zwecke, sondern auch für andere Politikbereiche, in denen beschreibende Normen angewendet werden. Beispiele dafür sind die Bemühungen um Energie- und Wassereinsparungen, eine bessere Altersvorsorge oder eine höhere Wahlbeteiligung. Um besser verstehen zu können, wie beschreibende Normen unsere Entscheidungen prägen, ist weitere Forschung über die Interaktion zwischen Überzeugungen und dem Grad der Aufmerksamkeit für Normen notwendig. Oft ist unklar, welche Informationen für eine Person von Bedeutung sind und wo ihre Aufmerksamkeit liegt. Dies ist nicht nur im Nudging-Kontext relevant, sondern auch für viele andere wirtschaftliche Entscheidungen und Prozesse.

AUTOR



Felix Gelhaar
felix.gelhaar@ifw-kiel.de

Expertise

- Verhaltensökonomik
- Arbeitsmarktökonomie

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Bartke, S., A. Friedl, F. Gelhaar und L. Reh (2017). Social Comparison Nudges—Guessing the Norm Increases Charitable Giving. *Economics Letters* 152: 73–75.

GEWALTERFAHRUNGEN VERSCHLECHTERN KOGNITIVE FÄHIGKEITEN

Bandengewalt, Bürgerkriege, Terroranschläge – weltweit sind Millionen Menschen Gewalt ausgesetzt. Obwohl die **AUSWIRKUNGEN VON GEWALT** auf Gesundheit und persönliches Wohlbefinden bekannt sind, ist wenig darüber bekannt, wie sich Gewalterfahrungen auf kognitive Fähigkeiten auswirken. In einer aktuellen Studie ist es jetzt erstmals gelungen nachzuweisen, dass Gewalteindrücke auch negative Wirkungen auf das Kurzzeitgedächtnis und die Konzentrationsfähigkeit haben. Ein Effekt, der auch langfristig wirkt.

Gewalt ist in unterschiedlichen Formen in jeder Art von Gesellschaft zu finden. Eine aktuelle Studie der Vereinten Nationen macht die Dimensionen deutlich: Im Jahr 2012 wurden fast eine halbe Million Menschen weltweit Opfer eines Tötungsdelikts. Nicht erfasst sind davon unzählige Opfer von Gewalt, die überlebt haben und fortan mit den Folgen des Erlebten kämpfen. Posttraumatische Belastungsstörungen sind ein Beispiel für eine

den Auswirkungen von Gewalt auf Gesundheit und Verhalten befasst. Unsere Forschungsstudie ist die erste, die negative Folgen von Gewalterfahrungen auf kognitive Fähigkeiten nachweisen konnte. Die Studie hat sich dabei auf zwei wesentliche Aspekte von kognitiven Fähigkeiten fokussiert. Diese sind zum einen die Leistung des Kurzzeitgedächtnisses, also die Fähigkeit, Informationen kurzfristig abzuspeichern und bei Bedarf abzurufen, und die Konzentrationsfähigkeit, das

heißt die Fähigkeit, seine Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Tätigkeit fokussieren zu können. Beide Funktionen sind wichtige kognitive Fähigkeiten, die elementar sind für das persönliche Wohlbefinden sowie für Erfolg in Schule und Beruf. Bei Kindern gehen bessere kognitive Fähigkeiten mit einer höheren Lebens-, Einkommens- und Gesundheitserwartung sowie mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit straffällig zu werden einher, wie verschiedene Studien belegen.

An unserer Forschungsstudie nahmen über 500 Zivilisten in Kolumbien teil, die Opfer von Bandengewalt oder des Bürgerkrieges wurden. Personen, die in dem Experiment gebeten wurden, sich ihre Gewalterfahrung ins Gedächtnis zu rufen, wiesen im Anschluss signifikant schlechtere kognitive Fähigkeiten auf als Personen, die an eine neutrale oder

angenehme Erfahrung aus der Zeit denken sollten. Die Gewalterfahrungen lagen dabei bis zu 14 Jahre zurück. Der negative Zusammenhang von Gewalterfahrungen

und kognitiven Fähigkeiten ist in der Abbildung dargestellt. Der Effekt trat nur in der Gruppe auf, die sich aktiv an ihre Gewalterfahrungen erinnerte (Panel A vs. Panel B).

Aber nicht nur das: Eine ähnliche Verschlechterung der kognitiven Fähigkeiten konnte auch bei Personen nachweisen werden, die Gewalt zwar nicht persönlich erlebt hatten, sich aber extreme Gewalttaten vor Augen führen sollten. Dies zeigte eine Wiederholung der Studie mit deutschen Studenten, die an extreme Gewalttaten, wie den Terroranschlag in Paris im November 2015, denken sollten.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass traumatische Erfahrungen, die unverarbeitet bleiben, die kognitiven Fähigkeiten der betroffenen Personen langfristig negativ beeinträchtigen können. Die traumatischen Erfahrungen können dabei auch Jahrzehnte zurückliegen. In zukünftigen Arbeiten sollten mögliche Therapieansätze identifiziert und getestet werden, die Opfern von Gewalt wie zum Beispiel Kriegsflüchtlingen helfen können, diese negativen Auswirkungen zu reduzieren.

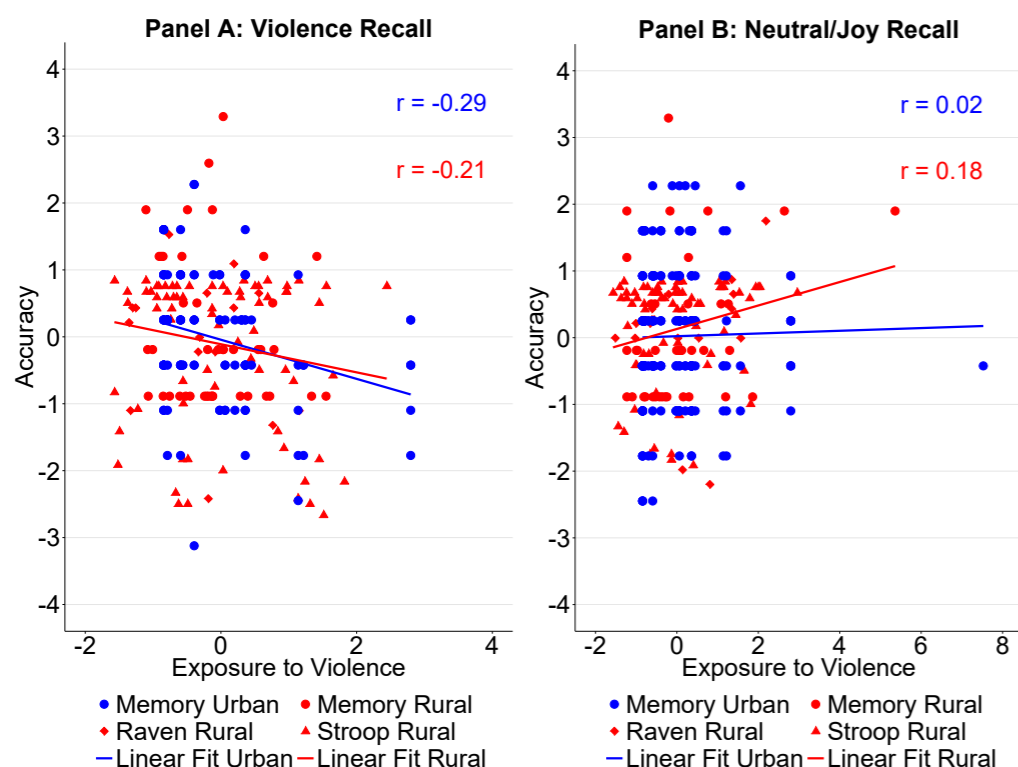
Die Studie der Autoren Francesco Bogliacino (Universidad Nacional de Colombia), Gianluca Grimalda (IfW), Pietro Ortoleva (Princeton University) und Pa-

trick Ring (IfW) trägt den Titel „Exposure to and Recall of Violence Reduce Short-Term Memory and Cognitive Control“ und wurde in der Zeitschrift *Proceedings of the National Academy of Sciences of The United States of America* veröffentlicht.



Versuchsleiter Gianluca Grimalda erklärt einem Versuchsteilnehmer den Studienablauf

Einfluss von Gewalterfahrungen auf kognitive Fähigkeiten



psychisch diagnostizierte Erkrankung, die die Folge eines oder mehrerer traumatischer Ereignisse sein kann. Ein Großteil der aktuellen Forschung hat sich mit

AUTOREN



Dr. Patrick Ring
patrick.ring@ifw-kiel.de

Expertise

- Verhaltensökonomie
- Neuroökonomie



Gianluca Grimalda, Ph.D.
gianluca.grimalda@ifw-kiel.de

Expertise

- Einkommensungleichheit
- Kooperation
- Einwanderung
- Sozialer Zusammenhalt
- Gewalt

CO-AUTOREN

- **Francesco Bogliacino**, Universidad Nacional de Colombia, Bogotá/Kolumbien
- **Pietro Ortoleva**, Princeton University, New Jersey/USA

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- United Nations Office on Drugs and Crime (2013). Global Study on Homicide.
- Bogliacino, F., G. Grimalda, P. Ortoleva und P. Ring (2017). Exposure to and Recall of Violence Reduce Short-Term Memory and Cognitive Control. *Proceedings of the National Academy of Sciences of The United States of America* 114: 8505–8510.
- Verive J., und M. McDaniel (1996). Short-Term Memory Tests in Personnel Selection: Low Adverse Impact and High Validity. *Intelligence* 23: 15–32.
- Bull R., E.K. Andrews und S. Wiebe (2008). Short-Term Memory, Working Memory, and Executive Functioning in Preschoolers: Longitudinal Predictors of Mathematical Achievement at Age 7 Years. *Developmental Neuropsychology* 33: 205–228.

Quelle: Eigene Darstellung

REDUKTION DER ALLTÄGLICHEN KORRUPTION DURCH MIGRATION

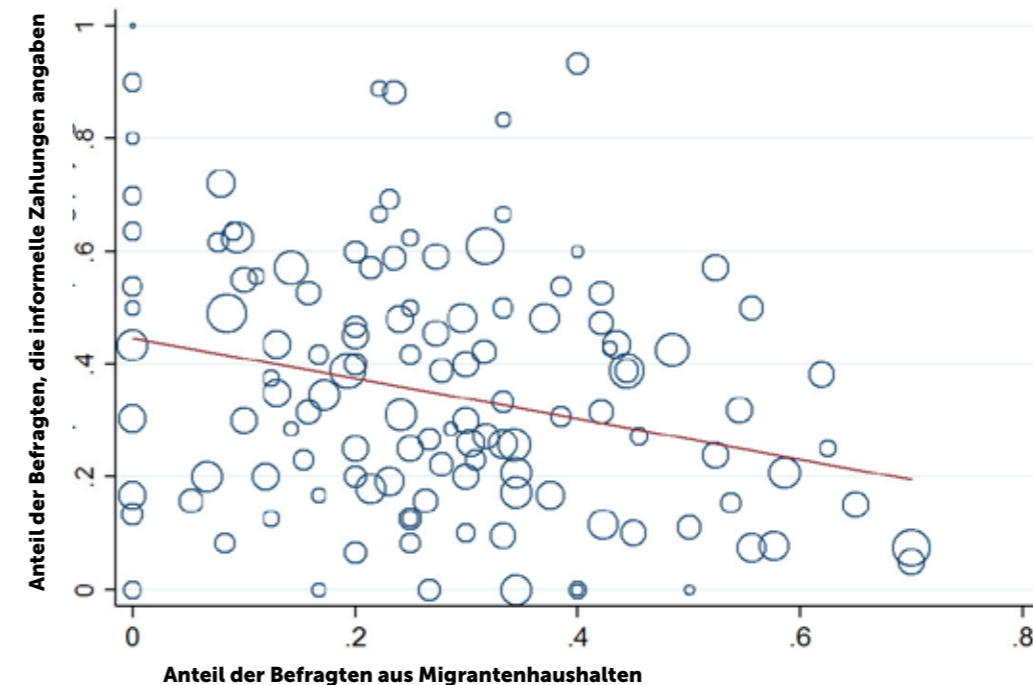
Ist Korruption an der Tagesordnung, sollte ein höheres Einkommen für höhere Bestechungsgelder sorgen. Erhöht sich das Einkommen allerdings, weil Familienmitglieder emigriert sind, kann sich **KORRUPTION IM BILDUNGSSEKTOR VERRINGERN**, zeigt eine aktuelle Studie am Fall Moldawiens, einem wichtigen Emigrationsland. Ein Grund könnte sein, dass mit den Heimatüberweisungen auch andere Werte ins Land gebracht werden.

Bildung und Migration sind ein politisch wichtiges Thema – nicht nur in Zielländern, sondern auch aus der Perspektive der Herkunftsländer. Denn obwohl sie ein sehr effektives Mittel zur Armutsreduktion ist, wird Emigration in vielen Entwicklungsländern durchaus kritisch gesehen. Weil gerade die gut gebildeten Bürger oft die besten Chancen im Ausland haben, kann es passieren, dass am Ende nur ein kleiner Teil der Ausgebildeten im Land bleibt und Staat und Wirtschaft voranbringt (Brain-Drain-Effekt). Doch die zusätzliche Attraktivität von Bildung bei der Option einer Migration erhöht die Anreize zum Schulbesuch teils so stark, dass junge Menschen länger in Ausbildung investieren und am Ende ein positiver Nettoeffekt für ihr Herkunftsland bleibt, wenn nur ein Teil von ihnen emigriert (Brain-Gain-Effekt).

Der Schulbesuch ist in vielen Ländern nicht kostenlos, so dass neben den möglichen Vorteilen von Bildung auch die Kosten eine wichtige Rolle für Bildungsanreize spielen. Selbst in vielen Schulsystemen, die im Prinzip ohne Gebühren auskommen, sind informelle Zahlungen an das Lehrpersonal weit verbreitet. Diese können einerseits dazu dienen, die Lehrkräfte über-

Wenn Eltern ohne ihre Kinder emigrieren, dient das sehr häufig vor allem einem Ziel: Der Verbesserung der Zukunft der eigenen Kinder. Dementsprechend liegt es nahe, dass zusätzliche Einkommen zum Teil in deren Bildung investiert werden. Verteilt sich das zusätzlich verfügbare Einkommen dabei ähnlich wie vor der Migration, so würden Bestechungszahlungen in Folge von Migration ansteigen, wofür es auch anekdotische Evidenz gibt. Ein Wettbewerb um die höchsten Bestechungszahlungen würde möglicherweise die Korruption sogar deutlich überproportional anheizen, ohne dass sich Bildungsergebnisse verbessern. Der Einkommenseffekt durch Migration würde informelle Zahlungen also erhöhen. Doch ist dies wirklich der dominierende Effekt von Migration auf private Bildungsausgaben? Gemeinsam mit Lisa Sofie Höckel und Manuel Santos Silva gehe ich dieser Frage mittels Mikrodaten aus Moldawien nach, einem der am stärksten von Emigration betroffenen Länder weltweit, in dem sehr viele Kinder ohne die eigenen, emigrierten Eltern aufwachsen.

Bei der Analyse zeigt sich schon auf Dorfebene (siehe Grafik), dass Migration negativ mit der Wahrscheinlichkeit von angegebenen Bestechungszahlungen korreliert ist – im Gegensatz zur Vorhersage eines reinen Einkommenseffekts. Die Gründe dafür können ganz unterschiedlich sein: Unterschieden sich diese Gemeinden vor der Migration, zum Beispiel hinsichtlich der Finanzierung der Schulen? Denken die Menschen unterschiedlich über Migration, und beeinflusste dies auch ihre Entscheidung, ihr stark von Korruption betroffenes Heimatland zu verlassen? Unterscheiden sich Migrantenfamilien vor ihrer Migration generell in ihrer Einstellung zu Bestechung von Nicht-Migranten? All diesen und einigen weiteren Faktoren, die eine kausale Interpretation des statistischen Zusammenhangs unmöglich machen würden, spüren wir mit einer Vielzahl von Datenquellen nach. So kombinieren wir beispielsweise die Budgets der Schulen mit den genutzten Haushaltsdaten und erhalten so Informationen über die Ausstattung der Schulen und die Gehälter der Lehrkräfte.



Anmerkungen: Die Berechnungen der Autoren basieren auf CELB 2012. Jeder Kreis repräsentiert eine Gemeinschaft. Die Größe entspricht der Zahl von Kindern pro Gemeinde.

Ein Instrumentalvariablenansatz erlaubt es uns, die Migrationsentscheidung der Eltern soweit als quasi-experimentell zu interpretieren, dass wir in der Lage sind, Eltern zu vergleichen, die bis auf ihre Migrationsentscheidung identisch sind. Der in der Grafik beobachtete Kontrast wird dadurch nur noch schärfer und wir weisen nach, dass Migration in Moldawien systematisch zu niedrigeren Bestechungszahlen an die Lehrkräfte der Kinder geführt hat.

Wir können durch weitere Analysen ausschließen, dass Eltern im Ausland die Erfahrung machen, dass in Moldawien erlangte Bildung nicht relevant sei und daher ihr Geld anderweitig verwenden. Ganz im Gegenteil: Migration ist mit einer hohen Wertschätzung von Bildung assoziiert, da, wie eingangs erwähnt, sie die Chancen auf gute Einkommen im Ausland deutlich erhöht. Eine alternative Erklärung stellt Wertewandel dar, der in anderen Zusammenhängen immer häufiger dokumentiert werden kann (Barsbai et al., 2017). Migranten lernen im Ausland weniger korrupte Institutionen kennen und dies beeinflusst sie in ihren Entscheidungen. Solche Wertetransfers sind möglicherweise auch der Hintergrund der reduzierten Korruption im Bildungssektor, die wir nachweisen. Es sind beispielsweise Fälle bekannt, in denen die soziale Norm von Bestechungsgeldern zusammenbrach, da sich einzelne Eltern nach Migrationserfahrungen weigerten zu zahlen und die Korruption anprangerten, an der sie zuvor ganz selbstverständlich partizipierten. In welchem Maße dieser Mechanismus tatsächlich den Großteil des von uns gemessenen Effekts erklärt oder nur eine dazu beitragende Erklärung ist, wird aber erst zukünftige Forschung nachweisen können.

Quelle: Eigene Darstellung

AUTOR



Dr. Tobias Stöhr
tobias.stoehr@ifw-kiel.de

Expertise

- Migrationsbewegungen und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft
- Effekte von Migration auf zurückbleibende Familienmitglieder
- Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und anderen Migranten
- Einstellungen gegenüber von Flüchtlingen und anderen Migranten
- Devisenmarktinterventionen von Zentralbanken

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Barsbai, T., H. Rapoport, A. Steinmayr und C. Trebesch (2017). The Effect of Labor Migration on the Diffusion of Democracy: Evidence from a Former Soviet Republic. *American Economic Journal: Applied Economics* 9(3): 36–69.
- Höckel, L.S., M. Santos Silva und T. Stöhr. Can Parental Migration Reduce Petty Corruption in Education? (2018). *The World Bank Economic Review* 32(1): 109–126. doi: 10.1093/wber/lhx005; frei verfügbar als World Bank Policy Research Working Paper 8014.

”

Migration hat in Moldawien systematisch zu niedrigeren Bestechungszahlen an die Lehrkräfte der Kinder geführt.

haupt zum Erscheinen zu bewegen, wenn Löhne zu gering zum Überleben oder nicht kompetitiv sind, oder es sind echte Bestechungsgelder, um die Noten der Kinder zu verbessern oder die Aufmerksamkeit der Lehrkräfte auf das eigene Kind zu richten. Dies ist nicht nur in afrikanischen, sondern beispielsweise auch in den postsowjetischen Ländern an der Tagesordnung. Bildungsanreize werden dadurch verzerrt und die Hürden für eine gute Ausbildung, besonders für Kinder aus armen Familien, erhöht. Da ein Großteil der Eltern Erfahrungen mit Korruption in den Schulen ihrer Kinder hat, verletzen diese Zahlungen oft auch keine soziale Norm und in Umfragen wird dazu ehrlich geantwortet.

DÖRFLICHE SOLIDARITÄT DANK GROßBETRIEBEN

Gezeigt am Beispiel Sambia: Große Farmen, die sich in der Nähe von kleinen Dörfern ansiedeln, verändern die dortigen Arbeitsbedingungen. So weit, so gut. Aber wie tief wirken diese Änderungen nach? Mit Hilfe von experimentellen, ökonomischen Methoden, ist es uns gelungen zu zeigen, dass sich mit der Nähe eines Dorfes zu Großbetrieben einerseits **DER SOZIALE ZUSAMMENHALT** erhöht – andererseits aber auch der Wettbewerb unter den Dorfbewohnern steigt. Dass Teile dieser Ergebnisse sogar für Kinder gelten, zeigt, wie nachhaltig dieser Einfluss ist.

Nach den jüngsten globalen Nahrungsmittel- und Brennstoffkrisen gehört Sambia zu den Top-Empfängerländern von großangelegten Investitionen in die Landwirtschaft. Diese Investitionen lassen in ländlichen Gebieten große Farmen entstehen und beeinflussen dadurch die landwirtschaftliche Produktivität, die Besitzsicherheit und die Arbeitsmöglichkeiten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die in ihrer Nähe leben. Ob es darüber hinaus noch weitere eher indirekte Effekte durch die Nähe zu großen landwirtschaftlichen Betrieben gibt, beispielsweise auf das Sozial- und Wettbewerbsverhalten, ist bisher noch nicht erforscht. Wir haben versucht, diese Forschungslücke zu schließen, indem wir auf anreizbasierte, ökonomische, experimentelle Methoden zurückgegriffen haben, die besser geeignet sind, diese schwer messbaren, nuancierten Effekte zu erfassen als herkömmliche Haushaltsumfrageverfahren.

Für unsere Studie haben wir im August und September 2015 knapp 30 Dörfer in den Distrikten Mumbwa und Mkushi in Sambia besucht. In beiden Distrik-

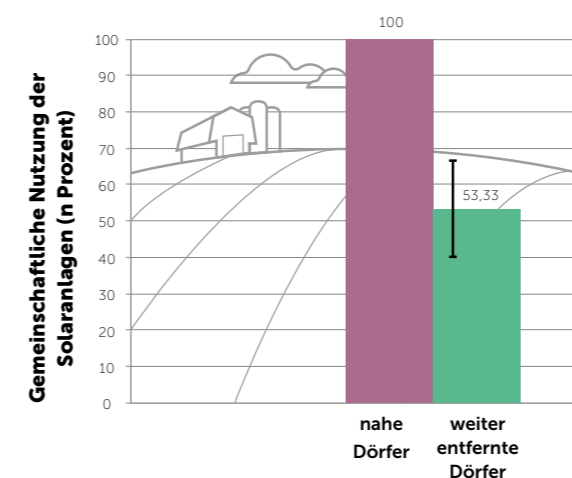
ten gab es Investitionen in landwirtschaftliche Großbetriebe, die beide mehr als 1000-mal größer sind als der durchschnittliche, kleinbäuerliche Betrieb, der auf etwa drei bis vier Hektar geschätzt wird.

Die Dörfer wurden nach dem Zufallsprinzip anhand von Dorflisten und Karten ausgewählt. In jedem Distrikt besuchten wir Dörfer in einem Umkreis von 15 Kilometern um die großen Farmen und zur Kontrolle zusätzlich Dörfer, die in einem Umkreis von 50 bis 70 Kilometern liegen. Dies ergab eine Stichprobe von 932 kleinbäuerlichen Betrieben. In jedem Dorf wurden mindestens 20 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern (über 16 Jahre) zu einem anreizbasierten Sozialen-Dilemma-Spiel eingeladen (Clark und Sefton, 2001). Dieses Spiel wurde in einer grafischen und leicht verständlichen Weise entworfen, die nicht zwingend eine Alphabetisierung erfordert.

Wir haben herausgefunden, dass Kleinbauern in den Dörfern in der Nähe der beiden Großbetriebe sich deutlich mehr gegenseitig vertrauen als in den Dörfern weiter weg. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass sie sich zusammenschließen, wenn in ihrer Nähe große Farmen errichtet werden. Qualitative Nachweise, die bei einem Folgebesuch in den Dörfern gesammelt wurden, bestätigen, dass die Einrichtung von Großbetrieben zu Unsicherheit führt, was wiederum die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den umliegenden Gemeinden dazu bringt, sich häufiger zu treffen. Darüber hinaus zeigen wir, dass Kleinbauern, die in Großbetrieben beschäftigt waren, wesentlich mehr Kooperationsbereitschaft zeigen als Kleinbauern ohne solche Erfahrungen. Es ist wahrscheinlich, dass diese Eigenschaft, die notwendig ist, um einen guten Ruf in den Beziehungen zwischen Unternehmensführung und Arbeitskräften aufzubauen, von Beschäftigten in landwirtschaftlichen Großbetrieben verinnerlicht werden.

Um die Ergebnisse des Dilemma-Spiels zu validieren, haben wir jedem Dorf bei unserem Besuch im Sommer 2015 ein öffentliches Gut, eine kleine gemeinschaftliche Solaranlage, geschenkt. Wir haben die Solaranlagen unter der Aufsicht der jeweiligen Dorfvor-

Der Umgang von Dorfgemeinschaften mit einem öffentlichen Gut, abhängig von der Entfernung zu einem Großbetrieb



steher gelassen, die öffentlich verkündet haben, dass die Anlage von den Mitgliedern der Gemeinschaft gemeinsam genutzt werden wird. Ein Jahr später, im Juli 2016, haben wir die Dörfer unangekündigt ein zweites Mal besucht, um zu prüfen, ob die Solaranlagen wie versprochen gemeinschaftlich genutzt wurden. Die Ergebnisse des natürlichen Experiments zeigen, dass Dörfer in der Nähe von Großbetrieben eine höhere Neigung dazu haben, das öffentliche Gut gleichberechtigt zu nutzen als Dörfer in weiter entfernten Gebieten. Wir finden also eine hohe Korrelation zwischen innerdörflichem Vertrauen und dem Umgang der Dorfgemeinschaften mit dem öffentlichen Gut.

Zusätzlich haben wir das Wettbewerbsverhalten der sambischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit einem weiteren, einfachen wirtschaftswissenschaftlichem Experiment untersucht. Hierbei ging es darum, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die teilnehmenden Personen konkurrieren möchten oder nicht. Um die Robustheit unserer Ergebnisse zu prüfen – und nachdem wir die Erlaubnis der jeweiligen Erziehungsberechtigten erhalten hatten –, haben wir das gleiche anreizmotivierte Experiment mit 401 Kindern durchgeführt, die um Murmeln konkurrierten, welche gegen Spielzeug und Bücher eingetauscht werden konnten.

Wir stellen fest, dass die Nähe zu den Großbetrieben die Wahrscheinlichkeit erheblich erhöht, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und auch die Kinder sich für einen Wettbewerb entscheiden. Wenn wir diese Ergebnisse nach Geschlechtern aufschlüsseln, stellen wir fest, dass die traditionelle geschlechtsspezifische Diskrepanz im wettbewerblichen Verhalten für weibliche Teilnehmerinnen in Dörfern in der Nähe von Großfarmen ausgeglichen wird. Dies führt uns zu der Annahme, dass das Betriebsklima auf großen

Farmen das Wettbewerbsverhalten von Frauen erhöht, indem es ihnen ganz neue Möglichkeiten eröffnet. Dieses gesteigerte Wettbewerbsverhalten wird internalisiert und innerhalb dieser Rahmenbedingungen an Kinder weitergegeben.

Die Ergebnisse dieser Experimente zeigen, dass eine umfassendere Analyse der Auswirkungen von Großbetrieben auf Kleinbäuerinnen und Kleinbauern notwendig ist, die nicht wie bisher bei einer Schätzung der Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktivität und anderer direkter Ergebnisse endet, sondern auch differenziertere Auswirkungen berücksichtigt, die mit konventionellen Methoden nicht erfasst werden können.

AUTOREN



Prof. Dr. Rainer Thiele
rainer.thiele@ifw-kiel.de

Expertise

- Landnahmen in Afrika
- Allokation und Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit



Prof. Dr. Menusch Khadjavi
menusch.khadjavi@ifw-kiel.de

Expertise

- Pro- und antisoziales Verhalten
- Extrinsische Anreize und intrinsische Motivation
- Private Bereitstellung öffentlicher Güter und Spendenverhalten



Dr. Kacana Sipangule
kacana.sipangule@ifw-kiel.de

Expertise

- FDI in der Land- und kleinbäuerlichen Agrarproduktion
- Die sozioökonomischen Treiber des Landnutzungswandels

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Khadjavi, M., K. Sipangule und R. Thiele (2017). How Large Scale Agricultural Investments Impact Social Capital. IGC Policy Brief 89311.
- Khadjavi, M., K. Sipangule und R. Thiele (2017). Social Capital and Large Scale Agricultural Investments: An Experimental Investigation. Kieler Arbeitspapiere 2056. IfW, Kiel.



IfW-Forscher Menusch Khadjavi erklärt mithilfe einer Grafik und eines Übersetzers das sogenannte Soziales-Dilemma-Spiel.

Foto: IfW / Kacana Sipangule

Quelle: Eigene Darstellung

VORSICHT FEHLKAUF – UNTERNEHMENSANLEIHEKÄUFE DER EZB

Mit dem Kauf von Unternehmensanleihen versucht die EZB seit Juni 2016 die **FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN** für Unternehmen zu verbessern und so Investitionen im Euroraum anzuregen. Allerdings kommen zum einen nur wenige große Unternehmen für das Programm in Frage, und zum anderen ist ausgerechnet die Finanzierung nicht deren zentrales Problem. Unsere aktuelle Auswertung zeigt, dass der Effekt der Käufe insgesamt nicht nur gering ist, sondern durch die spezifischen Bedingungen möglicherweise auch verzerrend.

Seit der Finanzkrise hat die Europäische Zentralbank (EZB) eine Reihe von unkonventionellen Maßnahmen ergriffen, um die Kreditvergabe im Euroraum zu erhöhen, die Konjunktur zu stimulieren und schließlich die Inflation dem von ihr gesetzten Ziel anzunähern. Mit dem Corporate Sector Purchase Programme (CSPP) kauft sie erstmals auch Unternehmensanleihen. Die Anleihen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, um im Rahmen des CSPP erworben werden zu können. So muss es sich um Anleihen von Unternehmen – keine Banken – aus dem Euroraum handeln. Zwingend ist außerdem, dass die Anleihe ein Rating (mindestens BBB-) von einer der großen Ratingagenturen hat. Das bedeutet, dass viele Anleihen von kleinen und mittleren Unternehmen für

die EZB nicht in Betracht kommen, da diese oft gar nicht gerated werden. Ein Mindestemissionsvolumen der Anleihen ist nicht vorgeschrieben.

Die direkten Auswirkungen des CSPP auf die Verzinsung von Unternehmensanleihen sind schwer abzuschätzen, auch weil zeitgleich eine Reihe anderer geldpolitischer Maßnahmen wie die Reduktion der Leitzinsen, eine Erhöhung des Volumens der Anleihekäufe insgesamt und eine neue Serie gezielter längerfris-

tiger Refinanzierungsgeschäfte eingeführt wurden. Berechnungen zeigen dennoch, dass das CSPP insgesamt wohl nur einen geringen Einfluss auf die Verzinsung der durch das Programm anvisierten Unternehmensanleihen hatte (siehe Abbildung).

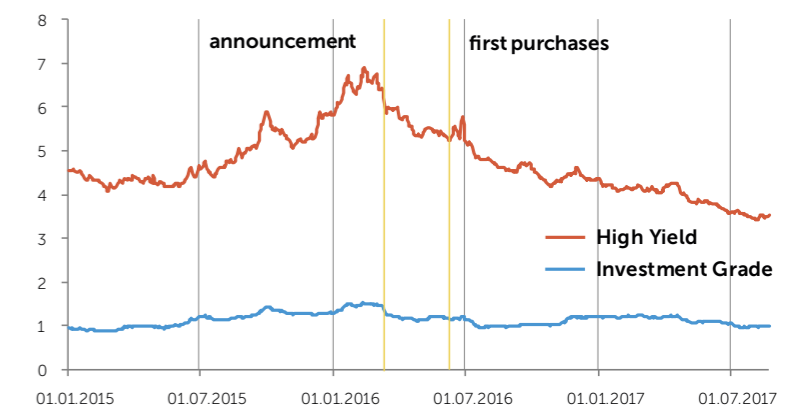
Eine etwas größere Bewegung war bei Unternehmensanleihen mit geringerem Rating zu beobachten (sogenannte „High Yield“-Papiere), die nicht zum Kauf durch die EZB zugelassen wurden. Zwar könnte argumentiert werden, dass Anlegende teilweise in diese riskanteren Papiere umgeschichtet haben, nachdem die EZB die sichereren „Investment Grade“-Anleihen durch ihre Käufe aus dem Markt genommen hat, allerdings ist unklar, warum der Zinseffekt des CSPP bei den nicht zugelassenen Anleihen sogar höher sein sollte als bei den zugelassenen. Vielmehr deutet dies darauf hin, dass die Preisbewegungen an den Märkten noch von anderen Faktoren außer dem CSPP bestimmt waren. Fraglich ist außerdem, ob das Kaufprogramm der EZB das Volumen der emittierten Unternehmensanleihen erhöht hat. Zwar gab es Ende 2016 und Anfang 2017 ein leichtes Plus bei den Anleiheemissionen, allerdings lässt sich die Ursache dieses Effekts nicht eindeutig ermitteln, weil das Emissionsvolumen immer recht volatil ist.

Neben diesem eher unklaren Gesamteffekt ist die Frage, welche Firmen von den Anleihekäufen der EZB profitieren, ein wichtiger Aspekt. Die EZB versucht mit dem CSPP, Finanzierungen für Unternehmen über den Anleihenmarkt zu fördern. Allerdings ist der Markt für diese Anleihen im Euroraum recht klein. Nur sehr große Unternehmen emittieren Anleihen mit einem externen Rating, das sie für das Kaufprogramm der EZB qualifiziert. Es besteht also die Gefahr, dass durch das CSPP Großunternehmen bei der Finanzierung gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen bevorzugt werden.

Um die Auswirkungen des Kaufprogramms insgesamt beurteilen zu können, sollten außerdem die Finanzierungsstrukturen europäischer Unternehmen

sowie ihre drängendsten Probleme betrachtet werden. Grundsätzlich ist die Bedeutung von Anleihen für die Finanzierung von Unternehmen im Euroraum deutlich geringer als zum Beispiel in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien. Deutschland ist dabei keine Ausnahme. Für kleine und mittelständische Unternehmen spielen Anleihen im Grunde gar keine Rolle, diese finanzieren sich zum größten Teil durch Kredite und Darlehen, Leasing und Factoring. Darüber hinaus stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Investitionen der Unternehmen im Euroraum durch mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten gebremst werden oder ob andere Ursachen hier entscheidend sind. Umfragen zeigen, dass zurzeit nur sehr wenige Firmen unter Finanzierungsproblemen leiden, während anderen Problemen, allen voran eine geringe Nachfrage und der Fachkräftemangel, eine erheblich größere Bedeutung zukommt.

Renditen von Unternehmensanleihen, in Prozentpunkten, relativ zu deutschen Staatsanleihen mit vergleichbarer Laufzeit



AUTOREN



Dr. Matthias Raddant
matthias.raddant@ifw-kiel.de

Expertise

- Finanzmärkte
- Netzwerke
- Simulationen komplexer Systeme
- Verhaltensökonomie und Finanzen



Salomon Fiedler
salomon.fiedler@ifw-kiel.de

Expertise

- Konjunktur
- Europäische Union & Euro
- Geldpolitik



Dr. Nils Jannsen
nils.jannsen@ifw-kiel.de

Expertise

- Geld- und Fiskalpolitik während Finanzkrisen
- Frühwarnmodelle für Finanzkrisen
- Sektorale Investitionen
- Investitionen und Unsicherheit
- Prognosefehler in Abhängigkeit vom Konjunkturzyklus

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Fiedler, S., N. Jannsen und M. Raddant (2017). The Corporate Sector Purchase Programme (CSPP): Challenges and Future Prospects. In-Depth Analysis Prepared for the Monetary Dialogue of the European Parliament.
- Abidi, N., I. Miquel Flores und N. A. Eterovic (2017). Who Benefits from the ECB's Corporate Sector Purchase Programme? A Difference-in-Discontinuities Approach.
- Amundi Asset Management (2017). EUR Corporate Bonds: A Cross-Check on Valuations. Cross Asset Investment Strategy, Nr.3/März.
- EIB (2017) EIB Investment Survey 2016/2017. http://www.eib.org/attachments/efs/eibis_2016_report_en.pdf.

Dieser Beitrag wurde im Rahmen des Monetary Dialogue für das Europäische Parlament erstellt. Seit dem Jahr 2015 berät das IfW das Europäische Parlament in geld- und währungspolitischen Fragen. Dazu erstellt es viermal im Jahr Expertisen zu aktuell relevanten Fragestellungen. Diese dienen als wissenschaftliche Grundlage für den regelmäßig stattfindenden Dialog zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Zentralbank.

2017 wurden in diesem Rahmen drei weitere Beiträge erstellt:

- TARGET (Im-)Balances at Record Level: Should We Worry? (S. Fiedler, S. Kooths, U. Stolzenburg). November 2017.
- Financial Innovation and Monetary Policy: Challenges and Prospects (S. Fiedler, K.-J. Gern, S. Kooths, U. Stolzenburg). Mai 2017.
- Extending QE: Additional Risks for Financial Stability? (A.H. Hallett (Copenhagen Business School), S. Fiedler, S. Kooths, U. Stolzenburg (alle IfW), C. Blot, J. Creel, P. Hubert, F. Labondance, X. Ragot (alle OFCE, Sciences Po Paris). Februar 2017.

DER FEHLER LIEGT IN DER REZESSION

Viele wirtschaftspolitische Entscheidungen basieren auf Erwartungen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Prognosen sind somit eine wichtige Richtschnur für die Wirtschaftspolitik. Systematische Fehler würden zu systematisch falschen Politikmaßnahmen führen und könnten damit sehr negative volkswirtschaftliche Folgen haben. Wie eine neue Studie zeigt, liegen **SYSTEMATISCHE FEHLER** vor allem in Prognosen für Rezessionszeiträume vor und betreffen damit wenige, aber besonders wichtige Zeitkorridore.

Prognosen werden fortlaufend evaluiert, sowohl von Prognostikern selbst, als auch im wissenschaftlichen Diskurs oder der öffentlichen Debatte. Zumeist steht dabei der absolute Prognosefehler im Fokus. Dieser gibt Auskunft darüber, wie genau einzelne Prognosen die tatsächliche Entwicklung vorhersagen. Deutlich seltener wird auf den ebenfalls sehr wichtigen, durchschnittlichen Prognosefehler geschaut. Sollten beispielsweise Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt systematisch zu optimistisch sein, so könnten darauf aufbauende finanz- und geldpolitische Maßnahmen systematisch zu restriktiv ausfallen und so unnötigerweise die Konjunktur bremsen und die Arbeitslosigkeit erhöhen. In der Folge würden diese Maßnahmen zu stärkeren konjunkturellen Schwankungen führen und ihrem eigentlichen Ziel, diese zu begrenzen, sogar entgegenwirken.

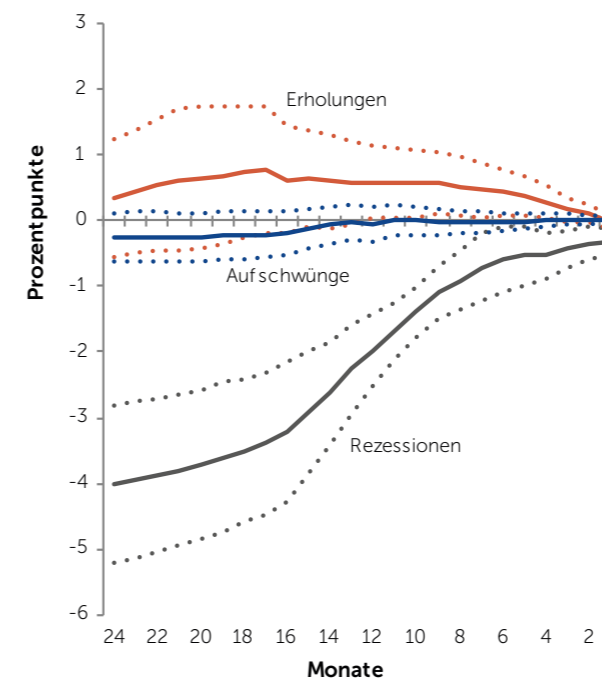
Einige Studien sind der Frage, ob Prognosen im Durchschnitt richtig sind, bereits nachgegangen. Die Mehrzahl dieser Studien kommt zu dem Ergebnis, dass Prognosen im Durchschnitt zu optimistisch sind beziehungsweise systematische Fehler aufweisen, ohne

zonten. Ein Prognosehorizont von 24 entspricht dabei einer Prognose vom Januar eines Jahres für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr und ein Prognosehorizont von eins einer Prognose vom Dezember für das laufende Jahr. In Bezug auf den Konjunkturzyklus unterscheiden wir zwischen drei verschiedenen Phasen: Rezessionen, Erholungen und Expansionen. Rezessionen identifizieren wir als Jahre, in denen das Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen ist. Erholungen treten entsprechend dieser Logik in dem Jahr unmittelbar nach dem Ende einer Rezession auf. Alle anderen Jahre identifizieren wir als Expansionen; sie stellen die mit Abstand am häufigsten auftretende Konjunkturphase dar.

Die empirische Analyse zeigt, dass Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt insgesamt zu optimistisch sind. Im Durchschnitt über alle Prognosehorizonte sind die Prognosen für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts um 0,4 Prozentpunkte zu hoch. Freilich werden die durchschnittlichen Prognosefehler mit abnehmendem Prognosehorizont geringer. Ab einem Prognosehorizont von etwa einem Jahr sind diese Fehler recht gering und im statistischen Sinne nicht mehr signifikant von null verschieden. Unterscheiden wir zwischen den verschiedenen Konjunkturphasen, so zeigt sich, dass vor allem Prognosen für Jahre mit Rezessionen sehr große systematische Fehler aufweisen: Im Durchschnitt über alle Prognosehorizonte sind Prognosen für Rezessionen um zwei Prozentpunkte zu optimistisch (siehe Abbildung). Dagegen sind die Prognosen für Erholungen zu pessimistisch, wenn auch nur leicht. Für Expansionsphasen finden wir selbst für einen Prognosehorizont von 24 Monaten keine signifikanten Prognosefehler.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass vor allem Rezessionen zu systematischen Prognosefehlern für das Bruttoinlandsprodukt führen. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte sein, dass Rezessionen sehr schwer zu prognostizieren sind. In unserer Studie zeigen wir jedoch auch, dass selbst nach dem Beginn einer Rezession Prognosen nur sehr verhalten revidiert werden und die Prognosen weiterhin systematisch deutlich zu

Durchschnittliche Prognosefehler nach Konjunkturphase und Prognosehorizont



Monatsdaten. Monat 24 entspricht einer Prognose, die im Januar für das Folgejahr abgegeben worden ist; Monat 1 entspricht einer Prognose, die im Dezember für das laufende Jahr abgegeben worden ist. Linien entsprechen den Schätzergebnissen einer Regression des durchschnittlichen Prognosefehlers auf 24 Dummy-Variablen, die jeweils einen Prognosehorizont repräsentieren. Gestrichelte Linie: 95 Prozent Konfidenzbänder.

optimistisch sind. Demzufolge ist nicht nur der Beginn, sondern auch die Tiefe und Dauer von Rezessionen sehr schwer zu prognostizieren. Alles in allem zeigen unsere Ergebnisse, dass Prognosen für Expansionsphasen und somit für einen Großteil der Fälle keine systematischen Fehler aufweisen. Weitere Verbesserungen bezüglich der systematischen Prognosefehler sind jedoch wohl nur schwer zu erzielen. Vor allem neue Ansätze, die helfen, den Beginn und den Verlauf von Rezessionen besser und frühzeitiger zu prognostizieren, könnten die systematischen Fehler reduzieren.

„Vor allem Rezessionen führen zu systematischen Prognosefehlern für das Bruttoinlandsprodukt“

dass sich ein einzelner Erklärungsansatz dafür bisher durchgesetzt hat. In einer aktuellen Studie beleuchten wir diese Frage neu und analysieren insbesondere den Aspekt, ob systematische Prognosefehler vom Konjunkturzyklus abhängen.

Dafür haben wir einen umfangreichen Datensatz von Consensus Economics ausgewertet, in dem die Prognosen von zahlreichen Expertinnen und Experten für das Bruttoinlandsprodukt von 1990 bis 2013 für 19 fortgeschrittene Volkswirtschaften enthalten sind. Der Datensatz enthält für jedes Jahr jeweils 24 monatliche Prognosen mit unterschiedlichen Prognosehori-

AUTOR



Dr. Nils Jannsen
nils.jannsen@ifw-kiel.de

Expertise

- Geld- und Fiskalpolitik während Finanzkrisen
- Frühwarnmodelle für Finanzkrisen
- Sektorale Investitionen
- Investitionen und Unsicherheit
- Prognosefehler in Abhängigkeit vom Konjunkturzyklus

CO-AUTOR

Prof. Jonas Dovern, Universität Heidelberg

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Dovern, J., und N. Jannsen (2017a). Systematic Errors in Growth Expectations over the Business Cycle. *International Journal of Forecasting* 33: 760–769.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2017b). Prognosen in verschiedenen Konjunkturphasen. *Wirtschaftsdienst* 97 (7): 527–528.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2017c). Systematische Prognosefehler in unterschiedlichen Konjunkturphasen. IfW-Box 2017-15.

STAATSBANKROTTE UND DIE RECHTLICHEN FOLGEN: WIE ANLEGERKLAGEN DEN MARKT FÜR STAATSANLEIHEN VERÄNDERN

Die rechtlichen **Risiken einer Staateninsolvenz** haben in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen, wie unsere aktuelle Studie zeigt. Historisch gesehen war es für Gläubiger von überschuldeten Staaten kaum möglich, auf rechtlichem Wege eine Rückzahlung der Schulden zu erzwingen. Seit den 1980er Jahren erzielen Anleger aber immer häufiger juristische Erfolge gegen Schuldnerregierungen, besonders vor Gerichten der USA und Englands. Das zunehmende Risiko bei einem Staatsbankrott verklagt zu werden, hat bereits jetzt Auswirkungen auf die Zahlungsbereitschaft von Staaten und auf den Verlauf von Schuldenkrisen.

Die Erosion der Staatsimmunität

Lange Zeit waren Gläubiger von Staaten machtlos, wenn eine Regierung ihre Zahlungen einstellte. Das Prinzip der souveränen Immunität schützte Staaten vor Gläubigerklagen und anderen rechtlichen Konsequenzen eines Bankrotts wie etwa Zwangsvollstreckung von ausstehenden Schulden. Staatsschulden standen „über dem Gesetz“.

Seit den 1970er Jahren ist die staatliche Immunität im Bereich der Staatsverschuldung jedoch mehr und mehr untergraben worden. Gerichtsverfahren, die von Banken und von spezialisierten Hedgefonds angestoßen werden, haben immer häufiger Erfolg. Insbesondere vor Gerichten in New York und England werden diese Klagen eingereicht, da auf diesen Finanzmärkten viele Schuldtitel ausgegeben wurden. Der wahrscheinlich bekannteste Fall ist Argentinien: Nach einem 15-jährigen Rechtsstreit setzten sich die hartnäckigsten Gläubiger vor einem New Yorker Gericht durch und zwangen so die argentinische Regierung zu einer Einigung. Argentinien musste den klagenden Investoren mehr als zehn Milliarden US-Dollar zurückzahlen.

Argentinien ist jedoch bei weitem kein Einzelfall, wie unsere Studie und unsere neu erstellte Datenbank aufzeigt (Schumacher, Trebesch, Enderlein, 2018). Auf Basis von Gerichtsdokumenten identifizieren wir 158 Gerichtsverfahren gegen 34 Staaten, die zwischen 1976 und 2010 in den USA oder Großbritannien durch private Anleger eingereicht wurden. Wir zeigen außerdem, dass die ökonomischen Kosten dieser Klagen immer relevanter werden. Anlegerklagen und „Holdouts“ (Gläubiger, die sich weigern an einer Umschuldung teilzunehmen) können mit ihren Gerichtsverfahren den Zugang eines Staates zu internationalen Kapitalmärkten beeinträchtigen.

Anlegerklagen gegen insolvente Staaten: ein zunehmendes Risiko

Die Daten zeigen einen klaren Trend (siehe Abbil-

dung): Das Risiko, nach einem Staatsbankrott verklagt zu werden, hat sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht. Lag die Wahrscheinlichkeit einer Klage in den 1980er und frühen 1990er Jahren noch bei weniger als zehn Prozent, so kommt es seit Anfang der 2000er Jahre bei fast jedem zweiten Zahlungsausfall zu Streitigkeiten vor Gericht. Die beklagten Summen (in US-Dollar) sind dabei von nahezu null auf durchschnittlich drei Prozent der säumigen Schulden angestiegen.

Die Daten zeigen außerdem, dass sich der Markt für Anlegerklagen seit Anfang der neunziger Jahre grundlegend verändert hat, als spezialisierte Hedgefonds zunehmend aktiv wurden. Diese Investoren kaufen Staatspapiere zu niedrigen Preisen auf dem Sekundärmarkt und fordern dann vor Gericht eine vollständige Rückzahlung. Klagen durch Hedgefonds machen inzwischen gut zwei Drittel aller neuen Fälle aus und sind in der Regel größer und langwieriger als die anderer Investoren. Hedgefonds versuchen auch viel häufiger, Staatsvermögen im Ausland zu pfänden oder Urteile anderweitig zu vollstrecken.

Die wirtschaftlichen Folgen von Anlegerklagen: Pfändungen und finanzielles Embargo

Neben den unmittelbaren Kosten für Anwälte und Prozessführung haben Anlegerklagen oft erhebliche ökonomische Konsequenzen für Schuldnerstaaten. Insbesondere können die Gerichtsverfahren zu einem Finanzembargo führen, da Gerichte Gläubigern das Recht zusprechen, die Aufnahme von Auslandskapital der Schuldnerregierung faktisch zu unterbinden. Das betrifft nach neuester Rechtsprechung unter gewissen Umständen auch Schuld- und Zinszahlungen, die über Banken in den USA abgewickelt werden. Dieses Risiko einer Kapitalpfändung erschwert es Regierungen, Staatsanleihen im Ausland zu emittieren und zu bedienen. Die Klagen versperren somit den Zugang zu internationalen Kapitalmärkten, was sich deutlich in den Daten zeigt: Die beklagten Länder platzieren oft

jahrelang keine Staatenanleihen in London oder New York. Hierzu zählen auch große Emittenten, die sich im Normalfall regelmäßig im Ausland Geld leihen, wie zum Beispiel Argentinien, Brasilien oder Peru.

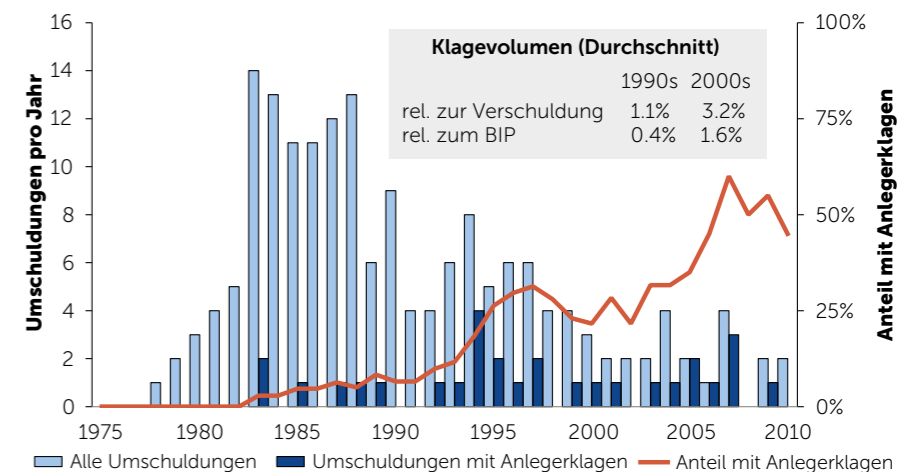
Eine Reihe von Fallstudien deutet zudem darauf hin, dass die zunehmenden Risiken verklagt zu werden, die Zahlungsbereitschaft von Regierungen erhöht haben. Griechenland zum Beispiel entschied sich nach der Umschuldung im Jahr 2012, die Forderungen der sogenannten „Holdout“-Gläubiger vollständig zu bedienen, so dass diese keinen Schuldenschnitt hinnehmen mussten und auch nicht vor Gericht zogen (die sich daraus ergebenden Transfers betragen mehr als zwei Prozent des griechischen BIP). Ein weiteres Beispiel ist Venezuela. Bis Ende 2017 wurden alle Staatsanleihen, die in den USA ausgegeben worden waren, vollständig bedient, trotz der seit Jahren herrschenden humanitären Krise und des Zahlungsausfalls gegenüber anderen Gläubigerklassen. Nach Ansicht der Zeitschrift *The Economist* wurden ausländische Staatsanleihen bevorzugt behandelt, da die Regierung fürchtete, dass Klagen in New York die Pfändung von venezolanischen Ölexporten und Öltraffinerien im Ausland nach sich ziehen würde.

Politikimplikationen und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die rechtlichen Folgen von Staatsbankrotten immer relevanter werden und den Markt für Staatsanleihen grundlegend verändern. Das zunehmende Risiko von Anlegerklagen macht es schwieriger, Schuldenkrisen zu lösen und einen Schuldenerlass auszuhandeln. Kaum eine Regierung möchte dem Beispiel Argentinien folgen und einen langwierigen Rechtsstreit mit Hedgefonds riskieren. Lieber einigen sie sich mit den Gläubigern auf einen niedrigeren Schuldenschnitt, oder bedienen „Holdouts“ sogar in vollem Umfang.

Mit Blick in die Zukunft kann man nicht davon ausgehen, dass sich die Entwicklung wieder umkehren wird. Die jüngsten Erfolge von Hedgefonds gegen Argentinien oder Griechenland haben die Strategie, überschuldete Staaten zu verklagen, sehr sichtbar gemacht. Mögliche politische Reformen – wie beispielsweise die Einführung und Weiterentwicklung von Umschuldungsklauseln in Staatsanleihen (sogenannten Collective Action Clauses - CACs) werden die Rechtsstreitigkeiten in künftigen Schuldenkrisen nicht vollständig verhindern können. Es kann mehr als ein Jahrzehnt dauern, bis sich eine neue Klausel hinreichend verbreitet, um im Fall einer Krise auch effektiv greifen zu können. Darüber hinaus wird es bei CACs mit zweistufigem Wahlverfahren weiterhin möglich sein, Holdout-Taktiken anzuwenden (solche zweistufigen CACs wurden beispielsweise seit 2013 in Anleihen der Euro-Mitgliedsstaaten eingeführt). Hedgefonds

Anlegerklagen in Staatsbankrotten seit 1975



Die Abbildung zeigt die Gesamtzahl der Staatsbankrotte (Umschuldung von Staatsschulden mit einem „haircut“, also Schuldenschnitt) pro Jahr (linke Achse, helle Säulen) sowie die Zahl dieser Umschuldungen, bei der es zu Anlegerklagen in den USA oder Großbritannien kam (dunkle Säulen). Die rote Linie zeigt den Anteil der Fälle, der von Anlegerklagen betroffen war (in Prozent aller Umschuldungen, als gleitender Durchschnitt über 5 Jahre).

können bei solchen Anleihen nach wie vor Sperrminoritäten aufbauen, eine Umschuldung verhindern und vor Gericht ziehen.

Unsere Erkenntnisse sind relevant für die Debatte zur Reform der Eurozone und der internationalen Finanzarchitektur. So wird für Europa derzeit eine Insolvenzordnung für Staaten diskutiert, die die Kosten langwieriger Gerichtsverfahren reduzieren könnte.

AUTOR



Prof. Dr. Christoph Trebesch
christoph.trebesch@ifw-kiel.de

Expertise

- Staatsschulden
- Finanzkrisen
- Internationale Kapitalflüsse
- Populismus

CO-AUTOREN

Julian Schumacher, Europäische Zentralbank
Henrik Enderlein, Hertie School

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Schumacher, J., C. Trebesch und H. Enderlein (2017). Sovereign Defaults in Court. ECB Working Paper 2135.

BERATUNG

Zahlen, Fakten, Handlungsvorschläge – die Expertise des IfW ist national und international gefragt...



– regelmäßige Konjunkturprognosen, Länderanalysen und die Entwicklung der deutschen Wirtschaft waren 2017 Kernthemen der wirtschaftspolitischen Beratung am IfW. Auch der direkte Dialog mit Politikerinnen und Politikern wird von beiden Seiten als sehr wichtig angesehen.

FÖDERALISMUS STATT SEPARATISMUS: DER AUSWEG AUS DER KATALONIEN-KRISE

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien bedrohen nicht nur die politische Stabilität, sondern auch die wirtschaftliche Erholung in Spanien und in der Region selbst. Der Separatismus gefährdet die Wohlstandsgewinne, die erst durch die innerspanische und europäische Integration entstehen konnten. Eine **WEITERENTWICKLUNG DES FÖDERALISMUS** verspricht hingegen einen Interessenausgleich zwischen spanischen Regionen und Zentralstaat.

Spanien war auf gutem Wege, seine Wirtschaftskrise hinter sich zu lassen und konnte trotz des politischen Stillstands der letzten Jahre seinen Ruf als Krisenland ablegen. In diesen Zeiten guter Nachrichten aus Spanien sorgte die von katalanischer Regionalregierung und Regionalversammlung vorangetriebene einseitige Unabhängigkeit Kataloniens vom spanischen Gesamtstaat für große Turbulenzen. Dieser Schritt führte zu Gegenmaßnahmen der spanischen Regierung und Justiz, die unter allen Umständen die verfassungsmäßige Ordnung auch in Katalonien aufrechterhalten wollten.

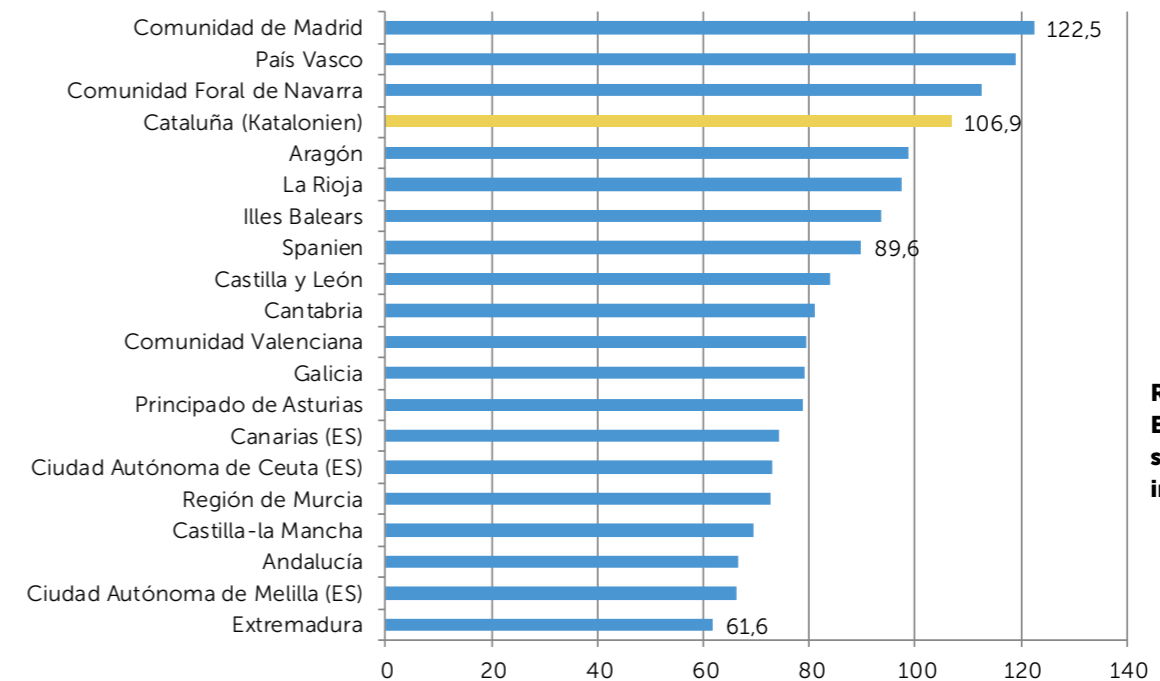
Seitens der Separatisten wird gerne ausgeblendet, dass die katalanische Wirtschaft die Möglichkeiten, die ein föderales und europafreundliches Spanien eröffnete, ausgiebig genutzt hat. Die Integration Kataloniens in die spanische und europäische Arbeitsteilung ist besonders weit entwickelt, was sich im Vergleich der spanischen Regionen durch eine besonders hohe

Exportleistung zeigt. Diese ist vor allem auf die Stärke Kataloniens bei der Produktion handelbarer Güter zurückzuführen: Auf die katalanische Industrie entfallen mittlerweile fast ein Viertel der spanischen Industrie-arbeitsplätze und der spanischen Industrieproduktion.

Vor diesem Hintergrund ist die Abhängigkeit der katalanischen Wirtschaft von offenen Grenzen und vom freien Zugang zu wichtigen Märkten besonders ausgeprägt. Daher würde der Preis für eine einseitige Unabhängigkeit relativ hoch sein: Bei einer Separation von Spanien hätte Katalonien nicht länger freien Zugang zum Europäischen Binnenmarkt. Darüber hinaus müsste Katalonien auch seine Handelsbeziehungen zu Nicht-EU-Staaten in einem zeitintensiven Prozess auf ein eigenes vertragliches Fundament stellen. Die europäischen und globalen Produktions- und Distributionsketten mit katalanischer Beteiligung würden zu Lasten der katalanischen Standorte empfindlich gestört.

Doch nicht nur die internationalen Verflechtungen Kataloniens wären gefährdet. Zur Disposition stände auch die Integration der katalanischen Industrie in die innerspanische Arbeitsteilung. Die interregionalen Austauschbeziehungen dürften im Fall eines einseitigen Austritts Kataloniens aus dem spanischen Gesamtstaat zwar nicht völlig zusammenbrechen, aber doch von spürbaren Einschränkungen betroffen sein und komplizierter werden. Wenn Exporte und interregionale Warenströme zusammengezählt werden, wären über 75 Prozent der katalanischen Produktion von einer Entflechtung betroffen.

Befürworter einer katalanischen Unabhängigkeit verweisen lieber gerne auf ein überragendes Gewicht Kataloniens in der spanischen Volkswirtschaft, das ein „Alleinsein“ ermöglichen und Kosten der Unabhängigkeit abfedern würde. Doch sind die wirtschaftlichen Gewichte wie auch die wirtschaftlichen Probleme in Spanien ausgewogener verteilt, als es häufig angenommen wird: Der Anteil Kataloniens am spanischen Bruttoinlandsprodukt ist nicht viel höher als der Anteil der Region Madrid. Katalonien weist einen überdurchschnittlichen Wohlstand auf, aber drei an-



*Pro-Kopf-Einkommen in Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der EU-28-Staaten auf Basis von Kaufkraftstandards.

Relative Pro-Kopf-Einkommen der spanischen Regionen im EU-Vergleich 2015

dere spanische Regionen sind reicher. Katalonien leistet einen signifikanten Wachstumsbeitrag, ohne allerdings Spaniens Wachstumstreiber zu sein. Und trotz des starken Industriesektors ist innerhalb Spaniens keine Monopolisierung wichtiger Industriezweige an katalanischen Standorten zu beobachten. Schließlich erholt sich in Katalonien der Arbeitsmarkt durchaus spürbar, dennoch herrscht hier wie in Spanien insgesamt weiterhin Massenarbeitslosigkeit. Dies alles legt den Schluss nahe, dass Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarktlage Kataloniens nicht erwarten lassen, dass die katalanische Wirtschaft die Kosten des Separatismus problemlos schultern könnte.

Doch wie könnte eine Konfliktlösung aussehen? Die separatistischen Bestrebungen haben ihre Ursachen auch in einer als unvorteilhaft angesehenen „föderalen“ Arbeitsteilung mit dem spanischen Zentralstaat. Die Zuweisung von staatlichen Aufgaben und deren Finanzierung, die Ausgestaltung des Finanzausgleichs zwischen den Regionen und Fragen der Steuerhoheit umreißen die relevanten Problemfelder. Eine Weiterentwicklung der föderalen Strukturen Spaniens nach den Regeln der Theorie des fiskalischen Föderalismus könnte hier Lösungsmöglichkeiten eröffnen. Die Kompetenzverteilung zwischen Zentralstaat und autonomen Regionen müsste auf Basis des Subsidiaritätsprinzips neu geordnet werden und eine angemessene Verteilung der Finanzierungslasten wäre auszuhandeln.

AUTOR



Dr. Klaus Schrader
klaus.schrader@ifw-kiel.de

Expertise

- Krisenländer in der EU
- Außenwirtschaftliche Integration in der erweiterten EU
- Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsentwicklung

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Schrader, K., und C.-F. Laaser (2017). Die Bedeutung Kataloniens für die spanische Volkswirtschaft. Kiel Policy Brief Nr. 108.
- Laaser, C.-F., und K. Schrader (2017). Spanien und Katalonien: Separatismus ist wirtschaftlich schädlich. *Die Wirtschaftliche Freiheit – Das ordnungspolitische Journal*. 27. Oktober.
- Schrader, K., und C.-F. Laaser (2017). Der Preis des Alleinseins: Was ein unabhängiges Katalonien verlieren kann. ifo Schnelldienst 23.



KIELER SUBVENTIONSBERICHT: BUND ÖFFNET GELDBEUTEL IMMER WEITER

Die Finanzhilfen des Bundes sind 2017 laut Haushaltsplanung gegenüber dem Vorjahr um über 10 Prozent angestiegen, auf insgesamt gut 55 Mrd. Euro. Steuervergünstigungen wurden in Höhe von 62 Mrd. Euro gewährt. Größte **SUBVENTIONSPOSTEN** sind Ausgaben für den Verkehrssektor und Zuschüsse zur gesetzlichen Krankenversicherung. Subventionen in Höhe von knapp 18 Mrd. Euro könnten sofort ersatzlos gestrichen werden, größter Posten hier sind diverse Zuschüsse und Vergünstigungen für die Landwirtschaft.

Der deutsche Staat gibt immer mehr Geld für Subventionen aus. Die Finanzhilfen des Bundes, Steuervergünstigungen und weitere Einnahmenverzichte summierten sich 2017 auf insgesamt rund 118 Mrd. Euro. Dies geht aus dem Kieler Subventionsbericht des IfW hervor, in dem der Subventionsbegriff sehr viel weiter definiert wird als im amtlichen Subventionsbericht der Bundesregierung, der insgesamt nur rund 25 Mrd. Euro an Subventionen ausweist.

Der Kieler Subventionsbericht hat eine lange Tradition. Die erste Institutspublikation, die sich mit Subventionen in Deutschland auseinandersetzte, erschien im Jahr 1979. In den 80er Jahren war die Subventionsberichterstattung Bestandteil der Strukturberichte des IfW für die Bundesregierung. In den 90er Jahren waren Subventionen der verschiedenen Gebietskörperschaften in Deutschland häufiger Thema in den verschiedenen Veröffentlichungsreihen des IfW. Seit 1998 wird die Subventionsberichterstattung als eigenständiger und umfassender „Subventionsbericht“ regelmäßig separat veröffentlicht. Dazu kommen Einzelveröffentlichungen zu Subventionsthemen, etwa wenn entsprechende Gutachten erstellt und anschließend publiziert wurden.

Erstmals konnten dabei aber die autonomen Finanzhilfen der Länder nicht mehr erfasst werden. Mit der teilweisen Abkehr von der kameralistischen Einnahme-Ausgabe-Rechnung und dem Übergang zur doppelten Buchführung sind in den Haushaltsplänen der Länder oft keine Daten zu den einzelnen Einnahmen und Ausgaben mehr enthalten. Das IfW kann daher nur noch die Finanzhilfen des Bundes und die Steuervergünstigungen insgesamt dokumentieren.

Subventionsfreude zugenommen

Demnach stiegen die Finanzhilfen des Bundes, einschließlich der Sonderhaushalte und Zahlungen an die

Länder für Subventionszwecke seit 2015 um über 10 Mrd. Euro an, von 44,8 Mrd. Euro auf 50 Mrd. Euro im Jahr 2016 und 55,3 Mrd. Euro im Jahr 2017. Dies entspricht einem Plus von insgesamt 23 Prozent.

Steuervergünstigungen wurden 2017 in Höhe von 62,1 Mrd. Euro gewährt. Diese Summe sank gegenüber den Vorjahren leicht (2015: 62,4 Mrd. €; 2016: 62,2 Mrd. €), ist allerdings durch Effekte der Erbschaftssteuerreform verzerrt, die zu vorgezogenen Erbübergängen und Schenkungen führte. Um diesen Effekt bereinigt ist auch bei den Steuervergünstigungen ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten.

Die Subventionsfreude hat in den vergangenen Jahren bedauerlicherweise immer weiter zugenommen, obwohl mittlerweile zentrale Gründe entfallen sind, die etwa während der Finanzkrise eine Ausweitung der Finanzhilfen nahelegten. Die gegenwärtig günstige Kasenslage der öffentlichen Haushalte darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Finanzpolitik aufgrund des demografischen Wandels bald wieder ein rauerer Wind entgegenblasen dürfte. Die Politik wäre gut beraten, ihre Subventionen deutlich zurückzufahren und stattdessen Vorsorge für künftige Finanzierungsengpässe zu treffen sowie Herausforderungen wie die Integration von Flüchtlingen, die Bildungspolitik in Zeiten fortschreitender Digitalisierung oder die Verstärkung der inneren und äußeren Sicherheit auf die Tagesordnung zu setzen. Auch die Modernisierung der Infrastruktur dürfte mehr Mittel beanspruchen, als derzeit dafür aufgewendet werden.

Verkehrs- und Gesundheitssektor am stärksten subventioniert

Profiteur der Staatsgelder ist vor allem der Verkehrssektor mit über 20 Mrd. Euro, hierzu zählen etwa die Regionalisierungsmittel für die Länder zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs (8 Mrd. €), Infrastrukturbeihilfen für Schienenwege der Bahn (5,2 Mrd. €) oder Entgelt- und Pensionszahlungen für ehemalige Beamte der Bundesbahn (5,2 Mrd. €). Größter Einzelposten ist der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 14,5 Mrd. Euro. Er ist in den letzten Jahren besonders stark ge-

stiegen und betrug bei seiner Einführung 2004 lediglich 1 Mrd. Euro.

In den letzten beiden Jahren stark an Bedeutung gewonnen haben verschiedene Posten der Umwelt- und Energiepolitik, die im Jahr 2017 Finanzhilfen von insgesamt 3,8 Mrd. Euro erhielten, darin enthalten ist etwa das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm (0,9 Mrd. €) oder die Förderung von Elektromobilität (0,4 Mrd. €). Traditionell hoch sind die Finanzhilfen für den Sektor Land-/Forstwirtschaft und Fischerei, der vom Bund mit 2,7 Mrd. Euro unterstützt wurde und von der Europäischen Union weitere 5 Mrd. Euro erhielt. Immer noch subventioniert wird der Kohlebergbau, der 1,5 Mrd. Euro bekam. In den Breitbandausbau flossen 0,8 Mrd. Euro.

Steuervergünstigungen werden in erster Linie durch eine Befreiung von der Umsatzsteuer gewährt. Mit insgesamt 17 Mrd. Euro profitierten Ärzte sowie die Sozialversicherungsträger am stärksten, also Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, ambulante Pflegedienste und Wohlfahrtsverbände. Durch eine Ermäßigung der Umsatzsteuer subventioniert wurden auch kulturelle und unterhaltbare Leistungen (3,9 Mrd. €), die Personenbeförderung im ÖPNV (1,4 Mrd. €), Beherbergungsleistungen (1,4 Mrd. €) oder gemeinnützige Organisationen ohne Erwerbscharakter (0,4 Mrd. €).

Rot, gelb, grün – welche Subventionen gestrichen werden können

Wieder im Bericht enthalten ist die Kieler Subventionsampel, mit der alle Subventionen über einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Euro klassifiziert werden. Ziel der Ampel ist es, Kürzungspotenziale bei Subventionen aufzuzeigen. „Rot“ bedeutet, dass die Subvention sofort ersatzlos gestrichen werden kann. Dies betraf 15,5 Prozent aller Subventionen und entspricht einem Volumen von 17,8 Mrd. Euro.

Hierunter fällt etwa Klientelpolitik wie die Umsatzsteuerermäßigung für Hoteliers (1,3 Mrd. €) oder die Zuschüsse zur Kranken- und Unfallversicherung bei Landwirten (1,5 Mrd. €). Auch werden Subventionen als rot klassifiziert, denen eine „Anmaßung von Wissen durch staatliche Stellen“ zugrunde liegt, wenn also beispielsweise bestimmte Lösungen für die Zukunft als subventionswürdig betrachtet werden, andere aber nicht. Dies betrifft die Förderung von Elektromobilität (0,4 Mrd. €), aber auch beispielsweise das Innovationsprogramm für den Mittelstand (0,5 Mrd. €).

„Gelb“ signalisiert, dass die Subvention durchaus einen gesellschaftlichen Nutzen erfüllt, die Ausgestaltung aber verbessert werden kann und/oder Kürzungspotenziale bestehen. Dieser Kategorie wurden mit 65 Prozent die Mehrzahl der Subventionen zugeordnet, was einem Volumen von 74,9 Mrd. Euro entspricht. Hierzu zählen die Autoren etwa die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV (8 Mrd. €), dessen Förderung sie zwar für richtig halten, aber kritisieren, dass nicht alle

Strecken per Ausschreibung vergeben werden. Ebenfalls als gelb klassifiziert wird die Subventionierung des Breitbandausbaus in ländlichen Regionen (0,8 Mrd. €), weil private Unternehmen damit von vorneherein aus der Verantwortung genommen würden.

Ein „grünes“ Ampelsignal zeigt an, dass ein Abbau der Subvention nicht vorgenommen werden soll oder kann. Entweder, weil ein gesellschaftlicher Mehrwert zu verzeichnen ist, etwa bei Subventionen für demokratische Bildung (0,1 Mrd. €), oder, weil dem rechtliche Hürden im Weg stehen, etwa bei den Pensionszahlungen an ehemalige Beamte der deutschen Bundesbahn (5,2 Mrd. €). Lediglich sieben Prozent der Subventionen mit einem Volumen von 8 Mrd. Euro sind im Kieler Subventionsbericht als grün gekennzeichnet.

AUTOREN



Dr. Claus-Friedrich Laaser
claus-friedrich.laaser@ifw-kiel.de

Expertise

- Krisenländer in der EU
- Außenwirtschaftliche Integration in der erweiterten EU
- Wirtschaft der baltischen Staaten
- Subventionen in Deutschland



Dr. Astrid Rosenschon

Expertise

- Subventionen in Deutschland
- Öffentliche Haushalte

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2018). Kieler Subventionsbericht und die Kieler Subventionsampel: Finanzhilfen des Bundes und Steuervergünstigungen bis 2017 – eine Aktualisierung. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 14. IfW, Kiel.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2016). Subventionen in Deutschland bis zum Jahre 2015/2016 – Das Geld sitzt deutlich lockerer. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 9. IfW, Kiel.

DEUTSCHLAND GEGEN HOHEN LEISTUNGS- BILANZÜBERSCHUSS PRAKTISCH MACHTLOS

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss bleibt auf absehbare Zeit sehr hoch. Die deutsche Politik kann dem kaum entgegenwirken. Einzelne Maßnahmen, die Deutschlands Leistungsbilanzsaldo reduzieren würden, können aufgrund von **POLITISCHEN ODER TECHNISCHEN HEMMNISSEN** kaum im nötigen Umfang durchgeführt werden, wie eine Studie für das Bundesfinanzministerium zeigt.

Der deutsche Leistungsbilanzsaldo weist bereits seit einigen Jahren sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich Höchststände auf. Diese anhaltend hohen Überschüsse werden auf internationaler Ebene zunehmend kritisch diskutiert, und es wird mehr und mehr der Wunsch an die deutsche Regierung herangetragen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Überschüsse zu reduzieren. Allerdings ist unklar mit welchen Maßnahmen eine solche Reduktion erzielt werden könnte.

Vor diesem Hintergrund hat das Prognosezentrum für das Bundesministerium der Finanzen, auch in Anbetracht des G20-Gipfels in Deutschland, untersucht, wie verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen auf die deutsche Leistungsbilanz wirken würden. Den Ergebnissen zufolge würden von den untersuchten Maßnahmen wohl lediglich schuldenfinanzierte höhere öffentliche Ausgaben oder Steuersenkungen, den Leistungsbilanzüberschuss verringern. Allerdings wären die Wirkungen dieser Maßnahmen recht gering und wohl nur temporärer Natur; sie würden sich wieder umkehren, sobald die Maßnahmen gegenfinanziert werden. Hintergrund zur internationalen Kritik und dem Wunsch, den Überschuss zu reduzieren, dürfte die Auffassung sein, die Leistungsbilanzüberschüsse könnten die wirtschaftliche Entwicklung im In- und Ausland negativ beeinflussen. Freilich gibt es dafür keine eindeutige theoretische oder empirische Evidenz. Zudem unterliegt die Leistungsbilanz einer Vielzahl von Einflussfaktoren, und die Ursachen für den Überschuss konnten bislang noch nicht hinreichend klar identifiziert werden.

Generell ist die Leistungsbilanz somit nicht als unmittelbare Zielvariable der Wirtschaftspolitik zu verstehen, und Maßnahmen, die einseitig auf eine Reduktion des Überschusses hinwirken, sind nicht Ausdruck einer angemessenen Wirtschaftspolitik. Gleichwohl ist die Frage, mit welchen wirtschaftspolitischen Maßnahmen Deutschland seine Leistungsbilanzüberschüsse wirkungsvoll reduzieren könnte, schon alleine aufgrund der hohen Aktualität der Debatte relevant.

Die Analyse erfolgte in einem einheitlichen Mo-

dellrahmen mittels des internationalen makroökonomischen Strukturmodells NiGEM. Der Vorteil dieses einheitlichen Modellrahmens ist, dass die unterschiedlichen Auswirkungen der Maßnahmen gut miteinander verglichen werden können. Da die Analyse von wirtschaftspolitischen Maßnahmen allerdings mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet ist, sollten weitreichende wirtschaftspolitische Empfehlungen in der Regel nicht ausschließlich aus den Ergebnissen eines einzelnen Modells abgeleitet werden. Deshalb haben wir die Ergebnisse des NiGEM-Modells im Rahmen des Gutachtens kritisch mit Ergebnissen aus anderen Studien, denen andere Modellrahmen zugrunde liegen, verglichen. Dazu kommen zahlreiche Robustheitstest. Diese Sensitivitätsanalysen haben gezeigt, dass die NiGEM-Ergebnisse weitgehend den Ergebnissen in der Literatur entsprechen und dass sie robust sind. Insgesamt wurden neun Maßnahmen analysiert:

1. Steigerung der öffentlichen Investitionsquote,
2. Steigerung der öffentlichen Konsumquote,
3. Senkung der direkten Steuern und Beiträge der privaten Haushalte,
4. Senkung der Unternehmenssteuern,
5. Lohnerhöhungen in Deutschland,
6. Zustandekommen eines EU-US-Handelsvertrags,
7. restriktivere Geldpolitik der EZB,
8. Umsetzung von Strukturreformen in EU-Ländern,
9. generelle Liberalisierung des Dienstleistungshandels im WTO-Rahmen.

Diese Liste zeigt, dass einige dieser Maßnahmen eher hypothetischer Natur sind, da sie nicht einseitig von der Regierung herbeigeführt werden können.

Alles in allem haben den Ergebnissen zufolge schuldenfinanzierte, expansive finanzpolitische Maßnahmen die größte Wirkung auf den deutschen Leistungsbilanzsaldo. Diese Maßnahmen wirken wie ein konjunktureller Stimulus und reduzieren vor allem über einen Anstieg der Importe den Handelsbilanzsaldo und damit auch den Leistungsbilanzsaldo. Die größten Wirkungen ergeben sich bei einer schuldenfinanzierten Senkung der Unternehmenssteuern oder einem schuldenfinanzierten Anstieg der öffentlichen Investi-

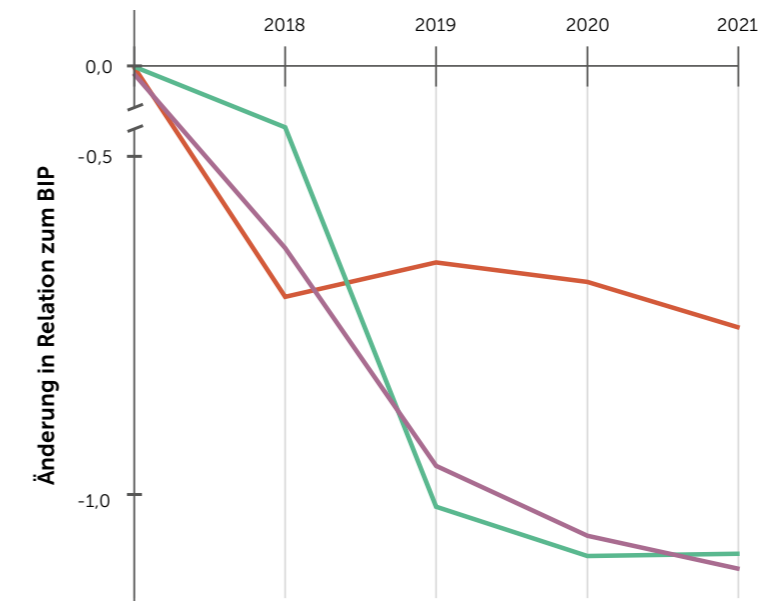
Leistungsbilanzsaldo Deutschland

Wenn der Staat schuldenfinanziert mit einem Volumen von 30 Mrd. Euro...

... die öffentlichen Investitionen erhöht.

... die Unternehmenssteuern senkt.

... beides in halbem Umfang durchführt und Liberalisierungen im Dienstleistungshandel umsetzt.



tionen, da diese Maßnahmen auch die Binnenkonjunktur am stärksten anregen würden und per Saldo die für den Kapitalexpert verfügbaren Mittel schmälern.

Insgesamt sind die Wirkungen auf den Leistungsbilanzsaldo aber gering. Eine einzelne Maßnahme könnte aufgrund von politischen oder technischen Hemmnissen wohl kaum in einem Umfang durchgeführt werden, der den Leistungsbilanzsaldo erheblich reduzieren würde, beispielsweise um zwei Prozentpunkte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Sobald die Maßnahmen gegenfinanziert werden, würde ihre Wirkung auf die Leistungsbilanz auslaufen. Die anderen Maßnahmen wären deutlich weniger wirksam oder könnten sogar zu einem Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses führen. Selbst ein ganzes Bündel von Maßnahmen, das neben einem schuldenfinanzierten Anstieg der öffentlichen Investitionen sowie einer Senkung der Unternehmenssteuern im Umfang von insgesamt einem Prozent in Relation zum BIP auch noch eine Liberalisierung im Dienstleistungshandel vorsieht, würde den Leistungsbilanzüberschuss wohl lediglich um rund einen Prozentpunkt reduzieren (Abbildung).

Alles in allem sind die Möglichkeiten für die Politik, den Leistungsbilanzüberschuss zu reduzieren, somit wohl sehr begrenzt. Da zudem bislang keine überzeugende Evidenz dafür vorliegt, welche Ursachen dem Überschuss zugrunde liegen, die notwendig wäre, um adäquate wirtschaftspolitische Maßnahmen abzuleiten, ist der Handlungsbedarf für die deutsche Politik von dieser Seite her derzeit gering.

AUTOREN



Dr. Nils Jannsen
nils.jannsen@ifw-kiel.de

Expertise

- Geld- und Fiskalpolitik während Finanzkrisen
- Frühwarnmodelle für Finanzkrisen
- Sektorale Investitionen
- Investitionen und Unsicherheit
- Prognosefehler in Abhängigkeit vom Konjunkturzyklus



Philipp Hauber
philipp.hauber@ifw-kiel.de

Expertise

- Prognosemethoden und angewandte Makroökonomie
- Bayesianische Ökonometrie

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen und S. Kooths (2017). Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik: Wirkungen auf die deutsche Leistungsbilanz. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 11. IfW, Kiel.

PRODUKTIONSPOTENZIAL: IFW BERÄT DEUTSCHE DELEGATION IN BRÜSSEL

Die Schätzung des Produktionspotenzials ist für die Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. In der EU gibt es ein **ABGESTIMMTES VERFAHREN**, das von einer Arbeitsgruppe aus Fachministerien aller Mitgliedsländer und der EU-Kommission methodisch überprüft und verbessert werden soll. Die deutschen Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurden bei ihrer Tätigkeit in der Arbeitsgruppe in den vergangenen beiden Jahren vom Prognosezentrum des IfW tatkräftig und fachkundig unterstützt.

Die Schätzung des Produktionspotenzials und der damit zusammenhängenden Produktionslücke sind für die Gestaltung aktiver Geld- und Finanzpolitik, aber auch bei der Bewertung der Lage der öffentlichen Haushalte zentral. So werden im Rahmen des europäischen Semesters von Seiten der EU-Kommission die öffentlichen

sondern viel Gewicht auf den sogenannten strukturellen Budgetsaldo gelegt, der um konjunkturelle Effekte bereinigt ist. Dies geschieht, um zu verhindern, dass im Rahmen der Haushaltsüberwachung prozyklische Empfehlungen gegeben werden. Zentral ist hierbei die Bestimmung des konjunkturellen Einflusses, wozu die Europäische Kommission für alle Länder Schätzungen des Produktionspotenzials und der Produktionslücke vornimmt. Ist die Wirtschaftsleistung größer (kleiner) als das Potenzial, gleichbedeutend mit einer positiven (negativen) Produktionslücke, ist die Budgetvorgabe entsprechend strikter (milder).

Die Zerlegung des Bruttoinlandsprodukts in Produktionspotenzial und Produktionslücke ist nicht beobachtbar. Sie wird auf europäischer Ebene für alle Länder anhand des Produktionsfunktionsansatzes mit ökonometrischen Methoden geschätzt. Der Produktionsfunktionsansatz führt die Wirtschaftsleistung auf die Inputfaktoren Arbeit und Kapital zurück, die im Modell mit einer Technologie verknüpft werden. Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts gehen somit auf Veränderungen des Kapitalstocks, der geleisteten Arbeit oder der eingesetzten Technologie – die letztlich als Residuum bestimmt wird – zurück. Für die Bestimmung des Produktionspotenzials wird eine Zerlegung der Technologie in Trend und Zyklus durchgeführt und beim Faktor Arbeit die sogenannte NAWRU (non-accelerating wage rate of unemployment) geschätzt. Die Schätzung der NAWRU basiert auf einem Philips-Kurven-Ansatz und enthält ebenfalls eine Trend-Zyklus-Zerlegung.

Solche Trend-Zyklus-Zerlegungen stehen vor großen Herausforderungen und sind insbesondere am aktuellen Rand mit großer Unsicherheit behaftet. Die Methode kann zum Teil erheblichen Einfluss auf die Schätzergebnisse für das Produktionspotenzial nehmen, weshalb man stets bestrebt ist, neue Erkenntnisse in dem Verfahren zu berücksichtigen. Da die Schätzung des Produktionspotenzials die Budgetvorgaben der EU-Kommission wie dargelegt direkt beeinflusst, haben auch scheinbar rein technische Details eine hohe

politische Bedeutung, was die Sorgfalt in der methodischen Debatte nochmals gebotener erscheinen lässt.

Mit dem Zweck der methodischen Pflege und Weiterentwicklung des Verfahrens zur Schätzung des Produktionspotenzials hat der wirtschaftspolitische Ausschuss der EU eine Arbeitsgruppe, die Output Gaps Working Group (OGWG), betraut. Unter Vorsitz von Vertretern der EU-Kommission treten hier etwa 5-mal pro Jahr Vertreter aus den relevanten Fachministerien der Mitgliedsstaaten zusammen. Aus Deutschland sind Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie des Bundesfinanzministeriums dabei.

Die zu debattierenden Themen werden in der Regel anhand von Arbeitspapieren vorbereitet, die wenige Tage vor dem Treffen der OGWG in Brüssel zirkuliert werden. Die Aufgabe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Prognosezentrums im Rahmen eines Auftrags, der vom BMWi erteilt worden war, war es, die zum Teil methodisch sehr anspruchsvollen Arbeitspapiere zu bewerten und einzuordnen sowie mit konstruktiver Kritik zu versehen. Da das Prognosezentrum seit mehreren Jahren selber Verfahren zur Schätzung des Produktionspotenzials betreibt und regelmäßig weiterentwickelt, liegt die entsprechende Fachkompetenz vor.

Wegen des sehr geringen Vorlaufs und der Vielzahl von Themen, die in der OGWG besprochen werden, war diese Beratungstätigkeit herausfordernd und wurde in wechselnder Zusammensetzung von mehreren Kolleginnen und Kollegen zugleich erfüllt. Die fachkundige Bewertung der Unterlagen sowie die Möglichkeit der Rücksprache für die deutschen Vertreter der OGWG mit dem Prognosezentrum, soll die Rolle der deutschen Fachministerien in der Weiterentwicklung des Potenzialschätzungsverfahrens stärken und dient letztlich der Qualität der wirtschaftspolitischen Überwachung in der EU.

Wesentliche Themen der OGWG, die jüngst in mehreren Arbeitspapieren aufgegriffen worden sind, waren unter anderem die Frage, wie Informationen über Strukturereformen am Arbeitsmarkt in die Schätzung der NAWRU eingebunden werden können, und die Ausgestaltung eines zusätzlichen ökonometrischen Modells, das die Ergebnisse der Potenzialschätzung frühzeitig auf Plausibilität prüfen kann.

Aktuell arbeitet das Prognosezentrum darüber hinaus an einem umfangreichen Forschungsprojekt für das BMWi. Ziel dieses Projekts ist, Ausmaß und Ursachen der Revisionen der in der Vergangenheit geschätzten Produktionslücken zu analysieren, die Eigenschaften der Methodik in verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklus zu untersuchen und, aufbauend auf diesen Erkenntnissen, schließlich Verbesserungsmöglichkeiten der EU-Methode zu erarbeiten und zu evaluieren.

AUTOREN



Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe

jens.hogrefe@ifw-kiel.de

Expertise

- Konjunkturforschung
- Zeitreihenanalyse
- Öffentliche Finanzen



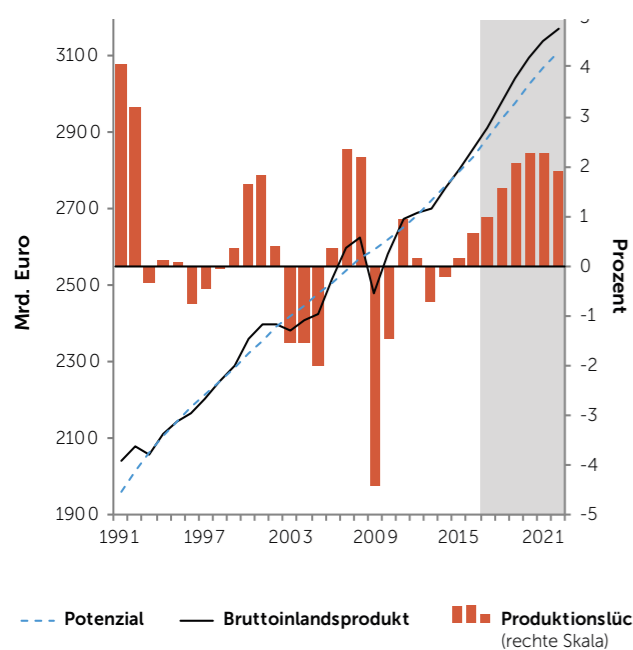
Dr. Martin Ademmer

martin.ademmer@ifw-kiel.de

Expertise

- Zeitreihenökonomie
- Mittelfristprognose & Potenzialschätzung
- Fiskalische Reaktionsfunktionen und Fiskalregeln
- Frühwarnsysteme für Finanzkrisen
- Konjunktur in Schwellenländern

Potenzial und Produktion 1991–2022



Jahresdaten; Bruttoinlandsprodukt, Potenzial: preisbereinigt (verkettete Volumenwerte, Referenzjahr 2010).

Haushalte der einzelnen Mitgliedsländer überwacht, mit dem Ziel, Überschuldungstendenzen möglichst frühzeitig entgegenzuwirken. Dabei wird aber nicht der Budgetsaldo als solches in den Blick genommen,

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2, Berechnungen des IfW, grau hinterlegt: Projektion

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

ZUR POTENZIALSCHÄTZUNG DES IFW:

- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, G. Potjagailo und U. Stolzenburg (2017). Mittelfristprojektion für Deutschland im Herbst 2017 – Deutsche Wirtschaft durchläuft Hochkonjunktur. Kieler Konjunkturbericht Nr. 36. https://www.ifw-kiel.de/pub/kieler-konjunkturberichte/2017/kkb_36_2017-q3_mfp.pdf

ZUM EU-VERFAHREN ZUR SCHÄTZUNG DES PRODUKTIONSPOTENZIALS:

- Havik, K., K. Mc Morrow, F. Orlandi, C. Planas, R. Raciborski, W. Roeger, A. Rossi, A. Thum-Thysen und V. Vandermeulen (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. European Economy. Economic Papers 535. November 2014. Brussels. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/economic_paper/2014/ecp535_en.htm

ZUR OUTPUT GAPS WORKING GROUP:

- <https://europa.eu/epc/output-gaps-working-group>

DURCH DIALOG ZU MEHR KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT

Wie können die ehrgeizigen Ziele des **PARISER KLIMAABKOMMENS**, die Erderwärmung unter 2°C zu halten sowie die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen, und die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 (SDGs) erreicht werden? Mit dem „Dialog zur Klimaökonomie“ hilft der Forschungsbereich Umwelt und natürliche Ressourcen des IfW, die ökonomische Forschung zum Klimawandel stärker an den Bedürfnissen ihrer Stakeholder auszurichten, um verstärkt Handlungsoptionen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel aufzeigen zu können.

Bereits seit 2014 organisieren wir im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) den „Dialog zur Klimaökonomie“. Er unterstützt und begleitet den BMBF-Förderschwerpunkt „Ökonomie des Klimawandels“. Mit den Beschlüssen des Pariser Klimaabkommens und dem Inkrafttreten der globalen Nachhaltigkeitsziele im Jahr 2015 wurde die Dringlichkeit des Austauschs zwischen Forschung und Praxis zu diesem Thema erneut bekräftigt.

Teilnehmende des Dialogformats sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter der Praxis, für die ökonomische Aspekte des Klimawandels von Interesse sind – von Unternehmen, NGOs, Behörden und aus der Politik.



Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik diskutieren die umweltpolitische Agenda für die kommenden Jahrzehnte. Für das IfW mit dabei: Lena-Katharina Bednarz und Gernot Klepper (links).

Drei Ziele sind Kernanliegen dieses Dialogs:

1) Eine umfassende Information über das existierende Angebot von Forschungsergebnissen der natio-

nen Klimaökonomie mit konkretem Politik- und Praxisbezug,

2) ein lebendiger Diskurs mit den oben genannten Stakeholdern über Antworten und noch bestehende Fragen, die von der volkswirtschaftlichen Forschung zu klima- und energiepolitischen Themen beantwortet werden können,

3) eine generelle Stärkung der Anwendungsorientierung und Praxisnähe in der langfristigen Ausrichtung der volkswirtschaftlichen und klimaökonomischen Forschung, die sich in neu zu entwickelnden Forschungsfragen manifestiert.

Zur Realisierung dieser Ziele wurde als Herzstück des Dialogs zur Klimaökonomie ab Frühjahr 2015 eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Forum Klimaökonomie“ ins Leben gerufen, die Wissenschaft und Praxis einen Raum für den gemeinsamen Austausch bietet.

Im Jahr 2017 adressierte der „Dialog zur Klimaökonomie“ die Herausforderungen, die sich für die Klimaökonomie aus den ehrgeizigen Zielen des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung unter 2°C zu halten sowie die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen, und aus der Verabschiedung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele ergeben.

Im Mai 2017 fand dazu ein Workshop in der „Villa Vigoni“ in Menaggio (Italien) statt. Teilgenommen haben europäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zum Großteil aus dem Vorstand und den Ländervertretungen der „European Association of Environmental and Resource Economists“ (EAERE) wie Lucas Bretschger, Anil Makandya, Karen Pittel, Thomas Sterner, Jean-Charles Hourcade und viele weitere sowie einzelne Vertreterinnen und Vertreter der Politik (Europäische Kommission, italienisches Umweltministerium, BMBF). Sie diskutierten Themen, die im Lichte der

oben genannten globalen Agenda die politische Agenda für die kommenden Jahrzehnte beeinflussen werden. Zu den Forschungsfragen, die sich aus der neuen politischen Situation ergeben, gehören die Analyse der Umsetzung und der Auswirkungen der national festgelegten Beiträge (NDCs) zur Erreichung des Pariser Klimaschutzabkommens sowie die Wechselwirkung von klimapolitischen Zielen und Instrumenten mit den globalen Nachhaltigkeitszielen.

Die Ergebnisse des Workshops wurden in einem gemeinsamen Positionspapier zusammengefasst, in dem Vorschläge für eine Neuausrichtung der ökonomischen Forschung zu Klimafragen diskutiert und vorgelegt werden:

1) Die Forschung sollte sich verstärkt Fragen der Umsetzung klimapolitischer Ziele widmen und dabei berücksichtigen, dass politische Handlungsoptionen oft ökonomisch nicht optimale, jedoch politisch durchsetzbare Lösungen beinhalten.

2) Methodische Konzepte sollten mit Blick auf die Analyse praktischer Probleme der Umsetzung politischer Ziele zur Kontrolle des und Anpassung an den Klimawandel weiterentwickelt werden. Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen sowie Trade-offs mit anderen Zielen der globalen Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen sollten stärker in den Fokus der ökonomischen Forschung gerückt werden.

3) Diese neue Ausrichtung der klimaökonomischen Forschung sollte durch eine Kommunikationsstrategie begleitet werden, welche die Terminologie der Ökonomie – die viel zu oft als ein ausschließliches Interesse an kommerziellen Aspekten fehlinterpretiert wird – in ein Narrativ übersetzt, das die Erkenntnisse der ökonomischen Analyse glaubwürdig und überzeugend der breiteren Öffentlichkeit näherbringt.

Dieses Papier zu den Ergebnissen des Workshops 2017 wurde dem BMBF präsentiert. Es führte zu der Anregung, einen Folgeworkshop im Jahr 2019 zu planen. Weiterhin wurde das Papier auf Wunsch der Teilnehmenden des Workshops zur Veröffentlichung eingereicht.



Workshop mit Ausblick auf den Comer See: Die Herausforderungen des Pariser Klimaabkommens für die ökonomische Forschung waren im Mai 2017 Thema bei einem Workshop im Rahmen des Dialogs zur Klimaökonomie.

AUTOREN



Dr. Lena-Katharina Bednarz
lena.bednarz@ifw-kiel.de

Expertise

- Begleitforschung zum BMBF-Förderschwerpunkt „Ökonomie des Klimawandels“
- „Dialog zur Klimaökonomie“



Prof. Gernot Klepper, Ph.D.
gernot.klepper@ifw-kiel.de

Expertise

- Klimawandel und Klimapolitik
- Umweltpolitische Instrumente
- Nachhaltige Entwicklung
- Interdisziplinäre Forschung
- Alternative Energiequellen
- Globale Umweltprobleme

Mehr Informationen unter

🌐 www.kiel-earth-institute.de/Klimaoekonomie.html

MEDAM POLITIKDIALOG: DIE OFFENEN FRAGEN DER POLITIK HÖREN UND VORSCHLÄGE FÜR DIE ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK IN EUROPA ENTWICKELN

Seit 2015 haben mehr als drei Millionen Menschen in der EU Asyl beantragt. Die Zuwanderung durch Flüchtlinge und andere Migranten hat nicht nur Defizite im **EUROPÄISCHEN ASYLSYSTEM** aufgezeigt, sondern auch eine stark polarisierte Debatte entfacht – zwischen Bürgerinnen und Bürgern, politischen Parteien und den Regierungen der Mitgliedsstaaten. Der Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM) will dazu beitragen, die oftmals hitzige Debatte zu versachlichen und wissenschaftlich fundierte Grundlagen für die Entscheidungsfindung bereitzustellen. Der stetige Dialog mit politischen Entscheidungsträgern auf nationaler, europäischer und globaler Ebene ist deshalb seit Projektbeginn ein zentrales Element des Projekts.

MEDAM bringt Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen Disziplinen und Ländern zusammen, die die europäische Asyl- und Migrationspolitik ganzheitlich betrachten und die Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen Herkunfts-, Transit- und Erstaufnahmeländern sowie direkten Politikmaßnahmen analysieren. Aktuelle Schwerpunktthemen sind die Gestaltung

der Politik im Kontext mit den Einstellungen der Bevölkerung und die demographische und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas.

Im Mai 2017 wurde der erste MEDAM Assessment Bericht veröffentlicht, der Wege für eine bessere Verantwortungsteilung beim Schutz von Flüchtlingen – sowohl weltweit als auch innerhalb der EU – aufzeigt. Viel wäre erreicht

- durch eine wesentlich höhere finanzielle Unterstützung vonseiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die Flüchtlinge aufnehmen,
- eine bessere Koordinierung der humanitären Hilfe und Entwicklungshilfe und
- verstärktes Resettlement von Flüchtlingen aus Drittländern in EU-Mitgliedsstaaten.

Gleichzeitig beantragen viele irreguläre Einwanderer Asyl, weil sie nur so Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU erhalten können. Mehr legale Arbeitsmöglichkeiten in den EU-Mitgliedsstaaten für Menschen aus Drittstaaten böten eine Alternative zu der oftmals lebensgefährlichen irregulären Migration. Dieser Ansatz würde die kriminellen Strukturen entlang der Migrationsrouten schwächen, die EU und ihre Mitgliedsstaaten in die Lage versetzen, abgelehnte Asylbewerber im Rahmen nachhaltiger Migrationspartnerschaften in die Herkunftsländer zurückzuführen, Asylverfahren beschleunigen und den Zielländern einen größeren Pool von Arbeitnehmern zur Verfügung stellen.

Über die akademische Forschung hinaus steht der Wissenstransfer zwischen den beteiligten Forschungseinrichtungen, Politik und Öffentlichkeit im Fokus der Arbeit. Die MEDAM-Forscherinnen und -Forscher engagieren sich in öffentlichen Diskussionen, halten Vorträge zu einzelnen Forschungsschwerpunkten und veröffentlichen Medienbeiträge. Durch Hintergrundgespräche mit Abgeordneten und Mitarbeitenden aus Ministerien, dem EU-Parlament und dem deutschen Bundestag wird zudem der direkte Austausch mit der Politik gepflegt. Das vielfältige Feedback und die offenen Fragen der Politikerinnen und Politiker und anderen Stakeholdern fließen in die Arbeit des Projekts ein.

MEDAM bietet Politikberatung in unterschiedlichen Formaten an, darunter:

- Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene beteiligen sich Teammitglieder in regelmäßigen bilateralen Treffen mit einzelnen politischen Entscheidungsträgern und ihren Teams in Kiel, Berlin und Brüssel.
- Eine Reihe von „Closed-Door-Meetings“ zu kritischen Themen mit Teilnehmern aus der Europäischen Kommission, den EU-Mitgliedsstaaten und anderen Stakeholdern begann 2017. Dieses Format wird durch gezielte Diskussionen am runden Tisch in verschiedenen europäischen Hauptstädten erweitert.
- Zahlreiche Kooperationen mit anderen Forschungseinrichtungen und Think Tanks wie der Economic Policy Research Foundation of Turkey (TEPAV) wurden aufgebaut, um Fachwissen zu bündeln und direkte Erfahrungswerte und Perspektiven – hier die der Erstasylländer – in das MEDAM-Projekt einzubinden. In diesem Zusammenhang finden auch verschiedene Veranstaltungen mit akademischer Ausrichtung statt.
- 2017 leitete Matthias Lücke gemeinsam mit Astrid Skala-Kuhman von der GiZ die Think 20-Task Force Migration. Die Think 20 (T20) ist eine Gruppe von Think Tanks aus den G20-Ländern, die während der deutschen G20-Präsidentschaft von der Bundesregierung erstmalig betraut war, Empfehlungen für die G20 zu erarbeiten, und nun unter der argentinischen G20-Präsidentschaft ihre Arbeit fortführt.
- Akkreditiert über das Institut für Weltwirtschaft, beteiligte sich MEDAM auch am Vorbereitungsprozess des Globalen Pakts für sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen, der am 10. Dezember 2018 von fast allen Staaten der UN offiziell verabschiedet werden soll.

🌐 www.medam-migration.eu



Der erste „MEDAM Assessment Report on Asylum and Migration Policies in Europe“ wurde im Mai 2017 auf dem Global Solutions Summit in Berlin vorgestellt.

MEDAM

Mercator Dialogue on Asylum and Migration



Im MEDAM-Projekt arbeiten Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen Disziplinen und Instituten zusammen, um offene Fragen im Bereich Asyl und Migration zu beantworten. Forschungspartner sind das Institut für Weltwirtschaft (IfW), das Migration Policy Centre (MPC) am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) und das Centre for European Policy Studies (CEPS).

STIFTUNG MERCATOR

STIFTUNG
MERCATOR

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Dabei konzentriert sie sich darauf, Europa zu stärken, den Bildungserfolg benachteiligter Kinder und Jugendlicher insbesondere mit Migrationshintergrund zu erhöhen, Qualität und Wirkung kultureller Bildung zu verbessern, Klimaschutz voranzutreiben und Wissenschaft zu fördern. Die Stiftung Mercator steht für die Verbindung von wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung. Als eine führende Stiftung in Deutschland ist sie national wie international tätig. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlt sie sich besonders verpflichtet.

VERANSTALTUNGEN

Workshops, Konferenzen, Preisverleihungen – auch darum ist das IfW national und international bestens vernetzt.



Das IfW organisiert diverse Events, um im Austausch mit Expertinnen und Experten rund um den Globus Lösungen für weltwirtschaftliche Problemstellungen zu finden. Persönlichkeiten, die sich hier durch Worte, Taten oder Erkenntnisse besonders verdient gemacht haben, verleiht das IfW gleich mehrere renommierte Preise.

© Global.Solutions/Tobias Koch



Preisverleihung 2017 (von links nach rechts): Prof. Dennis Snower, Ph.D., Prof. Assar Lindbeck, Ph.D., Arundhati Bhattacharya, Dr. Ulf Kämpfer, Prof. Dr. Horst Köhler, Klaus-Hinrich Vater, Brunello Cucinelli, Hans-Werner Tovar und Thomas Losse-Müller

WELTWIRTSCHAFTLICHER PREIS

Bereits zum 13. Mal wurde der Weltwirtschaftliche Preis verliehen. Ausgezeichnet werden Vordenker einer weltoffenen, marktwirtschaftlichen und sozialen Gesellschaft. Alle Preisträger 2017 hätten ein besonderes Maß an „sozialer Verantwortung“ bewiesen, sagte IfW-Präsident Dennis Snower.

Gehrt wurden Prof. Dr. Horst Köhler, ehemals Direktor des Internationalen Währungsfonds und Bundespräsident Deutschlands (Kategorie Politik), Brunello Cucinelli, Gründer, Aufsichtsratsvorsitzender und CEO der Modefirma Brunello Cucinelli S.p.A. (Kategorie Wirtschaft), Arundhati Bhattacharya, Vorstandsvorsitzende der State Bank of India (Kategorie Wirtschaft) sowie Prof. Assar Lindbeck, Ph.D., Professor Emeritus für internationale Volkswirtschaftslehre Universität Stockholm (Kategorie Wissenschaft).

„Den Menschen und sein soziales Wohlergehen in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns zu stellen, die internationale Zusammenarbeit zu mehren – das ist eines der zentralen Anliegen des Weltwirtschaftlichen Preises“, sagte Dennis Snower, Präsident des IfW Kiel, auf der Preisverleihung. Er lobte die Preisträger dafür, die Gesellschaft diesem Ziel ein Stück näher gebracht zu haben. „Jeder hat auf seine individuelle Weise die sozial Schwachen und Benachteiligten in den Fokus seines Wirkens gestellt – und so die Richtung aufgezeigt, in die wir gehen müssen, um eine auf fairem Handeln basierende Weltordnung zu kreieren.“

„Wohlstand zu erzeugen, dabei soziale Gerechtigkeit herzustellen, das Klima zu schonen und ökonomische Krisen zu vermeiden – nicht weniger ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Wir müssen ein System kreieren, in dem faires Handeln den Fokus bildet und in dem Menschen miteinander kooperieren, wenn sie vor gemeinsamen Herausforderungen stehen – etwa dem Klimawandel“, sagte Snower. „Unsere heutige Preisträgerin und unsere Preisträger haben jeweils auf eigene Weise gezeigt, was man tun kann, um die Welt gerechter und kooperativer zu machen.“

Der Weltwirtschaftliche Preis ist eine Initiative des Instituts für Weltwirtschaft und wird in enger Kooperation mit der Landeshauptstadt Kiel und der IHK Schleswig-Holstein verliehen. Der Preis soll einen Anstoß geben, die großen weltwirtschaftlichen Herausforderungen durch kreative Problemlösungen zu bewältigen. Ausgezeichnet werden einflussreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die einen besonderen Beitrag zu einer auf Eigenverantwortung basierenden, sozial verantwortungsvollen Gesellschaft geleistet haben. Der Weltwirtschaftliche Preis wird jährlich vergeben und ist undotiert.

© IfW Kiel / Christina Klooß Fotografie

DIE PREISTRÄGER 2017

HORST KÖHLER

DEUTSCHER POLITIKER UND ÖKONOM. EHEMALIGER BUNDESPRÄSIDENT UND DIREKTOR DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS

Horst Köhler, geboren am 22. Februar 1943 im polnischen Skierbieszów, ist ein deutscher Politiker und Ökonom. Er war von 2004 bis 2010 der neunte Bundespräsident Deutschlands. In dieser Funktion setzte er sich vor allem für ein integratives Miteinander von Jung und Alt ein. In seiner Antrittsrede beschrieb er Deutschland visionär als „Land der Ideen“. Außenpolitisch macht er sich für eine gerechte Globalisierung und für die Armutsbekämpfung auf dem afrikanischen Kontinent stark. In verschiedenen Ämtern und Funktionen engagiert sich der ehemalige Direktor des Internationalen Währungsfonds bis heute für Afrika.



BRUNELLO CUCINELLI

ITALIENISCHER MODEMACHER. GRÜNDER, AUFSICHTSRATSVORSITZENDER UND CEO DER BRUNELLO CUCINELLI S.P.A.

Brunello Cucinelli, geboren am 23. September 1953 in Castel Rigone, Umbrien, ist ein italienischer Modemacher. Er ist Gründer, Aufsichtsratsvorsitzender und CEO der Brunello Cucinelli S.p.A. Das Unternehmen produziert hochwertige Kaschmirmode. Cucinelli legt Wert auf gute Arbeitsbedingungen und regionale Produzenten. Sein Vermögen setzt er für den Erhalt und die Restaurierung der Region rund um den Firmensitz Solomeo ein. Nach den schweren Erdbeben in Italien im Jahr 2016 stellte er mehrere Millionen für den Wiederaufbau bereit.



ARUNDHATI BHATTACHARYA

INDISCHE BANKERIN. VORSTANDSVORSITZENDE DER STATE BANK OF INDIA

Arundhati Bhattacharya, geboren am 18. März 1956 in Kalkutta, ist eine indische Bankerin. Sie ist Vorstandsvorsitzende der State Bank of India (SBI) und steht damit als erste Frau an der Spitze eines Fortune 500 Unternehmens in Indien. Sie wandelte die SBI von einem bürokratischen staatlichen Kreditinstitut zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen für Bankgeschäfte. Für Frauen führte sie eine 2-jährige Sabbatical-Regelung zur Pflege von Kindern und Angehörigen ein. Sie wurde von Fortune zur viertmächtigsten Frau Asiens und von Forbes auf Platz 30 der mächtigsten Frauen der Welt gewählt.



ASSAR LINDBECK

SCHWEDISCHER ÖKONOM. PROFESSOR FÜR INTERNATIONALE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE UNIVERSITÄT STOCKHOLM

Assar Lindbeck, geboren am 26. Januar 1930 in Umeå, Schweden, ist ein schwedischer Ökonom. Er ist Professor für internationale Volkswirtschaftslehre und leitete viele Jahre das Institute for International Economic Studies an der Universität Stockholm. Sein Forschungsschwerpunkt ist der Wohlfahrtsstaat, bekannt wurde er durch die Insider-Outsider-Theorie für den Arbeitsmarkt, die er gemeinsam mit Dennis J. Snower entwickelt hat. Die Theorie erklärt, warum trotz hoher Arbeitslosigkeit die Löhne nicht sinken. Lindbeck spielte eine entscheidende Rolle als der Preis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank im Gedenken an Alfred Nobel ins Leben gerufen wurde.



VIDEO: DER WELTWIRTSCHAFTLICHE PREIS

Mit dem WWP werden einflussreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ausgezeichnet, die einen besonderen Beitrag zu einer sozial verantwortungsvollen Gesellschaft geleistet haben. Videos der Preisverleihungen finden Sie auf unserem Youtube-Kanal:

www.youtube.com/user/IfWkielInstitute



Gemeinsam mit der Industrieorganisation der Vereinten Nationen (UNIDO) organisiert das IfW regelmäßige Konferenzen rund um das Thema weltweite Lieferketten. Im Bild: Johannes Bernabe von der Philippine Competition Commission.



IfW-Präsident Dennis Snower eröffnet den GES Workshop in Taipeh.

DAS GES AUF DER DIGITALEN WOCHE KIEL

Während der Digitalen Woche in Kiel präsentierte das Global Economic Symposium (GES) drei Konferenzen mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten und Themen aus einer digitalisierten und globalisierten Welt. Das Programm des Konferenztrios umfasste:

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM DIGITALEN ZEITALTER

Auf dieser gemeinsam mit der IHK Schleswig-Holstein organisierten Konferenz wurden nationale und internationale Stimmen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengeführt, um die Herausforderungen der Digitalisierung aufzuzeigen sowie Handlungsoptionen darzulegen – mit besonderem Fokus auf Schleswig-Holstein. Diskussionen und Vorträge gab es unter anderem zu den Themen Arbeitswelt 4.0, Cybersecurity, Innovationen und Entrepreneurship sowie dem Potenzial der Blockchain-Technologien.

DEVELOPING INCLUSIVE AND SUSTAINABLE GLOBAL VALUE CHAINS IN THE DIGITAL AGE

Die Konferenz wurde zusammen mit dem Kieler Zentrum für Globalisierung (KCG) und der Indus-



Blockchain-Expertin Julie Maupin (Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht) beim GES Kiel 2017.

trieorganisation der Vereinten Nationen (UNIDO) organisiert. Im Blickpunkt standen Lösungen für eine wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltige Gestaltung internationaler Lieferketten, die zusammen mit digitalen Technologien und im digitalen Zeitalter erreicht werden sollen. Die Konferenz setzt die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem IfW und der UNIDO fort, die schon im vergangenen Jahr in Wien eine gemeinsame Konferenz unter dem Titel Quality FDI, Growth and Development ausgerichtet haben, und auch eine Fortsetzung in 2018 ist bereits geplant.

GES in Kiel-Bilder: © Moritz Wellmann / Foto Renard



Ministerpräsident Daniel Günther und IfW-Präsident Dennis Snower im Publikum.

Taipeh-Bilder: © CIER (Chung-Hua Institution for Econ. Research)

SHAPING DIGITALIZATION AT A GLOBAL LEVEL

Dieser eher akademisch ausgerichtete Workshop brachte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammen, die an neuen Erkenntnissen über die sozialen, wirtschaftlichen und regulatorischen Auswirkungen und Herausforderungen des neuen digitalen Zeitalters arbeiten. Es diente dem akademischen Austausch, und die Erkenntnisse flossen in die Global Solutions Initiative ein, die darauf abzielt, den G20-Politikern umsetzbare Vorschläge zu unterbreiten.

www.global-economic-symposium.org



GES WORKSHOP TAIPEH

“Addressing Challenges and Seizing Opportunities in the Digital Economy” war das zentrale Thema des GES Taipei Workshops, der am 12. April 2017 stattfand. Gastgeber war das Chung-Hua Institute for Economic Research (CIER) in Kooperation mit dem Kieler Institut für Weltwirtschaft.

Neue Fortschritte bei den digitalen Technologien und ihre vielfältigen, potenziellen Umsetzungs- und Anwendungsmöglichkeiten eröffnen langfristig neue Chancen für verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in vielen Ländern der Welt. Gleichzeitig wird erwartet, dass die breite Einführung und intensive Anwendung neuer digitaler Technologien in verschiedenen Bereichen einer Gesellschaft und einer Wirtschaft, beispielsweise für Transaktionen, Informationsaustausch, soziale und geschäftliche Interaktionen usw., zu neuen Herausforderungen führt, die ein angemessenes politisches Engagement erfordern – sowohl national als auch international.

Der GES Taipei Workshop 2017 brachte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammen, um zunächst diese neuen Herausforderungen zu identifizieren und anschließend Lösungsvorschläge zu unterbreiten und zu diskutieren.



Simon Bennett von der International Energy Agency bei der 95. Kieler Konjunkturgesprächen.

Wikkel / Michael Stefan

Der Best-Practice-Award wird verliehen (von links nach rechts): Adnan Khan (International Growth Center und London School of Economics), Michaela Zintl (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)), Isabel Günther (ETH Zurich und NADEL Center for Development and Cooperation) und Rainer Thiele (IfW und PEGNet).



KIELER KONJUNKTURGESPRÄCHE

Unter dem Motto „Freier Handel unter Druck: Perspektiven für die Globalisierung und das Wachstum“ diskutierten bei den 96. Kieler Konjunkturgesprächen (KKG) in Berlin unter anderem der Chefökonom von Confindustria, Luca Paolazzi, und Roberta Piermartini von der Welthandelsorganisation (WTO) über die aktuellen Themen Globalisierung, freier Handel, Brexit und die Wahlen in Europa. Zweimal im Jahr steht die weltweite konjunkturelle Entwicklung der wichtigsten Volkswirtschaften und deren aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklung im Fokus der Konjunkturgespräche. Das 95. KKG fand am 13. und 14. März in Kiel und das 96. KKG am 9. und 10. Oktober in Berlin statt.

www.ifw-kiel.de/kkg



Roberta Piermartini von der WTO hielt die Keynote für die 96. Konjunkturgespräche.



Eine besondere Atmosphäre bot die italienische Botschaft, wo die 96. KKG im Herbst 2017 zu Gast waren.



EES-CONFERENCE

Aktuelle Probleme der Arbeitsmarktökonomie standen beim Workshop des „Ensuring Economic and Employment Stability“ (EES)-Netzwerks in Nürnberg im Vordergrund. Am 13. und 14. Oktober diskutierten unter anderem Pierre Cahuc (Ecole Polytechnique), Mike Elsby (University of Edinburgh) und Wouter den Haan (London School of Economics) gemeinsam mit den IfW-Experten Wolfgang Lechthaler und Mewael Tesfaselassie über Herausforderungen des Arbeitsmarktes. Das IfW ist Teil des EES-Netzwerks und hat den Workshop zusammen mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg organisiert.

www.ees.ifw-kiel.de

Foto-EES: © IAB/Jutta Palm-Nowak | PEGNet: © PEGNet

PEGNET-KONFERENZ

Der Herausforderung, nationale Ungleichheiten in vielen asiatischen und afrikanischen Ländern zu verstehen und diese gezielt anzugehen, stellten sich teilnehmende und vortragende Personen der 12. Konferenz des Netzwerks „Poverty Reduction, Equity and Growth Network (PEGNet) an der ETH Zürich, Schweiz, am 11. und 12. September. Zusätzlich wurde zum neunten Mal der Best Practice Award verliehen. Das PEGNet-Netzwerk zeichnet mit diesem Preis Projekte aus, in denen Forschung und Praxis besonders gelungen ineinander greifen. In diesem Jahr wurde das Forschungsvorhaben *Incentivizing Bureaucrats through Performance-Based Postings in Pakistan* mit dem Award bedacht. Verantwortlich für das Projekt ist eine gemeinschaftliche Forschungsgruppe der London School of Economics and Political Science (LSE), der Harvard Kennedy School, dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und dem Center for Economic Research (CERP) in Pakistan.

www.pegnet.ifw-kiel.de



Neben dem ungewöhnlichen Vortragsformat war auch die Atmosphäre beim Science Match in der größtenteils abgedunkelten Kieler Sparkassen-Arena eine ganz besondere, wie hier beim Vortrag von Katrin Rehdanz deutlich wird.

© IfW Kiel / Elisabeth Radke

KIELER WOCHE-VORTRÄGE

Zur Kieler Woche bietet das IfW regelmäßig offene Vorträge zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen an. Diese stoßen auf reges Interesse und es ergeben sich spannende Diskussionen – 2017 zu den Themen:

- Konjunktur in Deutschland – Wie weit reicht der Schwung? (Dominik Groll)
- Staatsschulden – notwendig oder gefährlich? (Jens Boysen-Hogrefe)
- Donald Trumps Angriff auf den Freihandel (Henning Klodt)
- Wie halten wir es mit den Flüchtlingen? Die öffentliche Meinung zu Immigration und Asyl in Europa (Esther Ademmer und Tobias Stöhr)
- Wie zufrieden sind die Schleswig-Holsteiner mit der Gesundheitsversorgung? (Ulrich Schmidt)



Wie zufrieden sind die Schleswig-Holsteiner mit der Gesundheitsversorgung? IfW-Experte Ulrich Schmidt steht Rede und Antwort.

SCIENCE MATCH FUTURE ENERGIES

Mehr als 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und je nur drei Minuten Zeit: Mit dem Science Match präsentierte der Tagesspiegel 2017 ein innovatives Veranstaltungsformat, das Wissenschaft, Wirtschaft, Start-Ups, Medien und Nachwuchskräfte zusammenbringen soll. In Kiel hatte die ungewöhnliche Wissenschaftskonferenz das Schwerpunktthema *Future Energies*. Insbesondere der IfW-Forschungsbereich Umwelt und natürliche Ressourcen war hier stark vertreten und hatte, wie einige Titel der Vorträge vermuten lassen, Spaß an dem ungewöhnlichen Format:

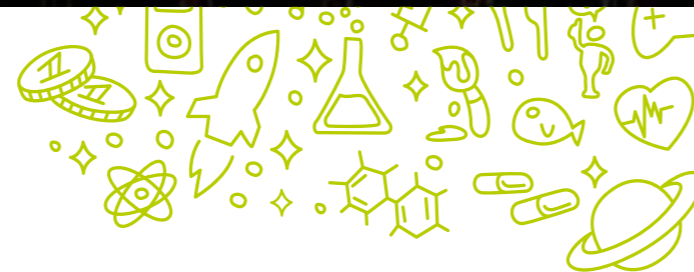
- Zurück in die Zukunft: Mit negativen Emissionen die Zeit zurückdrehen (Wilfried Rickels)
- Wellenenergie aus der Nordsee – eine Zukunftsoption für Europa? (Malte Winkler)
- Was haben Elastizitäten und Trump gemein? – Sensitive Parameter der Modellierung von Klimapolitiken (Ruth Delzeit)
- Bremst das Ausschreibungssystem gem. EEG 2017 den Ausbau von Windenergie an Land? (Hilke Wilts)
- Warum Klimawandel für die ländliche Bevölkerung gefährlich ist: Ein Verbundmodell (Manfred Wiebelt)
- Hat die Energieeffizienz von Gebäuden einen Einfluss auf Wohnungsmieten? (Katrin Rehdanz)

NACHT DER WISSENSCHAFT KIEL REGION

Mit drei Vorträgen und einer Posterpräsentation hat sich das IfW an der Nacht der Wissenschaft in der KielRegion beteiligt. Rund 11.000 Besucherinnen und Besucher haben am Freitag, dem 29. September 2017, in fünf Städten Schleswig-Holsteins ihre Begeisterung für Wissenschaft gezeigt. Das IfW war mit Vorträgen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen, aber auch zu ganz grundsätzlichen Fragestellungen vertreten:

- Internationale Migration: Gründe und Folgen. Was ist der Stand der Wissenschaft? (Tobias Stöhr)
- „Was der Staat in Deutschland an Subventionen gewährt – die Kieler Sicht“ (Claus-Friedrich Laaser)
- Welt.Wirtschaft.Verstehen.Gestalten. Was macht eigentlich ein Wirtschaftsforschungsinstitut? (Jürgen Stehn)

Außerdem hat das Kiel Centre for Globalization (KCG), einer der drei neuen Kieler LeibnizWissenschaftsCampi und eine Kooperation von IfW und CAU Kiel, die Chance genutzt, sich und seine Forschung der breiten Öffentlichkeit vorzustellen.



von links: Samuel Bazzi, Treb Allen, Gabriel Zucman und Dennis Snower

EXCELLENCE AWARDS IN GLOBAL ECONOMIC AFFAIRS

Mit dem Ziel, eine Gemeinschaft der klügsten Nachwuchswissenschaftler im Bereich der globalen Wirtschaft aufzubauen und junge Wissenschaftler bis zu einem Alter von 35 Jahren für ihre Forschungsergebnisse zu unterstützen, zeichnet das IfW jährlich Forschende und Lehrende mit dem Excellence Award aus.

2017 wurde dieser Preis von IfW-Präsident Dennis Snower an Samuel Bazzi (Boston University), Treb Allen (Dartmouth College) und Gabriel Zucman (UC Berkeley) verliehen. Der Preis beinhaltet jeweils einen Forschungsaufenthalt am Institut für Weltwirtschaft, der durch verschiedene Stipendien (Horst Siebert Fellowship, Porsche Fellowship, Landeshauptstadt Kiel Fellowship und Theodor Wille and Heinrich-Diederichsen Fellowship for Studies on Fairness in International Trade) finanziert wird. Der 2017er Preisträger Gabriel Zucman hat im Laufe des vergangenen Jahres mit seiner Forschung rund um die sogenannten Paradise Papers und Steueroasen international für großes Aufsehen gesorgt.

AUSBILDUNG

Die Nachwuchsarbeit ist seit jeher eine von drei Säulen des IfW und brachte schon viele international anerkannte Ökonomen hervor.



Bei den Studienprogrammen des IfW in Kiel unterrichten Hochschullehrerinnen und -lehrer aus der ganzen Welt. Unter anderem waren 2017/18 Dozenten der Yale University, der ENSAE Paris und der Brown University vertreten. Die Plätze sind bei Studierenden begehrt, sie kommen dafür ebenfalls von überall her an die Förde.



Iza Lejarraga von der OECD unterrichtete den ASP-Kurs „The Governance of Trade and Investment in a New Era of Globalisation“

ADVANCED STUDIES PROGRAM

Das Advanced Studies Program in International Economic Policy Research (ASP) bringt seit 35 Jahren jedes Jahr eine kleine, internationale Gruppe von rund 20 akademisch herausragenden und hochmotivierten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen. In der Regel haben die teilnehmenden Personen einen Master-Abschluss, arbeiten an ihrer Doktorarbeit oder sind Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger. Mit dem ASP erhalten sie ein umfassendes Training in ökonomischer Analyse, empirischen Forschungsmethoden und der Bewertung wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

International renommierte Professorinnen und Professoren von führenden Universitäten unterrichten in ihrem jeweiligen Fachgebiet in intensiven ein- oder zweiwöchigen Kursen. Dieses straffe und immer auf den neuesten Erkenntnissen beruhende akademische Training wird unterstützt durch ein hervorragendes Alumni-Netzwerk und durch den Zugang zu den Personen und Ressourcen an einem der führenden deutschen Forschungsinstitute. Dies macht das ASP zu einem weltweit einzigartigen Programm.

Folgende Beispiele waren im Herbst 2017 Teil des Curriculums 2017/2018, das auf eine Karriere in internationalen Organisationen, in der Wirtschaftspolitik und in der akademischen Welt vorbereitet. Das ASP findet immer in englischer Sprache statt.

THE GOVERNANCE OF TRADE AND INVESTMENT IN A NEW ERA OF GLOBALISATION

Iza Lejarraga – Head of Unit and Senior Economist, Investment Policy Linkages, Investment Division, Directorate for Financial and Enterprise Affairs, OECD

Wie sehen die signifikantesten, zeitgenössischen Herausforderungen für das weltweite Handels- und Investitionssystem aus?

Um diese Frage zu erörtern, wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die wichtigsten Theorien, Politikinstrumente und Prinzipien vermittelt, die der multilateralen und regionalen wirtschaftspolitischen Steuerung zugrunde liegen, sowie grundlegende Regelwerke und Herausforderungen in Verhandlungen und Institutionen. Am Anfang standen dabei die Theorien, rund um die Gründung und Entwicklung von Handelsinstitutionen und eine Zusammenfassung der Prinzipien, des Umfangs, der Funktionen und der Strukturen des GATT-Abkommens und der WTO. Weitere Themen waren die Herausforderungen einer fortschreitenden wirtschaftlichen Integration und die Rolle und Entwicklung von regionalen Handelsvereinbarungen, inklusive der aktuellen Verhandlungen über mega-re-

gionale Abkommen. Mit Fallstudien und einer Verhandlungssimulation über Handelsabkommen, wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Kontroversen in der internationalen Handelspolitik vor Augen geführt.



ASP Kurs 2017/2018 mit Dozent Paul Bergin (erste Reihe, dritter von links) von der UC Davis

MACROECONOMICS IN OPEN ECONOMIES

Paul Bergin – Professor, Department of Economics, UC Davis

In diesem Kurs wurden die grundlegenden Theorien der internationalen Makroökonomie sowie ihre Anwendung auf aktuelle Fragen in der wissenschaftlichen Literatur und ihre Auswirkungen auf die Geld- und Wechselkurspolitik untersucht. Folgende acht Schwerpunktthemen wurden gesetzt:

- Global Financial Imbalances and Intertemporal Models of the Current Account
- International Co-movement in Business Cycles
- International Risk Sharing and Portfolio Diversification
- What Determines Exchange Rates?

- Monetary Policy in the Open Economy
- Financial Integration and Interest Rate Parity
- Optimal Monetary Policy and International Coordination
- Financial Frictions and Shocks

In 2017/2018 fanden zusätzlich die folgenden Kurse statt:

- Field Experiments in Economics, John List (Chicago)
- Globalisation and Labour, Francis Kramarz (Paris)
- Microeconomic Policy and Treatment Evaluation Methods, Sourafel Girma (Nottingham)
- Behavioural Economics, Sanjit Dhami (Leicester)
- Time Series Forecasting, Jens Boysen-Hogrefe (IfW)
- International Trade: Gravity Models and Applications, Dennis Novy (Warwick)
- Dynamics of International Trade, Samuel Kortum (Yale)
- Monetary Economics, Pierpaolo Benigno (Rome)
- Economic Growth, David Weil (Brown)



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Summer School 2017 mit Dozent Mark Rosenzweig von der Yale University (vorne, dritter von rechts)

11. KIEL INSTITUTE SUMMER SCHOOL

THE ECONOMICS OF MIGRATION AND ASYLUM

Die Themen Migration und Flucht stehen spätestens seit der sogenannten Flüchtlingskrise in Europa 2015 im Mittelpunkt der weltweiten, öffentlichen Debatte. Umso wichtiger ist es, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Konsequenzen wissenschaftlich zu untersuchen. In den vergangenen Jahren ist eine Zunahme neuer Forschungen zu beobachten, die unser Verständnis der weitreichenden Auswirkungen von Migration auf Migranten, ihre Zielländer und Herkunftsländer erheblich erweitert und neu bewertet haben.

Die Kiel Institute Summer School kooperierte im Jahr 2017 mit dem **Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM)**, einem unabhängigen europäischen Forschungs- und Konsultationsprojekt (mehr auf den Seiten 46/47). Die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer der Summer School hatten so die Möglichkeit, sich mit topaktuellen Themen der Migrations- und Asylökonomie vertraut zu machen und Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Die Dozenten 2017 waren: Ran Abramitzky (Stanford), Toman Barsbai (Kiel Institute), Herbert Brücker (IAB), Albrecht Glitz (Universität Pompeu Fabra), Mark Rosenzweig (Yale) und Matti Sarvimäki (Aalto).

Die jährlich stattfindende KISSEP richtet sich an Doktorandinnen und Doktoranden der Volkswirtschaftslehre und verwandter Disziplinen mit einem starken akademischen Profil und Interesse an politischen Themen sowie an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter politischer Institutionen mit einem Hochschulabschluss. In jedem Jahr wird ein aktueller Themenschwerpunkt gesetzt.

ORGANISATION

Sieben Forschungsbereiche, zwei Beratungszentren
und ein starkes Support-Team dahinter ...



... rund 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus mehr als 15 Ländern arbeiten am IfW. Damit sich die wissenschaftlich Beschäftigten auf ihre Kernaufgaben Forschung, Beratung und Ausbildung konzentrieren können, werden sie von engagierten Kolleginnen und Kollegen unterstützt: Eventmanagement, Fundraising, IT, Kommunikation und Verwaltung. Präsidium und Managementboard geben die Leitlinien vor. Der Stiftungsrat trifft grundsätzliche Entscheidungen. Externe Unterstützung kommt vom wissenschaftlichen Beirat und vom Wirtschaftsbeirat. Die institutionelle Förderung des Instituts stammt je zur Hälfte vom Bund und vom Land Schleswig-Holstein.



Prof. Holger Görg, Ph.D.

Forschungsbereichsleiter
holger.goerg@ifw-kiel.de

Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
(stellv. Leiter)

Dr. Eckhardt Bode
Dr. Sebastian T. Braun
Richard Franke
Ricarda Geilenkirchen
Olivier N. Godart, Ph.D.
Dr. Dennis Görlich
Dr. Julian Hinz
Cecilia Hornok, Ph.D.
Gritta Jeglewski
Dipl.-Volksw. Christiane Krieger-Boden
Dr. Daniel Kopasker
Dr. Wan-Hsin Liu
Léa Marchal, Ph.D.
Dr. Peter Nunnenkamp (bis 08/17)
Michaela Rank
Frauke Steglich
Dr. Alina Sorgner
Prof. Gerald Willmann, Ph.D.

Assoziiert:

Prof. Dr. Dierk Herzer
Dr. Lucia Perez Villar
Prof. Horst Raff, Ph.D.

DIE INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG

Zu welchen strukturellen Anpassungen führt die Globalisierung in Unternehmen, Regionen und Ländern? Wie wirken sich insbesondere ausländische Direktinvestitionen und internationale Migration auf Herkunfts- und Empfängerländer aus, und wer trägt die Hauptlast der Anpassungskosten?

Welche Managementmethoden benutzen erfolgreiche Unternehmen? Gibt es in verschiedenen Ländern verschiedene Unternehmenskulturen mit besonderen Internationalisierungsstrategien?

Mit welchen politischen Maßnahmen kann man unerwünschten Globalisierungswirkungen begegnen? Welche Arten von Institutionen werden unter Globalisierungsbedingungen wirkungslos, und wie kann Sozialpolitik ausgleichend wirksam werden?

Das übergeordnete Ziel der Forschung besteht darin, wesentliche Aspekte der internationalen Arbeitsteilung bei fortschreitender Globalisierung empirisch zu analysieren und Antworten auf globalisierungsbedingte Herausforderungen zu erarbeiten. Der Schwerpunkt der Forschung liegt auf den Determinanten und Effekten von internationalem Handel und ausländischen Direktinvestitionen auf weltweiter und regionaler Ebene. Neu hinzugekommen ist das Thema der Wirkungen von internationaler Migration auf die Zielländer. Der Forschungsbereich arbeitet damit an Themen, die in Wissenschaft und Öffentlichkeit hochaktuell und sehr kontrovers sind.

In Deutschland war auch im Jahr 2017 der Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft ein wichtiges Thema. Dazu arbeitet der Forschungsbereich zusammen mit dem IfW-Prognosezentrum an einem vom BMF in Auftrag gegebenen Gutachten. Speziell geht es darum, die Rolle der deutschen Direktinvestitionen im Ausland für die Leistungsbilanz zu beleuchten. Ein Schwerpunkt bildet dabei die Untersuchung der Rendite der deutschen Direktinvestitionen und dem damit verbundenen Vermögenseinkommen. Eine weitere wichtige Frage ist, ob deutsche Investitionen zum Produktivitäts- und Beschäftigungswachstum im Gastland beitragen und ein Vehikel für Technologietransfer ins Ausland sind.

Das von der Leibniz-Gemeinschaft geförderte „Kiel Centre for Globalization“ hat

ebenfalls Fahrt aufgenommen. Welche Unternehmen betreiben aktiv die sogenannte „Corporate Social Responsibility“ (CSR) und welche Auswirkungen hat sie? Forschungsergebnisse zeigen, dass multinationale Unternehmen in afrikanischen Ländern relativ wenig CSR-aktiv sind. Unternehmen nutzen CSR mehr, wenn sie aus Afrika nach Europa oder Nordamerika exportieren – wo Konsumenten auf solche Aktivitäten tendenziell mehr achten.

Für die wirtschaftspolitische Beratung der G20 hat der Bereich in einer umfangreichen Studie zur Digitalisierung gezeigt, dass Frauen die großen Gewinnerinnen des digitalen Zeitalters sein könnten. Zum einen werden typische Frauenberufe voraussichtlich weniger leicht automatisierbar sein als typische Männerberufe. Zum anderen werden Fähigkeiten weiter an Bedeutung gewinnen, bei denen Frauen besonders stark sind, insbesondere soziale Kompetenz und Empathie. Gravierende Hürden bleiben jedoch noch insbesondere dort zu überwinden, wo überwiegend Männer über Karrierechancen und Finanzierungen entscheiden.

Weitere Forschungsergebnisse zeigen unter anderem, dass es für die oft vorgetragene Kritik, dass die Entscheidungen internationaler Schiedsgerichte in Handelsverfahren systematisch die Investoren bevorzugen, keine Evidenz gibt; oder dass Sanktionen gegen Russland, Iran und Myanmar den internationalen Handel erheblich verringert haben.

WISSENSAKKUMULATION UND WACHSTUM

Welche Faktoren fördern und welche Faktoren behindern Wissentstehung und Wachstum in Industrie- und Schwellenländern?

Welche Rolle spielt das institutionelle und kulturelle Umfeld für Innovation und Wachstum? Welche Rolle spielen standortgebundene Faktoren?

Wie verändern sich globale Wissensströme, und welche Auswirkungen hat diese Veränderung auf die internationale Arbeitsteilung?

Welche Konsequenzen hat der Aufstieg von Schwellenländern wie China und Indien zu Forschungs- und Entwicklungsstandorten für Einkommen und Beschäftigung in den Industrieländern?

Eine der wichtigsten weltwirtschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart ist die zunehmende Verlagerung von Forschung und Entwicklung sowie anderer wissensintensiver Aktivitäten aus hochentwickelten Industrieländern in rasch wachsende Schwellenländer. Da neues Wissen langfristig zu den bedeutendsten Quellen von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gehört, ziehen globale Verlagerungen der Wissensproduktion und Veränderungen der internationalen Wissensflüsse globale Verschiebungen von Einkommen und Wohlstand nach sich. Das übergeordnete Ziel der Forschung in diesem Bereich besteht darin, zu einem besseren Verständnis der Bestimmungsgründe von Wissentstehung, Wissensausbreitung und wissensbasiertem Wachstum in Industrie- und Schwellenländern beizutragen.

Zentrale Forschungsthemen im Jahr 2017 waren die Wechselwirkungen zwischen Innovation und Internationalisierung auf der Firmenebene, die Auswirkungen der digitalen Revolution auf Innovationsprozesse und Beschäftigung und die Auswirkungen der Einbindung in globale Wertschöpfungsketten auf das Verhalten von Unternehmen. Im Bereich der wirtschaftspolitischen Beratung standen Fragen der Ausgestaltung der Technologiepolitik in Deutschland und Fragen der Datensicherheit und des Schutzes geistiger Eigentumsrechte auf der internationalen Ebene im Vordergrund.



Dr. Dirk Christian Dohse

Forschungsbereichsleiter
dirk.dohse@ifw-kiel.de

Dr. Eckhardt Bode
(stellv. Leiter)

Carmen Andersson
Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
Rajeev Goel, Ph.D.
Dr. Robert Gold
Prof. Aoife Hanley, Ph.D.
Prof. Dr. Stephan Hebllich
Dr. Wan-Hsin Liu
Prof. Dr. Christina Raasch
Andrea Schäfer
Finn-Ole Semrau
Julian Vehrke

Assoziiert:
Limin DU



Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt

Forschungsbereichsleiter
ulrich.schmidt@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Menusch Khadjavi
(stellv. Leiter)

Simon Bartke
Lena Detlefsen
Andreas Friedl (bis 09/17)
Christiane Gebühr
Felix Gelhaar
Dr. Gianluca Grimalda, Ph.D.
Dr. Katharina Lima de Miranda
Dr. Levent Neyse
Dr. Patrick Ring
Christoph Schütt
Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Prof. Dr. Philipp Wichardt (bis 01/17)

Assoziiert:
Steven Bosworth, Ph.D.
Dr. Tamas David-Barrett
Prof. Dr. Alexander Zimper

SOZIAL- UND VERHALTENS- ÖKONOMISCHE ANSÄTZE ZUR LÖSUNG GLOBALER PROBLEME

Wie beeinflussen sozialer Kontext und körperliche Reaktionen wirtschaftliche Entscheidungen?

Welche Rolle spielt die Motivation für menschliche Kooperation, und wie können wir sie verändern?

Welchen Beitrag können Persönlichkeitsmerkmale und der Dopaminhaushalt zur Erklärung exzessiver Risikoübernahme leisten?

Der Forschungsbereich vertritt die Auffassung, dass die Konzeption menschlicher Motivation und menschlichen Entscheidungsverhaltens in der traditionellen VWL überholt und nicht konsistent mit Ergebnissen anderer Fachrichtungen wie zum Beispiel den Neurowissenschaften oder der Psychologie ist. So sind Menschen nicht ausschließlich eigennützig, da sie die Fähigkeit zu Fairness, Empathie, Mitgefühl und Fürsorge besitzen. Sie sind nicht ausschließlich rational, da menschliches Verhalten zu einem großen Teil durch Emotionen und Heuristiken beeinflusst wird. Sie sind nicht ausschließlich individualistisch, da ihre Präferenzen stark durch ihre soziale Gruppe bestimmt werden. Auf dieser Grundlage analysiert der Forschungsbereich die Bedeutung von sozialer Interaktion und Verhaltensprozessen einzelner Agenten für die Entstehung von globalen wirtschaftlichen Problemen und für die Konzeption möglicher Lösungen. Zurzeit verfolgt der Forschungsbereich drei größere Projekte:

(i) „Motivational Systems and Global Cooperation“: Im Gegensatz zu nationalen Märkten sind globale Märkte weitgehend unreguliert. Das Einführen globaler Regulierungen wie bspw. eine Finanztransaktionssteuer oder eine Besteuerung von Kerosin erfordert internationale Kooperation. Das gleiche gilt für die Lösung vieler globaler Probleme wie dem Klimawandel. Der Forschungsbereich analysiert, wie die notwendige internationale Kooperation erzielt werden kann. Dabei wird auch die Rolle von unterschiedlichen Motivationen untersucht.

(ii) „Neurobiological Foundations of Decision Making under Uncertainty“: Globale wirtschaftliche Probleme wie die Minderung des Klimawandels, die Bekämpfung von Armut oder insbesondere die Regulierung von Spekulation an den Kapitalmärkten können nicht analysiert werden, ohne die Verhaltensreaktionen auf die involvierten Unsicherheiten zu betrachten. Exzessive Risikobereitschaft konnte als einer der wichtigsten Gründe für die jüngste Finanzkrise identifiziert werden. Unser Ziel ist es, zu einem besseren und umfassenderen Verständnis des menschlichen Verhaltens unter Unsicherheit beizutragen. Unsere Analyse befasst sich besonders mit Personen, welche viel Erfahrung im Umgang mit Risiken haben wie zum Beispiel professionelle Investoren und pathologische Spieler.

(iii) Verhaltensökonomische Ansätze zur Verbesserung von Politikmaßnahmen: Die Verhaltensökonomie hat gezeigt, dass das menschliche Verhalten durch begrenzte Rationalität, zeitliche Inkonsistenzen, kognitive Verzerrungen, adaptive oder imitative Heuristiken, Kontextabhängigkeit und altruistische Motivationen gekennzeichnet ist. Weltweit vertrauen immer mehr Regierungsorganisationen bei der Gestaltung ihrer Politikmaßnahmen auf diese Erkenntnisse. Wir versuchen auf diesem Gebiet umsetzbare Beiträge zu leisten und verfügt dabei über umfassende Expertise unter anderem in den Bereichen gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, Gesundheit, Spendenbereitschaft und pro-soziales Verhalten und Risikobereitschaft in individuellen und sozialen Kontexten.

UMWELT UND NATÜRLICHE RESSOURCEN

Wie erreicht man negative CO₂-Emissionen, und wie werden diese in der Gesellschaft bewertet?

Wie kann die nachhaltige Nutzung von der knappen Ressource Wasser gestaltet werden?

Wie erreicht man internationale Kooperationen für eine nachhaltige Nutzung des Ozeans?

Dieser Forschungsbereich untersucht einzel- und gesamtwirtschaftliche Anpassungsprozesse an globale und länderspezifische Knappheiten natürlicher Ressourcen. Natürliche Ressourcen umfassen energetische und nicht-energetische Rohstoffe sowie Umweltqualität. Gegenstand der Forschung ist dabei sowohl die Analyse der Bestimmungsgründe für die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen als auch der Auswirkungen dieser Knappheit auf die Allokation von Faktoren und Gütern in der Weltwirtschaft. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Wertung der nationalen und internationalen Aspekte von Umweltpolitik und die Erarbeitung von Vorschlägen für den Einsatz rationaler und effizienter umweltpolitischer Instrumente gelegt. Zu unserem Themenbereich zählen auch die nachhaltige Landnutzung, der zunehmende Einsatz von Biomasse sowie Wasserknappheit. Gemeinsam mit dem Exzellenzcluster der DFG „Future Ocean“ forschen wir zu ökonomischen Fragen des Ozeans. In allen Themenbereichen setzen wir uns insbesondere mit der Rolle der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen auseinander. Wir verknüpfen dabei eng die wissenschaftliche Forschung mit unseren Beratungsaktivitäten.

Das Jahr 2017 war geprägt von der deutschen Bundestagswahl sowie der Diskussion über die Förderung der Elektromobilität in Deutschland. Mitglieder des Forschungsberichts haben die Wahlprogramme der zur Wahl stehenden Parteien analysiert und gezeigt, dass sich zwar alle relevanten Parteien

zum Pariser Klimaschutzziel bekennen, die dafür notwendigen Einschnitte und Maßnahmen aber verschweigen. Bei der Förderung der Elektromobilität hat der Forschungsbereich an der öffentlichen Debatte teilgenommen und vor allem darauf hingewiesen, dass bei den bisherigen Bewertungen der Klimawirkung von Elektromobilität die Einbindung in das europäische Emissionshandelssystem unberücksichtigt blieb. Da die mit der Elektrizitätserzeugung verbundenen CO₂-Emissionen innerhalb des europäischen Handelssystems anfallen, können Elektrofahrzeuge einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Allerdings lässt sich daraus alleine keine zusätzliche Förderung rechtfertigen, da andere Technologien möglicherweise verdrängt werden. Darüber hinaus hat der Forschungsbereich gezeigt, dass die Reformen im EEG 2017 möglicherweise den Windenergieausbau an Land bremsen. Ein Ausweg wäre die Einführung von Strafzahlungen für Ausschreibungsgewinner bei Nichtrealisierung von Windparkprojekten. Bei den übergeordneten Forschungsfragen war ein Highlight die Ausweitung der Forschung zur globalen Landnutzung im Hinblick auf die Berücksichtigung von Wasser als Produktionsfaktor sowie virtuelle Wasserflüsse. Dieses Forschungsprojekt zielt darauf ab, Entwicklungen und Fortschritte bei der Erreichung von wasserbezogenen Zielen der Agenda 2030 zu bewerten und zu generieren. Außerdem sollen praxisrelevante Lösungsmöglichkeiten für eine nachhaltige und effiziente Nutzung der Wasserressourcen formuliert werden.



Prof. Gernot Klepper, Ph.D.

Forschungsbereichsleiter (bis 02/2017)
gernot.klepper@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Katrin Rehdanz
(stellv. Leiterin bis 02/2017)



Dr. Ruth Delzeit und Dr. Wilfried Rickels

Forschungsbereichsleitung
(seit 03/2017)

ruth.delzeit@ifw-kiel.de,
wilfried.rickels@ifw-kiel.de

Denitsa Angelova
Sophie Bartosch
Dr. Lena-Katharina Bednarz
Dr. Christine Bertram
Johannes Burmeister
Ianna Dantas
Hendrik Goll (bis 06/17)
Tobias Heimann
Angela Husfeld
Dr. Christine Merk
Jürgen Meyerhoff (bis 04/17)
Prof. Dr. Sonja Peterson
Prof. Dr. Katrin Rehdanz
Dr. Franziska Schünemann
Dr. Mareike Söder
Swantje Sundt (bis 06/17)
Sneha Thube
Hilke Johanna Wilts
Malte Winkler

Assoziiert:
Daiju Narita, Ph.D.

ARMUTSMINDERUNG UND ENTWICKLUNG

Verbessern die Geber mit ihrer Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen in den Empfängerländern?

Wie kann ein europäisches Immigrationssystem aussehen, das die Integration der Migrantinnen und Migranten begünstigt und gleichzeitig die Entwicklung in den Heimatländern fördert?

Wie stark wird die Entwicklung in Transformationsökonomien durch externe Akteure wie die EU oder Russland beeinflusst?

Welchen Einfluss haben großflächige Landinvestitionen in Afrika auf die Wohlfahrt der lokalen Bevölkerung?

Im Oktober 2015 hat die Staatengemeinschaft die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) verabschiedet. Da immer noch mehr als 2 Milliarden Menschen von weniger als 3 Dollar pro Tag leben, bleibt die Armutsbekämpfung ein wichtiges Ziel. Sie wird jetzt aber ergänzt durch ökologische Ziele – etwa der Schutz und die nachhaltige Nutzung knapper Ressourcen wie Wasser, Land und Wälder – sowie Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungsziele. Darüber hinaus wird die Bedeutung von Frieden und guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund analysiert der Forschungsbereich aktuelle entwicklungspolitische Fragestellungen. Dabei wird ein Hauptaugenmerk auf die Auswirkungen internationaler Migration, auf die Wohlfahrt der Migrantinnen und Migranten sowie der Send- und Empfängerländer gerichtet. Ein weiterer Schwerpunkt der Forschungsarbeit liegt auf den Armutseffekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Mitglieder des Forschungsbereichs beschäftigen sich außerdem mit dem Einfluss regionaler und globaler Integration auf die institutionelle und wirtschaftliche Entwicklung in Transformationsländern. Schließlich werden Fragestellungen analysiert, die sich aus der Spezialisierung vieler Entwicklungsländer auf die Landwirtschaft ergeben.

In den wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Jahres 2017 wurde zum Beispiel gezeigt, dass der großflächige Landerwerb in Entwicklungsländern durch internationale Investoren zu mehr Kooperation innerhalb der betroffenen ländlichen Gemeinden führen kann, und dass sich ein Teil der internationalen Migrationsströme durch die Wahl bestimmter Google-Suchbegriffe vorhersagen lässt. Weit gefächert waren die Aktivitäten des Forschungsbereichs in der Politikberatung. Als Teil der umfangreichen Beratungstätigkeit des IfW anlässlich der deutschen G20-Präsidentschaft beteiligte sich der Forschungsbereich an mehreren der eingerichteten Arbeitsgruppen und fertigte unter anderem einen Policy Brief zur Lastenteilung bei der Versorgung von Flüchtlingen in Erstaufnahmeländern an. Weitere Beispiele sind ein Gutachten zu den von der G20 eingeführten „Investment Compacts with Africa“ für das BMZ und eine Abhandlung im Auftrag der Rand Corporation zu den Perspektiven für die regionale Ordnung im postsowjetischen Raum. Wie schon in den Jahren zuvor diente das vom Forschungsbereich unterhaltene Netzwerk PEGNet dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Die nunmehr 12. PEGNet-Jahreskonferenz in Zürich beschäftigte sich mit dem Thema „Ungleichheit innerhalb von Entwicklungsländern“.



Prof. Dr. Rainer Thiele
Forschungsbereichsleiter
rainer.thiele@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Manfred Wiebelt
(stellv. Leiter)

Dr. Esther Ademmer
Dr. Toman Barsbai
Dr. Joscha Beckmann
Dr. David Benček
Christiane Gebühr
Dr. Linda Kleemann
Prof. Dr. Matthias Lücke
Askar Mukashov
Claas Schneiderheinze
Dr. Rainer Schweickert
Dr. Kacana Sipangule
Dr. Tobias Stöhr
Prof. Dr. Phillip Wichert

Assoziiert:
Prof. Dr. Jann Lay
Prof. Dr. Lukas Menkhoff

Gast:
Dr. Afaf Rahim

MAKROÖKONOMISCHE POLITIK IN UNVOLLKOMMENEN MÄRKTEN

Was treibt die Schwankungen von gesamtgesellschaftlicher Produktion, von Arbeitslosigkeit und von Inflation über den Konjunkturzyklus?

Welche Rolle spielen Arbeitsmarktfriktionen für Konjunkturschwankungen?

Wie wirken sich Geld- und Fiskalpolitik auf den Konjunkturzyklus aus?

Sollen Geld- und Fiskalpolitik stabilisierend auf die Konjunktur einwirken?

Wie wirken sich Geld- und Fiskalpolitik auf Nachbarländer aus?

Im Zentrum der Forschung dieses Bereichs stehen die Erklärung von Konjunkturschwankungen und die Wirkung von Geld- und Fiskalpolitik auf den Konjunkturzyklus. Unsere Forschungsthemen werden dabei durch die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion beeinflusst. So haben uns im letzten Jahr zum Beispiel die Wirkung von Fiskalregeln und von Geldpolitik in Finanzkrisen beschäftigt. Anhand von Fiskalregeln wollen Regierungen die Entwicklung der staatlichen Schuldenlast in den Griff bekommen und das Vertrauen auf den Finanzmärkten erhöhen. Wir untersuchen, wie sich diese Regeln auf Konjunkturschwankungen und die Stabilität der Volkswirtschaft auswirken. Bei der genaueren Analyse von Geldpolitik zeigt sich, dass diese während Finanzkrisen besonders wirkungsvoll ist, weil sie das Konsumentenvertrauen stützen kann. Während der

Erholungsphase nach einer Finanzkrise hat Geldpolitik jedoch kaum mehr eine stimulierende Wirkung.

Neben der Forschung sind wir auch in der Organisation von wissenschaftlichen Konferenzen aktiv. Vor neun Jahren haben wir ein internationales Netzwerk gegründet, welches sich mit den Kernfragen des Forschungsbereichs beschäftigt. Mitglieder dieses Netzwerks sind unter anderem die Deutsche Bundesbank, die Europäische Zentralbank und verschiedene Niederlassungen der amerikanischen Zentralbank. Im Oktober 2017 haben wir gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der Universität Nürnberg eine Konferenz in Nürnberg ausgerichtet. Unter den Teilnehmern der Konferenz befanden sich renommierte Ökonomen wie Michael Elsby, Pierre Cahuc und Wouter den Haan.



Wolfgang Lechthaler, Ph.D.
Forschungsbereichsleiter
wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Mewael F. Tesfaseslassie, Ph.D.
(stellv. Leiter)

Dr. Martin Ademmer
Dimitrios Bermpetoglou, Ph.D.
Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe
Prof. Sanjay Chugh, Ph.D.
Salomon Fiedler
Dr. Dominik Groll
Philipp Hauber
Ute Heinecke
Dr. Nils Jannsen
Galina Potjagailo
Dr. Matthias Raddant
Prof. Dr. Stefan Reitz
Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Dr. Ulrich Stolzenburg
Prof. Dr. Maik Wolters

INTERNATIONALE FINANZ- MÄRKTE UND GLOBAL GOVERNANCE

Wie kann man Finanz- und Schuldenkrisen vorbeugen bzw. effektiver bewältigen? Welche Ursachen und Folgen haben internationale „Rettungspakete“?

Wie wirken internationale Kapitalflüsse auf Wachstum und Finanzstabilität in Entwicklungs- und Schwellenländern?

Wie riskant sind Staatsanleihen für private Investoren und das Finanzsystem?

Sollten internationale Finanzinstitutionen, wie z.B. der IWF oder der ESM, reformiert werden und wenn ja, wie?

Welche Auswirkungen hat die globale Wirtschaftsentwicklung auf nationale Politik, insbesondere auf Wahlergebnisse, Wahlumfragen und Regierungsentscheidungen?

Was erklärt das Auf und Ab des Populismus? Können wirtschaftliche Faktoren wie Finanzkrisen, Ungleichheit oder Globalisierung die aktuellen Erfolge von Populisten erklären?

Waren-, Arbeits- und Finanzmärkte sind über Grenzen hinweg eng verflochten, und auch nationale Politik wird zunehmend von globalen wirtschaftlichen Ereignissen geprägt. Ziel des Forschungsbereichs ist es, globale Wirtschaftszusammenhänge zu analysieren und zu verstehen. Ein Schwerpunkt liegt auf der finanziellen Globalisierung, also den Chancen und Risiken internationaler Finanzströme. Mit besonderem Interesse gucken wir auch auf die sozioökonomischen und demographischen Implikationen von Finanzkrisen und anderer makroökonomischer Schocks.

Unsere Forschung ist empirisch und zum Teil auch wirtschaftshistorisch ausgerichtet. Die meisten Projekte haben eine Langzeit-Perspektive und nutzen Daten der letzten Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte. Unser Ziel ist es, aus historischen Erfahrungen zu lernen, um zukünftigen politischen Herausforderungen und makroökonomischen Schocks besser begegnen zu können.

Der Forschungsbereich wurde im Frühjahr 2017 neu am IfW gegründet und befindet sich seitdem im Aufbau, sowohl was die Projekte und Themen angeht als auch bei der Teamzusammensetzung. Geleitet wird

der Bereich von Christoph Trebesch, der im April von der LMU München nach Kiel wechselte.

Eine wichtige Weichenstellung für den neuen Forschungsbereich ist die erfolgreiche Bewerbung für das Projekt „Populismus und wirtschaftliche Umbrüche seit 1870 – eine quantitative Analyse“ (634.000 €, 2017–2020, BMBF). Für dieses Projekt stellen wir einen Datensatz „Zensus des Populismus“ zusammen, der über 100 Länder umfasst und bis 1870 zurückreicht. Das Projekt baut auf früheren Arbeiten über die politischen Folgen von Finanzkrisen auf, für die wir über 800 Wahlen in den Jahren 1870–2014 analysiert haben und die in der internationalen und nationalen Presse ausführlich behandelt wurden.

Christoph Trebesch wurde im November 2017 eingeladen, (gemeinsam mit Carmen Reinhart) den Eröffnungsvortrag auf der Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu halten. Im Mittelpunkt seiner Rede standen zwei aktuelle Beiträge, die Trends und Zyklen der internationalen Kapitalströme auf sehr lange Sicht analysieren (Reinhart, 2016; Reinhart und Trebesch, 2017; einer davon in der *American Economic Review: Paper Proceedings* veröffentlicht).

Prof. Dr. Christoph Trebesch
Forschungsbereichsleiter
christoph.trebesch@ifw-kiel.de

Dr. Manuel Funke
(stellv. Leiter)

Michael Bayerlein
Ute Heinecke
Josefin Meyer
Lucie Stoppok

ZENTRUM WIRTSCHAFTSPOLITIK

Politikwerkstätten mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Instituts und externen Expertinnen und Experten

Wirtschaftspolitische Veröffentlichungen in den eigenen Publikationsreihen „Kiel Policy Briefs“ und „Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik“ sowie in Fachzeitschriften, Online- und Printmedien

Wirtschaftspolitische Gutachten

Mitarbeit in wirtschaftspolitischen Netzwerken und Gremien

Die wirtschaftspolitische Beratungstätigkeit des IfW wird durch das Zentrum Wirtschaftspolitik koordiniert und organisiert. Das Zentrum ist als Querschnittsbereich eng verzahnt mit der Forschung des Instituts und seinen nationalen und internationalen Netzwerken. In Kooperation mit den Forschungs- und Servicebereichen des Instituts werden wirtschaftspolitische Beratungsprodukte entwickelt und realisiert.

Besonders im Fokus standen:

Der **diesjährige Subventionsbericht** des Zentrums konzentrierte sich auf die Finanzhilfen des Bundes und auf die Steuerergünstigungen. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Finanzhilfen des Bundes einschließlich der Sonderhaushalte und Zahlungen an die Länder für Subventionszwecke seit 2015 um über 10 Milliarden Euro gestiegen sind. Die Steuervergünstigungen sanken nur wegen des geringer ausfallenden Sondereffekts bei der Erbschaftsteuer leicht.

In mehreren Beiträgen gingen wir der Frage nach, welche wirtschaftlichen Auswirkungen eine **Unabhängigkeit Kataloniens** von Spanien haben könnte. Es wurden das Gewicht der katalanischen Wirtschaft im spanischen Staatsverbund und die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den spanischen Regionen dargestellt. Als Gegenmodell zum regionalen Separatismus wurde die Weiterentwicklung des spanischen Föderalismus diskutiert.

Ein Jahr vor dem Auslaufen des **dritten griechischen Rettungsprogramms** mussten wir im Rahmen unserer regelmäßigen Analysen zur griechischen Krise feststellen, dass Griechenland noch einen weiten Weg

bis zu seiner Rettung zurückzulegen hatte. Die wirtschaftliche Erholung verlief weiterhin schleppend, der Widerwille der griechischen Politik gegenüber der Reformagenda der Geldgeber verhinderte nach wie vor die notwendigen Weichenstellungen für einen Strukturwandel und die Schuldenfrage war ungelöst.

Neben Griechenland entwickelte sich auch **Italien** in den letzten Jahren immer mehr zu einem Krisenherd in der EU. Daher wurden die wirtschaftlichen Schwächen des Landes mit dem Fokus auf die Arbeitsmarktsituation analysiert. Es zeigte sich, dass Italien zwar kein zweites Griechenland ist, aber durch seine schon chronische Wachstumsschwäche über die Jahre deutlich abgerutscht ist. Die durchgeführten Arbeitsmarktreformen setzen zwar an relevanten Struktur-schwächen an, sie konnten aber aufgrund der Notwendigkeit umfassender Reformen nur Stückwerk sein.

Weitere Themen waren die möglichen Auswirkungen einer protektionistischen Wirtschaftspolitik der Trump-Administration sowie die Klinikentgelte in den deutschen Bundesländern.

Am 1. September hat der **neue Bereich „Schwerpunktanalysen“** unter Leitung von Klaus Schrader seine Arbeit aufgenommen. Der Bereich führt mit den bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wesentliche Aufgaben des Zentrums Wirtschaftspolitik weiter und ist dem Prognosezentrum angegliedert. Zu den Aufgaben zählen unter anderem die Anfertigung wirtschaftspolitischer Analysen, die Subventionsberichterstattung sowie die Herausgabe der hauseigenen Publikationsreihen „Kiel Policy Brief“ und „Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik“.



Prof. Dr. Henning Klodt
Leiter des Zentrums (bis 08/2017)



Dr. Klaus Schrader
Leiter Schwerpunktanalysen
(seit 09/2017)

David Benček
Ilse Büxenstein-Gaspar
Margitta Führmann
Dr. Claus-Friedrich Laaser
Prof. Dr. Rolf J. Langhammer
Dr. Astrid Rosenschon



Prof. Dr. Stefan Kooths
Leiter des Zentrums
stefan.kooths@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe
(stellv. Leiter)

Dr. Martin Ademmer
Salomon Fiedler
Margitta Führmann
Dr. Klaus-Jürgen Gern
Dr. Dominik Groll
Philipp Hauber
Dr. Nils Jannsen
Galina Potjagailo
Prof. Dr. Stefan Reitz
Dr. Ulrich Stolzenburg
Bärbel Walter
Prof. Dr. Maik Wolters
Dr. Birgit Wolfrath

PROGNOSEZENTRUM

Wie entwickelt sich die Konjunktur? In Deutschland? In der Welt?

Mit welchen Steuereinnahmen kann der Staat in Zukunft rechnen?

Was sind die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung?

Wie lassen sich gesamtwirtschaftliche Koordinationsdefekte symptomatisch erkennen?

Mit welchen Instrumenten kann und sollte die Konjunktur gesteuert werden?

Finanzkrise, Schuldenkrise, Eurokrise: Wie sind die aktuellen Krisen entstanden, und wie geht es weiter?

Das Prognosezentrum analysiert und prognostiziert regelmäßig die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland, im Euroraum und in der übrigen Welt. Es kooperiert mit anderen führenden Wirtschaftsforschungsinstituten, auf europäischer Ebene mit der EUROFRAME-Gruppe sowie der AIECE (Association of European Conjuncture Institutes). Die Ergebnisse der laufenden Konjunkturforschung werden im Format der Kieler Konjunkturberichte dokumentiert und der Öffentlichkeit durch eine intensive Medienarbeit erläutert. Mit den Kieler Konjunkturgesprächen im Frühjahr und Herbst bringt das Zentrum Prognostiker mit wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Entscheidungsträgern in einen internationalen Dialog. Zudem ist das Prognosezentrum Teilnehmer der Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Gemeinschaftsdiagnose erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Konjunkturprognosen, die als Basis für die Prognosen der Bundesregierung gelten. Zudem ist das Zentrum an der amtlichen Steuerschätzung beteiligt.

Das Prognosezentrum betätigt sich darüber hinaus im In- und Ausland an der wirtschaftspolitischen Beratung in Form von Forschungsprojekten und Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik. So berät das IfW unter Federführung des Prognosezentrums den Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments regelmäßig im monetären Dialog mit der Europäischen Zentralbank. Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erfolgt die wissenschaftliche Unterstützung für die sogenannte LIME-Arbeitsgruppe (Working Group on the Methodology to Assess Lisbon Related Structural Reforms), die die makroökonomische Überwachung in der EU methodisch weiterentwickeln soll. Kompetenz im Bereich internationale Wirtschaft und Handel spiegelt sich zudem in einem langjährigen Beratungsprojekt für die World Free Zones Organization, das im Jahr 2017 gestartet wurde. Zudem werden regelmäßig Indikatoren in den Bereichen Weltkonjunktur, Konjunktur im Euroraum, Logistik, Export und Finanzmärkte berechnet, kommentiert und veröffentlicht.

GLOBAL CHALLENGES CENTER

Internationale Think Tank-Aktivitäten

Lösungen für aktuelle globale Herausforderungen

Empfehlungen für die G20

Konferenzen, Netzwerke, und Publikationsplattformen

Das Global Challenges Center koordiniert seit 2015 die internationalen Think Tank-Aktivitäten des IfW. Ziel ist es, globale Herausforderungen zu identifizieren und in Zusammenarbeit mit IfW-Forschungsbereichen und anderen internationalen Forschungseinrichtungen Lösungen für diese Herausforderungen bereitzustellen. Wir verstehen uns dabei als „Hub“ für die Verbindung von lösungsorientierter Forschung vor Ort am IfW und komplementärer Forschung in unserem internationalen Netzwerk. Mit unseren Aktivitäten bauen wir eine Brücke zwischen Forschung auf der einen, und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen Seite. Dafür etablieren, pflegen und koordinieren wir Netzwerke, gestalten Konferenzen als Dialogforen zwischen den Gruppen und stellen Publikationsplattformen bereit.

Als Gründungsmitglied und Forschungskoordinator des 2015 gegründeten Council for Global Problem-Solving ist das IfW Teil eines hochkarätigen Netzwerks von Forschungseinrichtungen, die sich die langfristige Beratung der G20 und anderer multilateraler Institutionen zur Aufgabe gemacht haben. Der Council ist Teil der T20, dem offiziellen Dialogprozess der jeweiligen G20-Präsidentschaft mit Forschungseinrichtungen, und leistet damit einen regelmäßigen Beratungsbeitrag für politische Entscheidungsträger. Darüber hinaus pflegt unser Zentrum ein breites Netzwerk aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit dem Global Solutions Summit in Berlin organisiert das Global Challenges Center jährlich eine hochrangig besetzte Konferenz, die sich ebenfalls mit zentra-

len Themen der G20-Agenda befasst. Der Council for Global Problem-Solving und die T20 bilden das intellektuelle Rückgrat des Summits, an dem unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel, weitere Minister und Offizielle der G20-Präsidentschaften teilgenommen haben. Wie auch schon unter deutscher (2017) und argentinischer G20-Präsidentschaft (2018), wird der Global Solutions Summit auch 2019 wieder ein zentraler Meilenstein der T20-Aktivitäten unter japanischer G20-Präsidentschaft sein. Neben dem global ausgerichteten Global Solutions Summit haben wir mit dem Global Economic Symposium Kiel ein weiteres deutschsprachiges Konferenzformat entwickelt, das wichtige globale Themen aus der G20-Agenda aufnimmt, diese hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Schleswig-Holstein analysiert und lokale Lösungsansätze und deren Umsetzung diskutiert.

Auf der Internetplattform G20-Insights.org werden Policy Briefs zu den Themenbereichen der G20 bereitgestellt. Die Plattform richtet sich primär an Entscheidungsträger aus der Politik und bildet eine zentrale Veröffentlichungsplattform für die Arbeit der T20. Gegliedert nach den T20-Arbeitsgruppen und verknüpft mit offiziellen Dokumenten der G20, entsteht hier ein umfassendes Archiv von Policy Briefs, das G20-Entscheidern jederzeit einen Überblick über forschungsbasierte Empfehlungen geben kann. In der Publikationsreihe Global Solutions Papers im „Economics E-Journal“ werden die besten Policy Papers nach einem wissenschaftlichen Gutachterprozess veröffentlicht.



Dr. Dennis Görlich
Leiter des Zentrums
dennis.goerlich@ifw-kiel.de

Anna Breling
Marion Glowatzka
Cornelia Gold
Gritta Jegliowski
Kathrin Kupke
Manuel Ley
Dr. Katharina Lima de Miranda
Dr. Levent Neyse
Martin Poske
Juliane Stein-Zalai

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Institut für Weltwirtschaft

Kiellinie 66 | 24105 Kiel

T +49 431 8814-1

F +49 431 8814-500

REDAKTIONSTEAM

Tobias Danklefsen; Kirsten Lade; Silke Matthiesen-Goss;

Elisabeth Radke; Mathias Rauck; Christian Damm

Guido Warlimont (inhaltlich verantwortlich nach § 6 MDStV)

FOTOS

Titel: © Global Solutions / Tobias Koch

Portraitbilder: © IfW / Studio 23 / Renard, Kiel

© Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 2017

**INSTITUT FÜR
WELTWIRTSCHAFT**

Kiellinie 66 | 24105 Kiel
info@ifw-kiel.de

T +49 431 8814-1
F +49 431 8514-500

  @kielinstitute

www.ifw-kiel.de

Gefördert durch den Bund und
das Land Schleswig-Holstein


Leibniz
Gemeinschaft